

*Ulrike Heinze*

# Rechtsextremismus und Demokratie in Sachsen

Eine diskursorientierte Analyse  
parteilogischer Aussagen von CDU und LINKE  
zu rechtsextremen Übergriffen in Sachsen



# **Rechtsextremismus und Demokratie in Sachsen**

**Eine diskursorientierte Analyse  
parteilichter Aussagen von CDU und LINKE  
zu rechtsextremen Übergriffen in Sachsen**

*Ulrike Heinze*



Diese Steuermittel werden auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes zur Verfügung gestellt.

ISBN 978-3-947176-08-3

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2018

Harkortstraße 10, D-04107 Leipzig

Telefon: 0341-9 60 85 31

Web: [www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de)

E-Mail: [info@rosalux-sachsen.de](mailto:info@rosalux-sachsen.de)

Redaktionsschluss: 19.09.2018

Lektorat: Jan Günther, Anja Rodriguez

Titelbild: Sören Kohlhuber (17.03.18; Neonaziaufmarsch in Leipzig)

Gestaltung/Satz: O.K. Grafik, Olga Kassner, Leipzig, [info@olga-kassner.de](mailto:info@olga-kassner.de)

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
<b>1 Einleitung</b> .....	<b>9</b>
<b>2 Theoretische Rahmung</b> .....	<b>17</b>
2.1 „Rechtsextremismus“ als Begriff und Kontext .....	17
2.1.1 Das politikwissenschaftliche Phänomen „Rechtsextremismus“ ...	17
2.1.2 Empirische Befunde zu „Rechtsextremismus“ in Sachsen .....	24
2.2 Theoretische Rahmung des Demokratie-Begriffs .....	29
2.2.1 Einordnung moderner Demokratietheorien .....	30
2.2.2 Die liberale Demokratie nach Diamond und Morlino .....	35
<b>3. Methode: Wissenssoziologische Diskursanalyse</b> .....	<b>39</b>
3.1 Zugänge und Theorie der Diskursanalyse .....	39
3.1.1 Die Wissenssoziologische Diskursanalyse .....	40
3.1.2 Adaption der Vorgehensweise .....	41
3.2 Diskursive Gelegenheitsstrukturen .....	46
3.3 Die „sächsische Demokratie“ .....	51
<b>4. Analyse der Fälle Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda</b> .....	<b>57</b>
4.1 Heidenau 2015 .....	57
4.1.1 Die Begründung der Datenauswahl .....	58
4.1.2 Der Analyseprozess .....	59
4.1.3 Die Ergebnisse .....	61
4.2 Mügeln 2007 .....	75
4.3 Hoyerswerda 1991 .....	84
4.4 Zusammenfassung der Ergebnisse und Zwischenfazit .....	97
<b>5. Fazit: Ableitung von Gelegenheitsstrukturen</b> .....	<b>106</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>117</b>
<b>Literatur- und Quellenverzeichnis</b> .....	<b>119</b>



## Vorwort

In Chemnitz jagen Neonazis\* wieder Menschen, die anders aussehen, die sie als „ausländisch“ oder „links“ einordnen.<sup>1</sup> Was wie ein Déjà-vu klingt, wie ein schlechter Film, ist in Sachsen im Spätsommer 2018 erneut bittere Realität. Direkt kamen mir einige der Ereignisse in den Sinn, welche Sachsen so unrühmlich bekannt gemacht haben: Hoyerswerda, Mügeln, Heidenau – Chemnitz?

Die aktuellen Geschehnisse in Chemnitz passen zu der Reihe an Vorfällen, welche die vorliegende Masterarbeit thematisiert: Ein Nazi-mob<sup>2</sup> außer Rand und Band, der anders Aussehende und Denkende jagt. Eine stark überforderte Polizei. Eine Staatsregierung, welche die Vorfälle kleinredet und gleichzeitig eine „Zivilgesellschaft“ in der Verantwortung sieht, der sie an vielen anderen Stellen immer wieder Steine in den Weg legt. Und schlussendlich Oppositionsparteien, die das Regierungshandeln kritisieren. Noch ist nicht klar, welches Ausmaß die Vorfälle annehmen, wie sie eingeordnet und aufgearbeitet werden können. Für mich ist aber auch ohne eingehende Analyse klar, dass auch drei Jahre nach Heidenau, 11 Jahre nach Mügeln und immerhin

- 1 In der Nacht vom 25. auf den 26. August 2018 starb infolge einer Auseinandersetzung auf dem Chemnitzer Stadtfest ein Mann. Die Tatverdächtigen waren Asylbewerber. Am Nachmittag versammelten sich unangemeldet nach Aufrufen über soziale Medien über 800 Personen, von denen viele dem „rechten“ Spektrum zuzurechnen waren. Im Verlauf der Woche kam es mehrfach zu „rechten“ Demonstrationen, und im Zuge derer zu Übergriffen auf Medienvertreter\*innen, „Linke“ und Menschen mit (vermeintlichem) Migrationshintergrund. Es entbrannte ein bundesweiter Streit um Rechtsextremismus und die Deutungshoheit der Geschehnisse in Chemnitz. (Vgl. mdr.de 2018 sowie Agar und Schulze 2018)
- 2 Michael Kretschmer, seit Dezember 2017 amtierender sächsischer Ministerpräsident, sagte in einer Regierungserklärung vom 05.09.2018 „Es gab keinen Mob, es gab keine Hetzjagd, es gab kein Pogrom in Chemnitz.“ (Kretschmer 2018).

27 Jahre nach Hoyerswerda immer noch akuter Handlungsbedarf im Umgang mit Neonazis\* und Rechtsextremist\*innen in Sachsen besteht. Nicht erst im Zuge meiner Masterarbeit, schon während meines Bachelor- und Masterstudiums, beschäftigte ich mich mit Modellen und Theorien, die den Zusammenhang von Rechtsextremismus und Demokratie – auch, aber nicht nur, in Sachsen – zu erklären versuchen. Dennoch war und ist die Thematik für mich immer auch mit großem persönlichem Interesse verknüpft und hat einen großen Einfluss auf meine eigene Biographie genommen: Es besteht eine Verbindung zur Wahl meines Studienfachs, meines ehrenamtlichen Engagements und meiner beruflichen Laufbahn. Auch 2018 bin ich immer noch überrascht davon, mit welchem Hass Menschen anderen Menschen entgegentreten und wie sie sich diesen Hass legitimieren. Nicht überrascht haben mich aber tatsächlich die Reaktionen der sächsischen Parteien in Anbetracht der Vorfälle.

Die vorliegende Monographie ist eine leicht überarbeitete Form meiner Masterarbeit, die ich im Februar 2017 an der Universität Leipzig bei Dr. Daniel Schmidt und Dr. Hendrik Träger eingereicht habe. Mit Hilfe meiner Lektor\*innen habe ich mich bemüht, einige der sehr wissenschaftlichen Aspekte einem politisch und politikwissenschaftlich interessierten Publikum besser zugänglich zu machen. Dennoch ist die Arbeit eine sozialwissenschaftliche, das heißt sie orientiert sich an entsprechenden Standards und nutzt an einigen Stellen Fachtermini. Aus diesem Grund sei darauf verwiesen, dass sich einige Kapitel mehr als andere dazu eignen, auch ohne (sozial)wissenschaftlichen Hintergrund zu verstehen, was im parteipolitischen Diskurs nach Hoyerswerda, Mügeln und Heidenau passiert ist und wie sich diese Zusammenhänge einordnen lassen. Spannend für alle Leser\*innen sind die Kapitel 2.1 zum „Rechtsextremismus“ (Begriff sowie empirische Befunde aus Sachsen), 3.3 zur „sächsischen Demokratie“ sowie die Kapitel 4 und 5 zur Fallanalyse und zum Fazit. Die Kapitel 2.2 zu Demokratietheorie und -begriff sowie Kapitel 3 zum Hintergrund der Diskursanalyse sind vermutlich eher für ein Publikum mit sozialwissenschaftlichem Wissen oder zumindest tiefgreifendem Interesse daran geeignet.

Ich möchte mich an dieser Stelle noch bei einigen Menschen bedanken, die meinen Arbeitsprozess intensiv begleitet haben. Danke Desi – für deine Freundschaft und dafür, dass du mich darin bestärkt hast, die Veröffentlichung dieser Arbeit zu forcieren. Ein Dank gilt auch meinen beiden Lektor\*innen Jan und Anja: Ihr habt mir sehr hilfreiche Tipps gegeben, wie diese Arbeit jenseits der politikwissenschaftlichen Blase verständlich wird und die Ergebnisse für ein größeres Publikum fassbar gemacht werden können. Ich danke auch sehr Theresa, Eva und Franzi fürs Korrekturlesen: Euer Lob, aber insbesondere auch eure konstruktive Kritik und inhaltlichen Inputs haben die Arbeit erst rund – und somit zu einer richtigen Abschlussarbeit – gemacht. Der letzte Dank geht an Dave: Dafür, dass du mich während der intensiven Arbeitsphasen kontinuierlich bestärkt hast und ganz generell für deinen moralischen Support.

*Leipzig, September 2018*



# 1 Einleitung

Dass sich diese Masterarbeit im Groben mit dem Thema „Rechtsextremismus“ auseinandersetzen sollte, stand schon geraume Zeit fest. Nur galt es nun noch dieses breite Thema zu konkretisieren. Wie genau dies aussehen sollte, darüber herrschte zunächst Unklarheit. Den Ausschlag gab eine seit April 2016 geführte Diskussion auf dem Onlineportal „Causa“ der Zeitung Tagesspiegel unter der Fragestellung „Warum ist Sachsen so rechts?“. Die Frage ist natürlich sehr polemisch, wissenschaftlich absolut nicht haltbar und birgt massive Vorurteile in sich. Dennoch – während ich die verschiedenen Beiträge der Gastautor\*innen las, ergaben sich immer mehr Fragen, anstatt dass diese geklärt wurden. Ist Sachsen überhaupt „so rechts“ oder entspricht das lediglich einer bestimmten Perspektive? Welche Gründe oder Entgegnungen bringen die einzelnen Autor\*innen für ihre – doch sehr subjektive – Sichtweise an? Besonders markant schien dabei der Unterschied in der Argumentation zwischen Juliane Nagel, der einzigen direkt gewählten Landtagsabgeordneten der LINKEN, und Frank Kupfer, dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im sächsischen Landtag. Die Stoßrichtung beider Argumentationen war so verschieden, dass ich mich entschloss, die Diskurse beider Parteien genauer anzuschauen. In der Diskussion verortete bspw. Kupfer die Quellen rechter Umtriebe einerseits in der DDR-Sozialisation der ansässigen Bevölkerung, andererseits hätten den Rechtsextremismus Personen wie Christian Worch<sup>3</sup> oder Holger Apfel<sup>4</sup> (beides „Westdeutsche“) nach Sachsen gebracht und salonfähig gemacht (vgl. Kupfer 2016). Nagel hingegen spricht der seit der Wende durchgängig regierenden CDU eine große Mitschuld aus z.B. durch die Stigmatisierung „linker“ Initiativen. Auch den permanenten Verweis auf „rechte“ Einzeltäter\*innen<sup>5</sup>, die lediglich

3 Führender Kopf der deutschen Neonaziszene, seit 2012 ist er Vorsitzender der Partei „Die Rechte“.

4 Ehemaliger NPD-Bundesvorsitzender und 2009 bis 2012 NPD-Landesvorsitzender in Sachsen.

5 Ich verwende im Folgenden bei Personenbezeichnungen das \*Sternchen als Ausdruck der Vielfalt möglicher Lebensweisen außerhalb der hegemonialen Zweigeschlechtlichkeit, insbesondere auch um diese mit einzubeziehen und sichtbar

am gesellschaftlichen „Rand“ agieren würden, kritisiert sie, negiere dies doch in allen Gesellschaftsschichten vorhandene Tendenzen zu „rechtem“ Gedankengut. (Vgl. Nagel 2016)

Warum aber ist das Thema „Rechtsextremismus und Demokratie in Sachsen“ derzeit überhaupt präsent? Im Untersuchungsjahr 2015 waren in ganz Deutschland 441.899 Erstanträge auf Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingegangen, eine Steigerung von 135% im Vergleich zum Vorjahr (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2016: 2), davon stellten 27.180 (2014: 6930) Menschen einen Antrag in Sachsen (vgl. ebd. 2016: 5; Sächsische Staatskanzlei 2015: 11). Die steigenden Zahlen Geflüchteter erzeugten laute Stimmen aus allen gesellschaftlichen Richtungen. Verschiedene Statistiken zeigen den Anstieg rechter Gewalttaten im Zusammenhang mit den Themen „Flucht“ und „Asyl“ im Vergleich zu den Vorjahren: Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) zählte 918 (2014: 512) fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten, die als „PMK – rechts“ eingeordnet wurden (vgl. Bundesministerium des Innern 2016: 49). Davon wurden 201 (2014: 83) in Sachsen begangen, lediglich Nordrhein-Westfalen lag mit 288 (2014: 370) Übergriffen – jeweils in absoluten Zahlen – davor (vgl. Bundesministerium des Innern 2016: 30). Laut der gemeinsamen Chronik der Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL kam es deutschlandweit zu 1250 (2014: keine Zahlen) flüchtlingsfeindlichen Vorfällen<sup>7</sup>, davon fanden 333 in Sachsen statt (zum Vergleich: in NRW waren es 225 Vorfälle) (vgl. Mut gegen rechte Gewalt 2017). In einer Statistik der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Sachsen e.V. (RAA) werden sogar 477 (2014: 257) rechtsmotivierte und rassistische Angriffe verzeichnet (vgl. RAA Sachsen e.V. 2015, 2016). Unerheblich, welcher Statistik man nun Glauben schenken mag<sup>8</sup>, allein

zu machen (vgl. AG Feministisch Sprachhandeln 2014: 25 f.).

- 6 „Politisch motivierte Kriminalität“ gibt es in den Ausprägungen rechts, links und Ausländerkriminalität (vgl. Bundesministerium des Innern 2016: 23 ff.).
- 7 Die Statistik umfasst Brandanschläge auf Asylunterkünfte oder Einrichtungen, die sich unmittelbar für Geflüchtete engagieren, „sonstige Angriffe“ (z. B. Böller- oder Steinwürfe, mutwillige Wasserschäden, rechte Schmierereien etc.) und Körperverletzungen.
- 8 Zur Abweichung der Zahlen vgl. Kleffner 2016: 117 f.

schon der Anstieg derartiger Vorfälle zog ein politisches und mediales Unwetter nach sich.

Die Umrisse des Themas waren somit gefunden, nun musste es eingegrenzt werden. Beim Querlesen der verschiedensten Medien fiel mir immer wieder die Begriffskombination „sächsische Demokratie“ ins Auge. Fast durchgängig wurde sie negativ konnotiert, indem sie im Zusammenhang mit steigenden Angriffen auf Geflüchtete genannt wurde, aber auch im Zusammenhang mit Kritik an Sachsens Politik, Polizei und Justiz zu finden ist. Der Entschluss war gefasst, auch dieses Wortgebilde mit in die Arbeit einzubeziehen.

Da der Begriff „Rechtsextremismus“ immer wieder in Verbindung mit der „sächsischen Demokratie“ auftaucht, bietet es sich an, diese beiden Begrifflichkeiten in Relation zu setzen. Im Zusammenhang mit der Kritik an sächsischer Politik wird oftmals die CDU genannt. Als Regierungspartei wird ihr unterstellt, sie sei mitschuldig an der Konjunktur „rechter“ Tendenzen im Freistaat. Eine ihrer größten Kritikerinnen auf Parteebene ist die LINKE, welche derzeit die größte Oppositionsfraktion im Landtag stellt. Neben (zivil)gesellschaftlichen Vertreter\*innen sind es vor allem politische Akteur\*innen, die maßgeblich an der Ausgestaltung von Demokratie beteiligt sind, allen voran Parteien und deren Mitglieder. Vor allem in politikwissenschaftlichen Kreisen wird Deutschland nicht umsonst als „Parteiendemokratie“<sup>9</sup> bezeichnet.

Ich entschied mich für eine diskursanalytische Betrachtung der Parteien, denn obwohl auch „Rechtsextremismus“ in der Regel ein gängiges Forschungsfeld ist, fokussiert diese Arbeit etwas anderes: Im Mittelpunkt der Analyse stehen Diskursbeiträge der CDU und der LINKEN in der Debatte um einen exemplarischen „rechtsextremen“ Vorfall. Gewählt wurden die beiden Parteien, die in Sachsen politisch und auf Diskursebene am weitesten voneinander entfernt sind<sup>10</sup>. Weiterhin ist die CDU

9 Dies ist damit zu begründen, dass Parteien einen großen Stellenwert im politischen Tagesgeschäft haben. Vor allem ihre Aufgaben der Politikformulierung sowie -kontrolle können für die Durchführung von Diskursanalysen von Bedeutung sein. (Vgl. Niedermayer 2016: 41 f.)

10 Die AfD wird an dieser Stelle außen vor gelassen, auch wenn sich ihre Positionen und die der LINKEN – zumindest bezogen auf die Thematik der Arbeit – noch mehr

seit 1990 durchgängig Regierungspartei<sup>11</sup>, die LINKE (vormals PDS) von jeher – und seit 1999 sogar durchgehend stärkste – Oppositionspartei.

Parteien positionieren sich nicht nur im politischen Tagesgeschäft, sondern immer wieder auch zu signifikanten sozialen Phänomenen. Als solche zählen auch „rechtsextreme“ Vorfälle, die seit 2014 vermehrt auftreten (vgl. Kleffner 2016). Interessant sind Einschätzungen von Expert\*innen, die dabei immer wieder Vergleiche zu den 1990er Jahren ziehen, in denen es zu einer explosionsartigen Ausbreitung solcher Vorfälle kam (vgl. Puls 2016; Stöss 2010: 151). Rechtsextremismusforscher Begrich äußert sich hinsichtlich solcher vermeintlichen Ähnlichkeiten:

*„Wenn jetzt der Eindruck entsteht, in Teilen Ostdeutschlands sei man in Bezug auf rechte Gewalt in eine Zeitschleife der 1990er Jahre geraten, so geschieht das nicht ohne Grund. Denn den Ereignissen von Heidenau im Spätsommer 2015 ging seit 2012 eine ganze Reihe von rassistischen Mobilisierungen voraus, deren Schwerpunkt im Osten lag. Erinnert sei nur an die wochenlangen sogenannten Lichtleläufe in Schneeberg, die von der lokalen NPD initiiert wurden und in der Region auf breite Zustimmung stießen.“ (Begrich 2015: 10)*

Von Interesse ist nicht die Mobilisierung im Vorfeld, wie sie Begrich beleuchtet, sondern der im Nachgang entstehende Diskurs der Parteien um das Ereignis.

Ziel der Arbeit soll es sein, mittels der Diskursanalyse eines empirischen Vorfalles, der als „rechtsextrem“ bezeichnet werden kann, auf das Vorhandensein diskursiver Gelegenheitsstrukturen in Sachsen zu schließen. Im Mittelpunkt des analytischen Teils stehen die Ausschreitungen im Umfeld einer Asylnotunterkunft in Heidenau vom 21. bis 23. August 2015, die deutschlandweit für Aufsehen sorgten. Um die ausgewählte Methode qualitativ zu stärken und gesichert Gelegenheitsstrukturen herausarbeiten zu können, wurde das Forschungsfeld um zwei weitere

unterscheiden. Die AfD sitzt erst seit 2014 im sächsischen Landtag und kommt aus diesem Grund für die Analyse nicht in Frage.

11 1990-2004 allein, 2004-2009 mit der SPD, 2009-2014 mit der FDP, seit 2014 wieder mit der SPD.

Fallbeispiele erweitert: Neben Heidenau wurden Vorfälle in Hoyerswerda und Mügeln ausgewählt. In Hoyerswerda kam es 1991 zu einem der ersten großen „rechten“ Übergriffe nach der Wende, der bundesweit für einen Aufschrei sorgte. Zwischen dem 17. und 23. September gab es starke Ausschreitungen vor zwei Unterkünften von ehemaligen DDR-„Vertragsarbeiter\*innen“ und Geflüchteten mit vielen Verletzten. Und auch in Mügeln fand 2007 ein „rechter“ Übergriff im Zuge eines Stadtfestes statt. Der Fall Mügeln erlangte zwar keinen so einen großen Bekanntheitsgrad, interessant an ihm ist aber insbesondere der darum entstandene Diskurs, weil er – u.a. durch die sächsischen Parteien – sehr unterschiedlich rezipiert wurde.

Zur Eingrenzung des Bearbeitungsfeldes bietet es sich an, eine forschungsleitende Fragestellung voranzustellen, die mittels empirischer Daten untersucht werden kann.

Welche Diskursstrategien und Argumentationsmuster liegen dem jeweiligen Diskurs der CDU und der LINKEN zugrunde, wenn sie sich mit „rechtsextremen“ Vorfällen in Sachsen (an den Beispielen Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda) beschäftigen?

Um diese Frage beantworten zu können, werden vor der eigentlichen Analyse sowohl theoretische als auch methodische Grundlagen gelegt. Die thematische Eingrenzung erfordert zunächst theoretische Begriffsdefinitionen. So ist der „Rechtsextremismus“-Begriff ein wichtiger Bestandteil dieser Arbeit (Kapitel 2.1), auch wenn er im Analyseteil direkt keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle spielen wird. Vor allem für die Auswahl der Fallbeispiele ist er jedoch unabdinglich. Aus diesem Grund wurde, ausgehend von gängigen Deutungsangeboten, eine eigene Definition erarbeitet (Kapitel 2.1.1), die vor allem die Verhaltensdimension „rechtsextrem“ handelnder Personen in den Vordergrund stellt. Somit spielen hauptsächlich nicht „rechtsextreme“ Einstellungen eine Rolle, da die Ereignisse anhand dieser nicht ausgewählt werden können. Die drei Ereignisse in Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda werden danach mittels des erarbeiteten Begriffs als „rechtsextrem“ gekennzeichnet und nachgezeichnet (Kapitel 2.1.2).

Mit dem Demokratie-Begriff verhält es sich dabei ähnlich (Kapitel 2.2). Entschieden wurde sich für eine empirische Demokratietheorie, die gleichzeitig einen weiten Demokratie-Begriff nutzt. Damit soll sichergestellt werden, dass keine allzu normative Perspektive auf die „sächsischen Verhältnisse“ entsteht, denn allein die Begrifflichkeit scheint stark normativ aufgeladen. Die liberale Demokratie nach Diamond und Morlino (Diamond 1999; Diamond und Morlino 2004) wird deshalb vorwiegend der theoretischen Einordnung der „sächsischen Demokratie“ dienen. Die weite Konzeption bietet sich an, weil sowohl staatliche als auch gesellschaftliche Dimensionen einer Demokratie einbezogen werden.

Die methodische Grundlage (Kapitel 3.1) der Arbeit bildet die Wissenssoziologische Diskursanalyse (WDA). Diese spezielle Perspektive sozialwissenschaftlicher Diskursforschung wurde von Reiner Keller geprägt und verbindet die wissenssoziologische Tradition nach Berger und Luckmann mit diskurstheoretischen Annahmen Michel Foucaults. Die WDA untersucht Prozesse der Wirklichkeitskonstruktion, -bestätigung und -veränderung durch soziale, und somit auch politische, Akteur\*innen. Ein Anwendungsvorteil der WDA besteht darin, dass ihr kein statisches Forschungsprogramm zugrunde liegt, sondern je nach Forschungsfrage und -interesse unterschiedliche methodische Zugänge genutzt werden können – und müssen. Die WDA stützt sich bei der Datenanalyse u.a. auf Kodier-Verfahren im Sinne der *grounded theory*. Nach einer kurzen theoretischen Verortung (Kapitel 3.1.1) wird die Vorgehensweise in dieser Arbeit erläutert (Kapitel 3.1.2). Es wird mit einer Phänomenstruktur gearbeitet, in welcher die diskursiven Zuschreibungen des jeweiligen Ereignisses durch die jeweiligen Parteien dimensionalisiert und diese Dimensionen inhaltlich erläutert werden. Das Phänomen ist jeweils ein „rechtsextremer“ Vorfall (Heidenau, Mügeln, Hoyerswerda). Die Dimensionen ergeben sich erst durch die Lektüre und (Fein-)Analyse von Diskursfragmenten der CDU und der LINKEN. Solche Diskursfragmente werden in dieser Arbeit insbesondere durch Pressemitteilungen der CDU und der LINKEN (am Beispiel Heidenau) repräsentiert. Zu den beiden anderen Ereignissen Mügeln und Hoyerswerda existieren bereits Aufarbeitungen, sowohl wissenschaftlich als auch medial. Insofern soll

in erster Linie ein Abgleich erfolgen, der untersucht, ob sich bestimmte Argumentationsmuster beider Parteien im Laufe der Jahre wiederholen, und somit auf das Vorhandensein von Gelegenheitsstrukturen geschlossen werden kann.

Die theoretische Basis solcher Gelegenheitsstrukturen findet ebenso ihren Platz (Kapitel 3.2). Dadurch kann der anschließende Ergebnisteil, welcher von eventuellen Zusammenhängen handelt, fundiert begründet werden. Obwohl Gelegenheitsstrukturen als Konzepte eigentlich auf der Theorieebene angesiedelt sind, finden sie in dieser Arbeit eine methodische Anwendung, sie dienen als Ableitung aus den Kategorien der Diskursanalyse.

Auch die „sächsische Demokratie“ muss definiert werden, da sie innerhalb der Arbeit immer wieder thematisiert wird. Anhand von medialen Darstellungen wird sie mittels dort gefundener Merkmale kategorisiert (Kapitel 3.3). Dieses Kapitel wird ebenso im Methodenteil verortet, weil es kein theoretisches Konstrukt darstellt, sondern innerhalb dieser Arbeit auf der Basis von Presstexten bearbeitet und lediglich auf die Demokratietheorien bezogen wird.

Der Analyseteil (Kapitel 4) umfasst den größten Teil der Arbeit. Der Fokus der Betrachtung liegt auf der Herausarbeitung einer sogenannten *story line* sowohl für den Diskurs der CDU als auch den der LINKEN. Dabei wird jedoch nicht außer Acht gelassen, dass einzelne Diskursfragmente durchaus vom „roten Faden“ des Diskurses abweichen können. Das wird berücksichtigt und sowohl entsprechend gekennzeichnet als auch bewertet. Für die Untersuchung werden drei erkenntnisleitende Annahmen aufgestellt:

#### ***Hypothese 1***

Die inhaltliche Ausführung der Phänomendimensionen unterscheidet sich *interparteilich* erheblich.

#### ***Hypothese 2***

Die jeweilige *innerparteiliche* inhaltliche Ausführung der Dimensionen der Phänomenstruktur Heidenaus ähnelt denen von Hoyerswerda und Mügeln.

### ***Hypothese 3***

Die Parteien CDU und die LINKE sind für die Herausbildung unterschiedlicher diskursiver Gelegenheitsstrukturen in Sachsen verantwortlich.

Die drei Hypothesen werden unter Berücksichtigung der Forschungsfrage im Zwischenfazit (Kapitel 4.4) und im Fazit (Kapitel 5) aufgegriffen und mittels der Analyseergebnisse entweder verifiziert oder widerlegt.

## 2 Theoretische Rahmung

### 2.1 „Rechtsextremismus“ als Begriff und Kontext

Auch wenn „Rechtsextremismus“ nicht selbst Untersuchungsgegenstand ist, ist er als Phänomen – und auch als Begriff – unerlässlich für diese Arbeit. Dieses Kapitel ordnet demzufolge „Rechtsextremismus“ zunächst als wissenschaftliches, und spezifisch politikwissenschaftliches Phänomen ein und erarbeitet ausgehend von einigen Grundannahmen eine eigene Definition (Kapitel 2.1.1). Anhand dieser werden die Fallbeispiele als „rechtsextrem“ gekennzeichnet und im Gesamtkontext des „Rechtsextremismus“ in Sachsen verortet (Kapitel 2.1.2). Die Begriffe „rechts“ und „links“ werden in dieser Arbeit im Sinne einer „Vereinfachung komplexer politischer Sachverhalte [genutzt], beispielsweise zur Verortung von Personen oder Parteien im politisch-ideologischen Spektrum.“ (Stöss 2010: 17, zur Begriffsdebatte vgl. z.B. Hüttmann 2011: 330 ff.). Die Verwendung wird durch die Nutzung von Anführungszeichen gekennzeichnet.

#### 2.1.1 Das politikwissenschaftliche Phänomen „Rechtsextremismus“

In einem Interview merkte der Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Thomas Krüger, zum Stichwort Heidenau an:

*„Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland ist durch diese Flüchtlingsbewegung ruckartig sichtbarer geworden. Die Bereitschaft, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren und für die Idee einer homogenen Gesellschaft zu werben, hat sich radikal verstärkt. Ich würde nicht die gesamte Gesellschaft als mehrheitlich rechtsextrem bezeichnen, auch nicht die in Sachsen. Aber dort bestehen verfestigte organisierte rechtsextreme Strukturen, die so in vielen anderen vor allem westlichen Bundesländern nicht bestehen. Und diese wurden in Heidenau mobilisiert.“ (Decker 2015)*

Nicht nur in der sozialwissenschaftlichen Forschung wird der Begriff „Rechtsextremismus“ verwendet, sondern auch, wie die Äußerung Krü-

gers verdeutlicht, in politischen, medialen und gesellschaftlichen Deutungen. Dabei werden Ausdrücke wie „Rechtsradikalismus“, „Faschismus“, „Neofaschismus“, „Rassismus“<sup>12</sup> oder „Fremdenfeindlichkeit“<sup>13</sup> teilweise synonym genutzt, wodurch jedoch definitorische Unterschiede verschwimmen. Die Auffassungen sind so unterschiedlich, dass teilweise nicht einmal über dasselbe Phänomen gesprochen wird, wenn der Terminus „Rechtsextremismus“ fällt. Was aber genau ist „Rechtsextremismus“, aus politikwissenschaftlicher Perspektive betrachtet? Dieses Kapitel widmet sich der Betrachtung bestehender Begriffsbestimmungen und erarbeitet anhand dieser eine eigene Definition. Damit kann eine klar fundierte Theorie durch die Arbeit begleitet, u.a. um eine Basis für die Analyse der Gelegenheitsstrukturen im sächsischen Diskurs über als „rechtsextrem“ bezeichnete Vorfälle zu schaffen.

In der politikwissenschaftlichen Literatur wird Rechtsextremismus einerseits als singuläres Phänomen beschrieben, andererseits als Spielart des politischen Extremismus begriffen (vgl. Salzborn 2015b: 18). Kritiker\*innen beider Richtungen versuchen die Benutzung des Begriffs gänzlich zu vermeiden, weil sie diesen aus verschiedenen Gründen als problematisch empfinden (vgl. Mehrer und Dölemeyer 2011: 15 f.). Sie verwenden stattdessen andere Termini wie „extreme Rechte“ oder nutzen den „Extremismus“-Begriff gar nicht mehr (vgl. Hüttmann 2011; Kausch und Wiedemann 2011). Es ergeben sich somit drei Strömungen der „Rechtsextremismus“-Forschung<sup>14</sup>, die nicht selten erhitzte Debatten führen und sich gar gegenseitig angreifen (vgl. bspw. Butterwegge 2010; Wippermann 1999, 2010). Im Folgenden sollen einige Definitionen her- ausgestellt werden, die den drei Strömungen zugeordnet werden kön-

- 12 Eine biologistische Perspektive geht von der Existenz klar abgrenzbarer menschlicher „Rassen“ aus, kulturalistische Ansätze betonen dagegen die Notwendigkeit der räumlichen Trennung von „Ethnien“, um ihre jeweiligen Besonderheiten beizubehalten. Es gibt außerdem noch weitere Unterscheidungsmöglichkeiten. (Vgl. Koller 2006)
- 13 „[B]ezeichnet ablehnende, ausgrenzende und feindliche Einstellungen und Haltungen gegenüber Personen und Gruppen, die als ‚fremd‘ definiert werden.“ (Staud et al. 2006: 1835)
- 14 Die drei Kategorien sind intern keineswegs homogen. Dennoch können einzelne Ansätze vereinfacht einer der drei Strömungen zugeordnet werden.

nen. Daran wird erklärt, wie und wieso die jeweilige Begrifflichkeit in dieser Arbeit genutzt bzw. nicht genutzt wird.

Eine Reihe von Wissenschaftler\*innen forscht ausgehend von einem „Extremismus-“ bzw. Hufeisenmodell. Eine der gängigsten Definitionen stammt von Backes und Jesse. Für sie ist „politischer Extremismus“ eine

*„Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen [...], die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Spielregeln und Werte einig wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgerechtigkeit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als ‚repressiv‘ gilt (Anarchismus).“ (Backes und Jesse 1996: 45)*

Sie gehen davon aus, dass „Links-“ (verkörpert u.a. durch „Kommunismus“ und „Anarchismus“) und „Rechtsextremismus“ zwar einerseits ideologisch weit voneinander entfernt, andererseits jedoch (in der gemeinsamen Ablehnung des Verfassungsstaates) benachbart sind wie die Enden eines Hufeisens. Neu greift die Definition von Backes und Jesse auf und beschreibt als „klassische[...] normative[...] (Minimal-)Definition [...] Extremismus als Ablehnung von Demokratie“ (Neu und Pokorny 2015: 4). Kailitz nennt „all jene Bestrebungen [extremistisch], denen eine Identitätstheorie der Demokratie eigen ist und die auf die Bewahrung oder Errichtung einer autoritären oder totalitären Diktatur zielen.“ (Kailitz 2004: 15) Dagegen formulieren Mehrer und Dölemeyer: „Während der Extremismusbegriff in der politischen Auseinandersetzung und in der Arbeit des Verfassungsschutzes weiterhin präsent ist, wird er [...] in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung nur noch von wenigen Vertreter\*innen für sozialwissenschaftliche Analysen genutzt (u.a. von Uwe Backes, Eckhard Jesse, Steffen Kailitz, Viola Neu).“ (Mehrer und Dölemeyer 2011: 14) An dieser Stelle bietet es sich an, die Sichtweise des Verfassungsschutzes gegenüberzustellen, da im Analyseteil (Kapitel 4) einige Politiker\*innen (zumindest implizit) auf die Auffassung der

Behörde zurückgreifen. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz (LV) definiert „Rechtsextremismus“ wie folgt:

*„Im Gegensatz dazu [zu radikalen Bestrebungen, Anm. d. Verf.] stehen extremistische Bestrebungen. Sie richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gelten daher als verfassungsfeindlich. [...] Gewalt wird dabei zwar häufig als Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Ziele befürwortet, propagiert oder sogar praktiziert. Sie ist jedoch nicht Voraussetzung für Extremismus. Gemeinsam ist diesen extremistischen Bestrebungen das Ziel, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen.“ (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen 2009: 234)*

All die Definitionen der oben genannten Vertreter\*innen des „politischen Extremismus“ stimmen also im Punkt der Ablehnung des Verfassungsstaates mit den Verfassungsschutzämtern überein. Die Sichtweise bietet sich im Hinblick auf diese Arbeit jedoch nicht an, da bei der Einordnung eines Vorfalls als „rechtsextrem“ die Komponente der Ablehnung des Verfassungsstaates keine tragende Rolle spielt. Die Angriffe in Heidenau, Mügeln oder Hoyerswerda können nicht direkt mit Verfassungsfeindlichkeit gekoppelt werden – auch wenn Einzelpersonen wahrscheinlich tatsächlich der Verfassung feindlich gegenüberstehen.

Eine weitere Variante der wissenschaftlichen Betrachtung des Begriffes „Rechtsextremismus“ lehnt die Nutzung von „Extremismus“-Vokabularen ab. Um auf den Kern dieser – inhaltlich sehr verschieden ausgeführten – Strömung zu verweisen, kann auf Kritikpunkte an den anderen beiden Auffassungen zurückgegriffen werden. Dem verfassungsrechtlich geprägten Kurs unterstellen Mehrer und Dölemeyer „Tendenzen zur Nivellierung bzw. Gleichsetzung“ (Mehrer und Dölemeyer 2011: 14) von „Rechts-“ und „Linksextremismus“. Forschungsansätze, die ohne den Dualismus „rechts“ und „links“ auskommen und „Rechtsextremismus“ singular betrachten, drohen in den Augen der Autor\*innen „die Gefahr einer Entpolitisierung oder Vernachlässigung von Machtstrukturen und deren Effekten.“ (ebd.: 15). So würden z.B. Formen des sogenannten „(Alltags-)Rassismus“ aus dem Blickfeld der Forschung verschwinden,

die oft mit „Rechtsextremismus“ in Verbindung gebracht werden (vgl. ebd.: 16). Forschungsansätze, die den „Rechtsextremismus“-Begriff nicht mehr – im eigentlichen Sinne oder gänzlich – verwenden, versuchen den geäußerten Kritikpunkten gerecht zu werden. Aber auch in dieser Strömung herrscht begrifflich keine Klarheit, sondern es entstanden äußerst unterschiedliche Ansätze, wie beispielhaft der Sammelband „Ordnung. Macht. Extremismus“ vom Forum für kritische Rechtsextremismusforschung zeigt. Die Autor\*innen problematisieren darin in den drei Teilen „Kritiken“, „Praktiken“ und „Alternativen“ sowohl auf theoretischer als auch praktischer Ebene das Extremismus-Modell und kritisieren dabei grundlegend den „(Rechts-)Extremismus“-Begriff des von ihnen ausgemachten Mainstreams (Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung, Leipzig 2011). Kausch und Wiedemann schlagen in einem eher praxisorientierten Ansatz eine begriffliche Kombination von „Neonazismus“ und „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ vor (vgl. Kausch und Wiedemann 2011: 295 ff.). Mit der Bezeichnung als „extreme Rechte“ versucht Hüttmann einerseits, das Phänomen von den gesellschaftlichen Rändern wegzuholen („die Rechte“), andererseits mit dem Zusatz „extrem“ jedoch Unterschiede zwischen „militanten Neonazis“ und z.B. in der „Mitte“ der Gesellschaft vorhandenen antisemitischen Einstellungen deutlich zu machen. Er selbst gibt Probleme mit der definitorischen Eindeutigkeit bzw. Unterscheidbarkeit zum „Rechtsextremismus“-Begriff zu. (Vgl. Hüttmann 2011: 343 f.). Diese Strömung kann aufgrund der erläuterten Uneindeutigkeiten in dieser Arbeit nicht zur theoretischen Grundlage werden, da das zu behandelnde Material selbst zu divers ist, als dass es sich in eine solch komplexe begriffliche Klassifizierung einfügen lassen würde.

Die in der letzten Strömung beheimateten Forscher\*innen nutzen zwar den „Rechtsextremismus“-Begriff, ohne ihn jedoch gleichzeitig als Gegensatz von „Linksextremismus“ zu verorten. Sie geben ihm eine andere Stoßrichtung: Nicht die Ablehnung des Verfassungsstaates ist das Hauptkriterium für die Bezeichnung als „rechtsextrem“, vielmehr werden Ideologien bzw. Einstellungs-, Organisations- oder Praktikdimensionen betrachtet (vgl. Mehrer und Dölemeyer 2011: 14 f.). Salzborn und Stöss unterteilen in die Analyse von Einstellungen (z.B. Rassismus, Sexis-

mus oder Antiamerikanismus) und Verhalten (bspw. Gewalt, Protest oder Wahlverhalten) (vgl. Salzborn 2015b: 21; Stöss 2010: 21). Die meisten Definitionen schliessen damit nicht nur gesellschaftliche „Ränder“ ein, sondern betrachten „Rechtsextremismus“ als gesamtgesellschaftliches Phänomen. Für Jaschke ist demzufolge Rechtsextremismus

*„die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“ (Jaschke 1994: 31)*

Auch Stöss orientiert sich an Jaschke, schlägt aber zur genaueren inhaltlichen Bestimmung den Begriff „völkischer Nationalismus“ (Stöss 2010: 19) vor. Für ihn ist „Rechtsextremismus [...] ein Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten“ (ebd.). Butterwegge und Meier nennen

*„Strömungen und Bestrebungen (rechtsextrem), die – häufig unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt – demokratische Grundrechte einzuschränken bzw. ganz abzuschaffen, in der Regel sozial benachteiligte, sich aufgrund phänotypischer Merkmale wie Hautfarbe, Körperbau oder Haarbeschaffenheit, der Herkunft, weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Orientierung nach unterscheidbare, von der gültigen ‚Standardnorm‘ abweichende Minderheiten auszugrenzen, auszuweisen oder – im Extremfall – auszurotten und jene Kräfte auszuschalten oder zu schwächen suchen, die für deren Integration, das Ziel der gesellschaftlichen Emanzipation und Mechanismen demokratischer Partizipation eintreten. Rechtsextremisten möchten wieder hinter die bürgerliche Demokratie zurück und die Errungenschaften der Französischen Revolution rückgängig machen. Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit über die Grenzen des ei-*

*genen Nationalstaates hinweg sind ihnen ein Graus. [Hervorhebung im Original]" (Butterwegge und Meier 2002: 22)*

Auch wenn die oben genannte Kritik am singular genutzten „Rechtsextremismus“-Begriff nicht von der Hand zu weisen ist, bietet sich dieser für die vorliegende Arbeit an. Als Vorteil empfindet z.B. Salzborn das „Integrationspotenzial [...], um analytisch politische Strömungen von gewalttätigen Neonazis bis hin zu völkischen Gruppierungen [...] zu erfassen, ohne dabei deren Unterschiede und Differenzen nivellieren zu müssen“ (Salzborn 2015b: 19). Dieser Ansicht kann zugestimmt werden. Außerdem ist durch seine Nutzung in politischen und gesellschaftlichen Zusammenhängen seine Durchschlagskraft höher als ähnlich eingeordnete Begriffe. Die Bedeutung des „Rechtsextremismus“-Begriffs spielt somit in der öffentlichen Wahrnehmung eine größere Rolle als spezifischere Bezeichnungen für die jeweiligen Phänomene. Auch dies begründet die Nutzung des „Rechtsextremismus“-Begriffs trotz seiner Kontroversität.

Die eigentliche Definition dieser Arbeit orientiert sich also an den genannten Eingrenzungen der letztgenannten Strömung. Um ein Ereignis als rechtsextrem einzustufen, wird die Verhaltens- und nicht die Einstellungsdimension im Vordergrund stehen.<sup>15</sup> Dementsprechend kann eine Eingrenzung der Definition erfolgen, die sich weiterhin an die Theorie von Jaschke und Butterwegge anlehnt.

Dem Ereignis muss zugrunde liegen, dass (mehrere) Personen,

- (vermeintliche oder tatsächliche) Minderheiten aufgrund phänotypischer Merkmale, Herkunft, weltanschaulichen, religiösen oder sexuellen Orientierungen mit dem Ziel der Ausgrenzung oder Ausweisung angreifen bzw. dies versuchen
- ausgehend von einer sozialen Ungleichheit der Menschen den Gleichheitsartikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

15 Einstellungen ist in den meisten Fällen Verhalten vorgelagert, es gibt aber teilweise auch umgekehrte Auswirkungen. Eine gewisse Einstellung muss demzufolge nicht unbedingt in das entsprechende Verhalten münden. (Vgl. Stöss 1996: 193 f.)

te (AEMR) bzw. demokratische Grundrechte (laut GG) unter Androhung und/oder Anwendung von Gewalt (explizit als auch implizit) nicht anerkennen

Die Eingrenzung der Begrifflichkeit wird im folgenden Kapitel für Sachsen angewendet und damit herausgearbeitet, wieso Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda als rechtsextreme Vorfälle im Sinne dieser Arbeit gelten können.

### 2.1.2 Empirische Befunde zu „Rechtsextremismus“ in Sachsen

Der theoretisch erarbeitete Begriff soll an dieser Stelle empirisch angereichert werden. Zu Beginn erfolgt ein kurzer Überblick über „Rechtsextremismus“ in Sachsen – insbesondere über die Jahre, in denen es zu den Vorfällen in Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda kam. Im Anschluss werden diese drei ausgewählten Ereignisse als rechtsextreme Vorfälle im Sinne der oben genannten Definition gekennzeichnet.

Das LfV Sachsen verzeichnete für 2015 sowohl bzgl. des Personenkreises als auch auf Ebene der Gewalttaten einen Anstieg gegenüber den Vorjahren. Während bis 2014 das rechtsextremistische<sup>16</sup> Personspotential bei ca. 2500 verweilte, stieg es 2015 auf etwa 2700 an (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen und Sächsisches Staatsministerium des Innern 2016: 8). Die „subkulturell geprägte rechtsextremistische Szene“ verübte 2015 2234 Straftaten (2014: 1710), davon 201 Gewalttaten (2014: 83): „Vornehmlich fällt diese Szene durch die Begehung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten, insbesondere gegen Asylbewerber und deren Unterkünfte, auf.“ (ebd.: 135) Die RAA zählte 2015 sogar 477 rechtsmotivierte und rassistische Angriffe<sup>17</sup> (2014: 257). Davon waren 60% (285 Fälle) ein rassistisches Tatmotiv zuzuordnen,

16 Der Verfassungsschutz nutzt den Begriff „rechtsextremistisch“ statt „rechtsextrem“. Dieser wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung weitgehend abgelehnt, weil er auf das Extremismus-Modell verweist (vgl. Salzborn 2015b: 18).

17 Zu den teilweise immensen Unterschieden zwischen den Zahlen der staatlichen Stellen und den Beratungsstellen vgl. RAA Sachsen e.V. 2008; Amnesty International 2016, S. 169 f. sowie Klefner 2016.

1% (5 Fälle) richteten sich gegen die sexuelle Orientierung von Personen, 2% (11 Fälle) hatten einen sozialdarwinistischen und 6% (29 Fälle) einen antisemitischen Hintergrund. Trotz der Mehrzahl der Angriffe im öffentlichen Raum (172 Fälle) hebt die RAA zwei Tatorte für 2015 (2014: keine Daten) besonders hervor: Asylunterkünfte (74 Angriffe) und Demonstrationen (72 Angriffe). (Vgl. RAA Sachsen e.V. 2016)

Zwischen 2003 und 2007 bewegte sich die Zahl der Rechtsextremist\*innen laut LfV Sachsen zwischen 3000 (2003, 2007) und maximal 3230 (2005). Die Zahl der sogenannten „freien Kräfte“<sup>18</sup> stieg 2007 auf etwa 500 an (2006: ca. 250). Zur Anzahl der Straftaten werden keine Angaben gemacht. (Vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen und Sächsisches Staatsministerium des Innern 2007: 3) 2007 wurden durch die RAA in Sachsen 306 Fälle rechtsmotivierter und rassistischer Angriffe gezählt (2006: 242) (vgl. RAA Sachsen e.V. 2008). Im Detail einsehbar ist nur die Halbjahresbilanz, dort werden insgesamt 139 Angriffe mit insgesamt 241 direkt Betroffenen verzeichnet. Davon waren 28 Fälle rassistisch motiviert, je ein Fall trat aufgrund von Homophobie und Antisemitismus auf und ein Angriff richtete sich gegen eine sozial benachteiligte Person (vgl. RAA Sachsen e.V. 2007).

Das LfV Sachsen wurde erst im November 1992 gegründet (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen o. J.), aus diesem Grund können für das Untersuchungsjahr 1991 und Hoyerswerda keine Angaben gemacht werden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) rechnet die Angriffe der „rechtsextremistischen Skinhead-Szene“ zu, die sich Anfang der 1980er Jahre in der DDR formierte. Ihr Verhalten wird seit der Wende als zunehmend gewalttätiger beschrieben, außerdem sah sie sich in Hoyerswerda „als Avantgarde einer vermeintlich gleichgesinnten Bevölkerung“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 1999: 10). 1991 wurden 35% aller Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund in den neuen Bundesländern verübt (der ostdeutsche Anteil an der Gesamtbevölke-

18 Das sind „ehemalige Mitglieder aufgelöster Kameradschaften, um Mitglieder von aktiven bzw. inaktiven oder verbotenen Vereinigungen und um unorganisierte gewaltbereite Rechtsextremisten“ (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen und Sächsisches Staatsministerium des Innern 2007: 3).

rung Deutschlands betrug derzeit etwa 17%) (vgl. ebd.: 16 f.). Für 1991 sind auch keine Daten von der RAA verfügbar. Es lassen sich jedoch Belege ausmachen, dass seit 1990 „Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund“ rapide ansteigen: 1990 lag die Fallzahl noch bei etwa 400, 1991 waren es schon ca. 1500 Fälle, und die Zahl stieg 1992 noch einmal massiv an auf ungefähr 2600 Fälle (vgl. Stöss 2010: 151). Stöss konstatiert, dass „[n]icht selten[...] die teilweise pogromartigen Aktionen gegen Ausländer und Asylbewerber den Beifall von Anwohnern oder Passanten [fanden], was darauf hindeutete, dass die gewaltbereiten Subkulturen gerade in Ostdeutschland in ein latent rechtsextremes Umfeld eingelagert sind.“ (Stöss 2006: 287)

Der Verlauf der drei untersuchten Ereignisse wird nachfolgend kurz dargelegt. Dazu werden z.B. auch Presseartikel herangezogen. Im Anschluss werden entsprechende Verweise in den Verfassungsschutzberichten oder in anderen Berichten unabhängiger Stellen (bspw. RAA oder Amnesty International) gesucht, um zu verdeutlichen, weshalb das jeweilige Ereignis als rechtsextrem eingestuft wird.

Die Vorfälle in Heidenau werden im sächsischen Verfassungsschutzbericht 2015 thematisiert. Die Ausschreitungen stellten den „Höhepunkt einer regelrechten Demonstrationsserie gegen eine Asylbewerberunterkunft in Heidenau“ (Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen und Sächsisches Staatsministerium des Innern 2016: 17) dar. Die NPD wird dabei als Verursacherin verantwortlich gemacht. „Die Ereignisse in Heidenau im August 2015 waren Beleg für das taktische Vorgehen der rechtsextremistischen Szene“ (ebd.: 96). Die agierenden Personengruppen werden als „gewaltbereite Asylgegner“ und „Rechtsextremisten“ (ebd.: 134) bezeichnet. Amnesty International gibt Aussagen der sächsischen Polizei wieder, in denen Heidenau als „Ausnahme“ bezeichnet und der direkte „Zusammenhang zwischen Protesten und gewalttätigen Angriffen“ bestritten wird, so seien die „flüchtlingsfeindlichen Demonstrationen im Allgemeinen nicht gewalttätig“ (vgl. Amnesty International 2016: 58). Sie zeigen danach weitere, in offiziellen Statistiken geführte Fälle auf, bei denen es ebenso zu Gewaltdelikten kam (z.B. Freital im Juni 2015) (vgl. ebd.; ähnliche Befunde vgl. Kulturbüro Sachsen e.V. 2015: 5).

Heidenau als rechtsextremen Vorfall zu deklarieren, ergibt sich zum Teil schon aus oben genannten Ausführungen. Beim Blick in die Chronologie der Ereignisse bestätigt sich dieser Eindruck: Nachdem bekannt wird, dass in Heidenau ein Baumarkt als Asylnotunterkunft eingerichtet werden soll, formiert sich die Initiative „Heidenau – Hört zu“. Am Freitag (21.08.2015) versammelten sich über 1000 Demonstrant\*innen, um gegen die Unterbringung zu protestieren. Es ist die Rede von szenetypischer Kleidung, Flaggen des Kaiserreiches und einem aufgebracht, gleichwohl alkoholisierten Mob, der Bierflaschen auf die Polizei warf. Am Folgetag (22.08.2015) versuchten ca. 150-250 Personen wiederum, den Baumarkt anzugreifen. An diesem Abend kam es zu Auseinandersetzungen zwischen ihnen und ca. 250 Anhänger\*innen der „linken Szene“. Am 23.08. folgte die Einrichtung eines „Kontrollbereichs“<sup>19</sup> bzw. einer „Sicherheitszone“, um die Befugnisse der Polizei zu vergrößern. (vgl. Mitteldeutscher Rundfunk 2015; Nimz 2015a) Es fand ein eindeutiger Angriff auf Geflüchtete (Minderheit) aufgrund ihrer Herkunft statt. Das demokratische Grundrecht auf Asyl (Art. 16a GG) wurde ebenso wie Art. 1 der AEMR<sup>20</sup> unter Androhung von Gewalt durch die Handelnden in Frage gestellt. Da die Definition auch den Versuch einschließt, gilt der Vorfall auch als rechtsextrem, selbst wenn Geflüchtete nicht direkt von physischer Gewalt betroffen waren.

Auf die Vorfälle 2007 in Mügeln nimmt das LfV<sup>21</sup> keinen Bezug, weitere Berichte von anderen Behörden konnten ebenfalls nicht ausfindig gemacht werden. Dennoch kann eine Einordnung anhand der Ausarbeitungen von Schellenberg (2014a, 2014b) und Schmidt/Pates/Karawanskij (2011) sowie anhand von Presseartikeln erfolgen. Auf dem Mügeln Stadtfest kam es am Abend des 19.08.2007 zu einer „Rempelei“ zwischen „Personen indischer Herkunft“ und „deutschen Jugendlichen“ auf der Tanzfläche im dortigen Festzelt. Draußen entwickelte sich

19 Vgl. §19 Abs. 1 SaechsPolG.

20 „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ (Generalversammlung der Vereinten Nationen 1948: 2)

21 Der Bericht umfasst nur 35 Seiten und es werden kaum Vorfälle namentlich erwähnt. Zum Vergleich: 2015 sind es 302 Seiten.

daraus eine Schlägerei. Im Anschluss wurden die „Inder\*innen“ durch die Stadt gehetzt, bis sie schließlich Schutz in einer Pizzeria suchten, die einem der Angegriffenen gehörte. Aus dieser Situation resultierten das Rufen von „ausländerfeindlichen Parolen“ sowie die Beschädigung des Gebäudes und des Autos des Besitzers. Die eintreffende Polizei wurde mit Flaschen und Steinen beworfen, sie konnte den Übergriff zuletzt dennoch beenden. (Vgl. Schellenberg 2014a: 38 f.; Schmidt et al. 2011: 198 ff.; Wittrock 2007) Auch hier werden wiederum die zuvor definierten Merkmale deutlich: Es geht um einen Angriff auf „Personen indischer Herkunft“ (vermeintliche Minderheit), aufgrund phänotypischer Merkmale bzw. ihrer Herkunft (von den Täter\*innen, aber auch von der Polizei wird immer wieder auf die Nationalität Bezug genommen (vgl. Schellenberg 2014a: 60 ff.)), mit dem Ziel, diese Personen auszugrenzen (es wurden Parolen wie „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ gerufen (vgl. ebd.: 40)) und deren Gleichheit in Frage zu stellen. Die Einordnung des Mügelnor Vorfalles als rechtsextrem kann demzufolge als gesichert gelten.

Die Ausschreitungen in Hoyerswerda fanden zwischen dem 17.09. und dem 23.09.1991 statt. Nachdem „Skinheads“ vietnamesische Händler\*innen auf dem Hoyerswerdaer Wochenmarkt angegriffen hatten, flüchteten diese in ein Wohnheim für Vertragsarbeiter\*innen. In der Folge wurde vor der Unterkunft rassistisch „gepöbelt“ und provoziert, Scheiben gingen zu Bruch, ringsherum bildete sich eine immer größere Menschenmenge, die klatschte und die Angreifer\*innen bejubelte. Aus der Menschenmenge wurde die eintreffende Polizei mit Steinen beworfen, die – gewalttätigen und verbalen – Angriffe hielten bis in den Abend hinein an. In den Folgetagen wiederholten sich diese Ereignisse, die Polizei konnte die Situation kaum kontrollieren. Am Abend des 19.09. wurden die ersten Brandsätze auf das Gebäude geworfen. Am 20.09. wurde weiterhin ein nahe gelegenes Geflüchtetenwohnheim attackiert. Die Angriffe auf beide Unterkünfte hielten bis zum 23.09. an. Zwischen dem 23. und 25.09. wurden (fast) alle Vertragsarbeiter\*innen und Geflüchteten aus der Stadt gebracht. (Vgl. Antifaschistisches Infoblatt 2011; Initiative „Pogrom 91“ o. J.; Matussek 1991) Die Beschreibung bestätigt

wiederum die Bezeichnung als „rechtsextremen“ Vorfall: Opfer der Angriffe waren Vertragsarbeiter\*innen und Geflüchtete (Minderheit) aufgrund ihrer Herkunft bzw. phänotypischer Merkmale und mit dem Ziel, die Ausweisung der Menschen<sup>22</sup> durchzusetzen. Von einer Anerkennung der grundlegenden Gleichheit der Menschen kann ebenso nicht ausgegangen werden, weil die Anwendung von Gewalt sehr explizit und auch mit der Inkaufnahme größerer Verletzungen, evtl. gar dem Tod, einherging (vgl. Matussek 1991).

Mit der Einordnung der Vorfälle in Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda als rechtsextrem ist die erste theoretische Eingrenzung in dieser Arbeit erfolgt. Eine zweite ergibt sich aus der Notwendigkeit, die „sächsische Demokratie“ im Ansatz theoretisch zu verorten.

## 2.2 Theoretische Rahmung des Demokratie-Begriffs

Bereits zuvor wurde erwähnt, dass der Demokratie-Begriff im Sinne dieser Arbeit vor allem zur Bestimmung der „sächsischen Demokratie“ gilt. Dennoch kommt man nicht umhin, einige grundlegende Aussagen über Demokratie und eben auch Demokratietheorien zu treffen. Eine eindeutige Bestimmung dessen, was eine Demokratie ist, existiert nicht. Von der simplen und sehr berühmten Auslegung Abraham Lincolns als „government of the people, by the people, and for the people“ (zit. n. Schmidt 2010: 19) bis hin zu hoch komplexen Definitionen existieren sehr unterschiedliche Auffassungen. Übersichtswerke verdeutlichen die Spannweite des Forschungsbereiches und geben Aufschluss über Zugänge, Kontroversen und Eigenheiten (vgl. u.a. Buchstein 2009; Lembcke et al. 2012, 2016; Saage 2005; Sartori 2006; Schmidt 2010). Das Kapitel gibt eine kurze Einordnung über grundsätzliche Unterscheidungsmöglichkeiten sowie wichtige Vertreter\*innen moderner Demokratietheorien (Kapitel 2.2.1) und zielt davon ausgehend auf eine Theorie ab (Kapitel 2.2.2), welche als Einordnung der „sächsischen Demokratie“ dienlich ist.

22 Damit haben sie laut der Webdokumentation sogar Erfolg: Einige „werden unter Polizeischutz mit Bussen aus der Stadt nach Frankfurt zur ‚freiwilligen Abschiebung‘ nach Mosambik gefahren.“ (Initiative „Pogrom 91“ o. J.)

## 2.2.1 Einordnung moderner Demokratietheorien

Eine gängige Unterscheidung ist die zwischen normativen und empirischen Demokratietheorien. Erstere beschäftigen sich eher mit Ziel- und Wertvorstellungen von Demokratie, letztere tendenziell mit der Analyse von realpolitischen Umständen. Sartoris Anmerkung, „[v]as Demokratie ist, läßt [sic!] sich nicht davon trennen, was Demokratie sein sollte [Hervorhebung im Original]“ (Sartori 2006: 16) deutet auf ein Grundproblem hin: Eine eindeutige Zuordnung zu einer der beiden Gruppen ist oftmals nicht zu leisten, denn wenn auch eine Theorie normative Setzungen, wie die Erweiterung von Grundrechten oder partizipative Komponenten enthält, kann sie in einem Werk als normativ, in einem anderen als empirisch eingeordnet werden – u.a. je nach Fragestellung und Zugang oder Begriffsdefinition der Einordnenden.

Des Weiteren lassen sich enge von weiten Demokratiebegriffen abgrenzen. Auch diesbezüglich existieren verschiedene Herangehensweisen. Von Barber wurde die Unterscheidung von *thin* (engen) und *strong* (weiten) *democracies* (1984) eingeführt. Für ihn sind die real existierenden (westlichen) Demokratien *thin democracies*. „Die *thin democracy* ist für Barber [dadurch] gekennzeichnet, dass sie den normativen Gehalt von Demokratie nur ansatzweise ausschöpft [Hervorhebung im Original]“ (Lembcke et al. 2012: 17). Dem entgegen würden *strong democracies* einen hohen normativen Maßstab ansetzen. Als Kritik an Barbers Konzept wurde formuliert, dass sowohl poststrukturalistische<sup>23</sup> und postmoderne<sup>24</sup>, aber auch einige Ansätze deliberativer Theorien u.a. durch ihre Pluralität und Komplexität nicht so einfach in den Barberschen Dualismus von *thin* und *strong democracy* eingeordnet werden können (vgl. ebd.: 20). Seine Einteilung ähnelt dennoch anderen,

23 Poststrukturalismus bezeichnet u.a. diverse sozialwissenschaftliche Ansätze, die sich mit der Kontingenz und Veränderlichkeit von Strukturen – und auch Diskursen – beschäftigen und richten sich damit gegen die zuvor im Strukturalismus angenommene Stabilität und Sinnhaftigkeit von Strukturen.

24 Postmoderne Ansätze beschäftigen sich – ähnlich dem Poststrukturalismus – mit dem Wandel insbesondere gesellschaftlicher Bedingungen sowie dazu existierender theoretischer Zugänge nach der Moderne.

die zwischen dünnen, schwachen oder minimalistischen sowie weiten, breiten oder maximalistischen (auf englisch: *fat* oder *thick*) Demokratie-begriffen unterscheiden. Campbell und Barth unterscheiden neben der normativen und empirischen Einteilungsmöglichkeit nach dem Grad der Einbeziehung von Gesellschaft: Die Pole bilden dabei „ein Demokratieverständnis, das sich nur auf das politische System [...] bezieht [sowie] ein Demokratieverständnis, das zusätzlich die Gesellschaft sowie die Schnittstellen zwischen Politik und Gesellschaft [...] mit einbezieht“ (Campbell und Barth 2009: 211 f.). Diamond verzeichnet Demokratien auf einem Kontinuum, welches sich zwischen der elektoralen (*thin*) und der liberalen (*fat*) Variante aufspannt (vgl. Diamond 1999: 10). Eine eher mittig angesiedelte intermediäre Variante ist bspw. Dahls Polyarchie (vgl. ebd.: 8, 2001: 152 ff.). *Thin democracies* beziehen lediglich Wahlen als Kriterium heran, „[f]at [...] conceptions identify a wide range of other types of institutions, processes and conditions“ (Diamond 2001: 150) für die Funktionstüchtigkeit einer Demokratie. Im Folgenden werden einige moderne Theorien exemplarisch dargestellt und innerhalb der drei Unterscheidungsdimensionen eingeordnet. Im Anschluss wird die für diese Arbeit relevante Theorie ebenso verortet und genauer erläutert.

Joseph Schumpeter („Markt und Methode“) und Anthony Downs („Ökonomische Theorie der Demokratie“) sind Vertreter elitistischer Demokratietheorien, welche die politische Führungsriege in den Mittelpunkt der Analyse rücken. Für Schumpeter ist „die demokratische Methode [...] diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher Einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes erwerben.“ (Schumpeter 2005: 428) Wähler\*innen sind in seinen Augen irrational und unmündig (vgl. ebd.: 407 ff.). Er selbst bezeichnet seine Theorie als „realistisch“ und ordnet sie damit als Gegenmodell zu normativen Theorien ein, die er unter dem Begriff „klassische Demokratietheorien“ subsumiert. Schaal und Teßmer ordnen Schumpeters Ansatz als normativ ein, weil das „Ideal des Wettbewerbs“ (Schaal und Teßmer 2012: 452) ihrer Meinung nach durchaus normative Züge trägt. Möcklin hingegen klassifiziert ihn als empirisch (vgl. Möcklin 1997). Unerheblich,

welcher Einordnung man zustimmt, ist Schumpeters Demokratiebegriff im Sinne Barbers, Campbells und Barths sowie auch Diamonds *thin*, weil sich seine Ausführungen auf die politische Ebene beschränken, und gesellschaftliche Komponenten weitgehend ausklammern.

Downs (1957) führt Schumpeters Theorem weiter, knüpft dabei aber, entgegen Schumpeter, der sich u.a. sozialpsychologischer Erkläransätze bedient, vor allem an wirtschaftswissenschaftliche Forschungen an. Der herausragendste Unterschied zu Schumpeter besteht im Bild der Wähler\*innen: Sie sind für Downs „grundsätzlich kompetente Nutzenmaximierer“ (Schmidt 2010: 198). Politische Parteien sind in seiner Logik „eigennutzmaximierende Unternehmen“ (ebd.: 197), was Schumpeters Sichtweise im weitesten Sinne folgt. Auch Downs hatte den Anspruch, sich strikt von normativen Konzepten abzugrenzen. Meistens wird Downs Konzept demnach den empirischen Theorien (vgl. Dehling und Schubert 2011; Möcklin 1997) zugeordnet. Auch Downs' Demokratiebegriff ist *thin*, weil er qualitative Dimensionen von Demokratie (vgl. Kapitel 2.2.2) weitgehend ausklammert.

Das Polyarchie<sup>25</sup>-Modell von Robert Dahl und Ernst Fraenkel's Neopluralismus wird meist den pluralistischen Demokratietheorien zugeordnet. Pluralismus zielt hier „insbesondere [auf] vielgliedrige soziale und politische Ordnungen und Willensbildungsprozesse“ (Schmidt 2010: 211) ab. Gleichzeitig sind viele Vertreter\*innen pluralistischer Konzeptionen auch Anhänger\*innen repräsentativer Politik.

Dahls Konzept wird gemeinhin als gesellschaftszentrierte Variante betrachtet (vgl. ebd.: 212). (Moderne) Demokratien sind für ihn unvollkommen, weswegen er ihnen die Bezeichnung „Polyarchie“ gibt und diese mittels sieben Institutionen beschreibt, die fünf verschiedene Kriterien bedingen (Dahl 1989: 220 ff.). Nach Diamond ist Dahls Demokratiebegriff zwar nicht *thin* (wie elektorale Konzepte), aber auch nicht *fat* (wie seine liberale Demokratie, vgl. Kapitel 2.2.2), sondern lediglich intermediär (Diamond 1999: 10, sowie 2001). Obwohl er das Konzept der Polyarchie einer idealen Demokratie gegenüberstellt, wird Dahls

25 „Regieren eines Staates oder einer Stadt durch die Vielen“ (Schmidt 2010: 212).

Demokratiemodell vorrangig als empirische Theorie eingeordnet, da er sich an der Verfassungswirklichkeit moderner Staaten orientiert (vgl. Landwehr 2016: 342 f.; Möcklin 1997).

Ernst Fraenkels staatszentrierte Form der Demokratie wird beschrieben „als politische Ordnung, die sich über Pluralismus, die gesellschaftliche Struktur und die Kopplung an den Rechtsstaat definiert.“ (Landwehr 2016: 39) Er wendet sich einerseits explizit ab von den Vorstellungen reiner Elitenherrschaft, und betont auf der anderen Seite die Wichtigkeit gesellschaftlicher Meinungsheterogenität (vgl. ebd.: 42). Er postuliert ein „a-posteriori-Gemeinwohl“ (Fraenkel 2011: 318), welches im Gegensatz zu einem „absolut gültigen] und objektiv erkennbar[en] [...] a-priori-Gemeinwohl“ (ebd.: 317) steht.<sup>26</sup> Kritisiert wurde vor allem, dass er Ungleichheiten in der Interessendurchsetzung einer Demokratie vernachlässigt und sich lediglich in einer Dichotomie zwischen Demokratie und Totalitarismus (Diktatur) bewegt (vgl. Landwehr 2016: 56; Schmidt 2010: 221 f.). Fraenkels Konzeption ist normativ geprägt. Nach Barber ist die Theorie, wie alle repräsentativen Demokratiekonzepte, eine *thin democracy*. Trotz der normativen Komponente, auf die bereits verwiesen wurde, kann Barbers Auffassung zugestimmt werden, weil sich Fraenkels Konzept vorrangig auf staatliche Institutionen konzentriert.

Unter der Überschrift beteiligungszentrierter Demokratietheorien ordnet Schmidt u.a. die starke Demokratie Benjamin Barbers und die deliberative Demokratie von Jürgen Habermas ein (Schmidt 2010: 236 ff.). Im Mittelpunkt dieser Forschungsrichtung steht die politische Partizipation, sie grenzt sich dabei strikt von den zuvor genannten elitistischen und repräsentativen Theorien ab. Beide Wissenschaftler beschäftigen sich mit Deliberation<sup>27</sup>, was in der Demokratietheorie vor allem die Beteiligung der Bürger\*innen am demokratischen Diskurs bedeutet.

Barbers starke Demokratie wurde zuvor schon kurz in Bezug auf den Begriffsdualismus von *thin* und *strong democracy* erwähnt. Er bezieht sich primär auf den Philosophen und Vertragstheoretiker Rousseau, genauer

26 A posteriori bedeutet „im Nachhinein“, a priori „im Vorhinein“.

27 Beratschlagung, Überlegung.

auf seine Entfremdungskritik<sup>28</sup>, und greift darauf aufbauend generell das Konzept von Repräsentation an, weil es die Bürger\*innen entmündigt (vgl. Weber 2016: 230 f.). Um einer zunehmenden Entfremdung in der Moderne zu begegnen, setzt er vor allem auf direktdemokratische Elemente – was ihn von Habermas unterscheidet (vgl. Freudenberg 2013: 55). Barbers Konzept ist ebenso stark normativ geprägt, was an dieser Stelle nicht mehr überraschen kann. Für ihn ist Demokratie nicht nur eine Form der Herrschaftsorganisation, sondern eine Art „way of living“ (Barber 1984: 118). Sein Demokratiebegriff ist weit, denn auch er bezieht neben staatlichen vor allem auch gesellschaftliche Perspektiven ein.

Die Idee der deliberativen Demokratie wurde stark von Jürgen Habermas und John Rawls geprägt. Habermas verfolgt einen eher kritischen Ansatz, Rawls gehört einer liberalen Tradition an (vgl. Landwehr 2016: 385 f.). Habermas „vertritt eine Variante [...], in der eine deliberative Öffentlichkeit den klassischen Institutionen der liberalen repräsentativen Demokratie gegenübersteht.“ (ebd.: 363) Eine kritische Zivilgesellschaft bildet die Basis der autonomen Öffentlichkeit, welche wiederum als Deliberationsort gilt. Demokratische Verfahren vermitteln zwischen dieser und der Verwaltung (vgl. ebd.: 365 f.). Habermas' Konzeption ist stark normativ geprägt, neuere Konzeptionen, die auf ihn aufbauen oder Bezug nehmen, nehmen aber durchaus auch empirische Züge an (bspw. die Theorie Dryzeks, vgl. ebd.: 367 ff.). Mit allen oben erläuterten Definitionen kann sein Demokratiebegriff als weit bezeichnet werden, da er sowohl politische als auch gesellschaftliche Sphären und deren Schnittstellen einschließt.

Um eine Theorie als passend für eine bestimmte empirische Untersuchung zu kennzeichnen, muss herausgestellt werden, wieso diese und nicht eine andere genutzt wird. Alle bis zu dieser Stelle genannten Theorien bieten sich nicht für die Untersuchung an, weil sie entweder ein enges Demokratieverständnis haben (Schumpeter, Downs, Dahl), oder

28 „Deutung der Moderne [...] als eine Epoche des Sinnverlusts [...], in der die Individuen trotz (oder vielmehr gerade wegen) voranschreitender Vergesellschaftung immer weiter vereinsamen“ (Weber 2016: 230 f.).

sich stark normativ orientieren (Fraenkel, Barber, Habermas). Die liberale Theorie Larry Diamonds vereint hingegen einen weiten Demokratie-begriff mit einer empirischen Demokratiekonzeption.

### 2.2.2 Die liberale Demokratie nach Diamond und Morlino

Diamonds liberale Demokratie kommt aus der vergleichenden Demokratieforschung und bezieht sich auf zwei der zuvor erwähnten Konzepte, nämlich Dahls Polyarchie und Schumpeters elitistische Demokratie<sup>29</sup>. Die Kritik an beiden Ansätzen führte Diamond zu einer eigenen Konzeption, die er zusammen mit den anderen Theorien auf einem Kontinuum anordnet. Elektorale Demokratiekonzepte ordnet er als „dünn[...] oder minimalistisch[...]“ (Landwehr 2016: 349) ein, weil sie lediglich kompetitive Wahlen fordern und Freiheitsrechte zwar nennen, ihnen aber keine große Aufmerksamkeit schenken (vgl. Diamond 1999: 8). Dahls Polyarchie mit den zusätzlichen Kategorien Partizipation und Opposition ist die intermediäre Variante<sup>30</sup>, nach Diamond fehlen aber immer noch weitere Komponenten für eine funktionierende Demokratie. Diamond erweitert die vorhandenen drei Elemente – kompetitive Wahlen, Partizipation und Wettbewerb – um vier weitere: „Abwesenheit von reservierten Entscheidungsbereichen für das Militär oder andere nichtlegitimierte Akteure[,] horizontale Zurechenbarkeit[,] politischer und zivilgesellschaftlicher Pluralismus sowie bürgerliche Freiheiten [und Rechtsstaat“ (Landwehr 2016: 350).

Für Diamond selbst stellt seine liberale Demokratie ein „dickes“ Konzept dar. Durch die komplexe Betrachtung sowohl der staatlichen als auch gesellschaftlichen Ebene eignet sich die Theorie im Rahmen der vorliegenden diskursanalytisch angelegten Untersuchung (vgl. Kapitel 3.3). Obwohl die Theorie empirisch einzuordnen ist (vgl. Roller 2016), ist ihr normativer Gehalt höher als die elektorale oder polyarchische Variante durch die Erweiterung der betrachteten Komponenten. Dennoch

29 Die Diamond jedoch als elektoral bezeichnet (vgl. Diamond, 1999, S. 8).

30 Bei Roller wird die Polyarchie als „dünne“ liberale Demokratie, Diamonds Konzept als „dicke“ liberale Demokratie bezeichnet (Roller 2016: 351).

„[umfasst] im Unterschied zu Dahl [...] die Konzeption von Diamond lediglich die Ebene der realen Demokratie, es gibt keine weitergehenden Bezüge auf ein allgemeines normatives Modell der Demokratie.“ (ebd.: 352) Auch das lässt sie als geeignet zur Analyse konkreter politischer Kontexte erscheinen.

Roller formulierte als Kritik an Diamonds Konzept, dass von ihm nicht herausgearbeitet wurde, was die vier von ihm benannten zusätzlichen Elemente „gemeinsam und was sie mit Demokratie zu tun haben“ (ebd.: 358). In einer späteren Ausführung vertiefte Diamond mit Morlino seine Theorie. Darin gehen sie auch auf Grundannahmen zu den Elementen ein. Sie erstellen eine Art Kriterienkatalog für gute, d.h. qualitativ hochwertige Demokratien (*quality democracies*), dabei kategorisieren sie hinsichtlich prozeduraler, inhaltlicher und ergebnisorientierter Qualitätskriterien (vgl. Diamond und Morlino 2004: 22). Mittels dieser arbeiteten sie acht Dimensionen heraus, anhand derer sich die Qualität einer Demokratie empirisch messen lässt. Zu beachten ist dabei die Multidimensionalität des Modells: Die Dimensionen funktionieren nur im Zusammenhang mit anderen, so dass Mängel in einem Bereich oft zwangsläufig Missstände in mindestens einem anderen Sektor nach sich ziehen. *Rechtsstaatlichkeit*, *Partizipation*, *Wettbewerb* sowie *vertikale* und *horizontale Verantwortlichkeit* werden der prozeduralen Dimension zugerechnet, sind dabei aber auch relevant für inhaltliche Komponenten. Diese werden aber vorrangig durch *Freiheit* und *Gleichheit* repräsentiert. Als Brücke zwischen Prozedur und Inhalt wird die Dimension *Ansprechbarkeit* definiert, sie ist Ausdruck von Ergebnis-Qualität. (Vgl. ebd.)

Die *Rechtsstaatlichkeit* (*rule of law*) wird als Basis aller anderen Dimensionen bezeichnet. Sie beinhaltet u.a. die Gleichheit aller Bürger\*innen vor dem Gesetz, eine unabhängige Justiz sowie u.a. öffentlich zugängliche, universale und stabile Gesetze. (Vgl. O'Donnell 2004) Die *Partizipationsdimension* (*participation*) umfasst formale Rechte der politischen Mitwirkung, bspw. das Wahlrecht, aber auch zivile Rechte wie das Versammlungs- oder Demonstrationsrecht. Die Dimensionen Partizipation und Gleichheit sind verbunden, denn

formale Partizipationsrechte garantieren Gleichheit noch nicht in der Realität (bspw. durch fehlende politische Ressourcen). (Vgl. Diamond und Morlino 2004: 23 f.) Eine weitere demokratische Grundvoraussetzung ist ein regelmäßiger, freier und fairer Wettbewerb (*competition*) zwischen verschiedenen politischen Parteien. Dieser kann je nach Demokratie mitunter stark variieren, z.B. durch die Art des Wahlsystems. (Vgl. ebd.: 24 f.) *Verantwortlichkeit (accountability)* allgemein „is the obligation of elected political leaders to answer for their political decisions when asked by voters or constitutional bodies“ (ebd.: 25). Die vertikale Variante (*vertical accountability*) wirkt dabei bottom-up, also von den Bürger\*innen über die Repräsentant\*innen hin zu den Führungskräften (vgl. Schmitter 2004: 52). *Horizontale Verantwortlichkeit (horizontal accountability)* hingegen bezeichnet die wechselseitige Kontrolle innerhalb der verschiedenen staatlichen Institutionen (vgl. ebd.: 53). Drei verschiedene Arten von *Freiheit (freedom)* spielen in demokratischen Systemen eine Rolle: politische, zivile und soziale (sozioökonomische) Freiheiten. Für die Freiheitsdimension sind alle zuvor genannten Dimensionen relevant. (Vgl. Diamond und Morlino 2004: 26) Eine in der Realität oft kritische Dimension ist die der *Gleichheit (equality)* (vgl. Rueschemeyer 2004: 76). Auch für diese sind die vorangestellten Dimensionen wichtig. „A good democracy ensures that every citizen and group has the same rights and legal protections, and also meaningful, reasonably prompt access to justice and to power.“ (Diamond und Morlino 2004: 27) Die Dimension der *Ansprechbarkeit (responsiveness)* ist gegeben, wenn die Regierung durch den demokratischen Prozess veranlasst wird, Politik (*policies*)<sup>31</sup> zu gestalten und implementieren, welche die Bürger\*innen wollen. Ansprechbarkeit in diesem Sinne bezeichnet Powell als „one of the justifications for democracy itself“ (Powell 2004: 91).

Im Kapitel zur „sächsischen Demokratie“ (3.3) wird die hier vorgeschlagene Demokratiekonzeption auf den medialen Diskurs um die Verfasstheit der Demokratie in Sachsen angewendet. Dabei geht es

31 Die Drei Dimensionen von Politik: Polity (Form), politics (Prozess), policy (Inhalt) (vgl. Lauth und Wagner 2006: 19).

lediglich um eine Einordnung der mittels der Analyse von Presstexten aufgestellten Kategorien der „sächsischen Demokratie“ (im Sinne dieser Arbeit), nicht um eine detaillierte Untersuchung der Demokratiequalität im Freistaat.

## 3. Methode: Wissenssoziologische Diskursanalyse

Das vorangehende Theorie-Kapitel spannt den (inhaltlichen) Rahmen auf, innerhalb dessen die Daten erhoben (bzw. die Diskursfragmente ausgewählt) und im Nachgang strukturiert werden. Das Kapitel beschreibt diesen Schritt als methodischen Zugang zur Arbeit. Dabei muss die Verknüpfung von Theorie und Empirie deutlich werden. Dies geschieht durch die Einführung der Wissenssoziologischen Diskursanalyse als methodischen Ansatz (Kapitel 3.1). Weil die WDA keinem festen Schema folgt, werden zunächst Grundsätze der Herangehensweise in Abgrenzung zu anderen prominenten Ansätzen der Diskursanalyse herausgestellt (Kapitel 3.1.1). Danach erfolgt sowohl die Erläuterung einiger Grundbegriffe und die Grundlegung der Vorgehensweise, respektive der Inhaltsanalyse mittels Phänomenstruktur (Kapitel 3.1.2). Ebenso im Methodenteil angesiedelt sind die diskursiven Gelegenheitsstrukturen (Kapitel 3.2) sowie die „sächsische Demokratie“ (Kapitel 3.3).

### 3.1 Zugänge und Theorie der Diskursanalyse

Kapitel 3.1.1 gibt einen groben Überblick über einige Grundbegriffe der Diskursanalyse und den allgemeinen methodischen Zugang dieser Arbeit, die Wissenssoziologische Diskursanalyse nach Keller. Im Kapitel 3.1.2 wird die Adaption der Methode für die vorliegende Arbeit entwickelt. Darin wird es auch um die Verknüpfung mit den diskursiven Gelegenheitsstrukturen gehen, die im darauffolgenden Kapitel (3.2) beleuchtet werden.

Die Diskursforschung als eigene Forschungsrichtung gibt es etwa seit Mitte des 20. Jahrhunderts (vgl. Keller 2011a: 14 ff.). In entsprechend ausführlichen Einstiegs- und Übersichtswerken werden die verschiedenen Ansätze erläutert, weswegen in dieser Arbeit darauf verzichtet wird (vgl. z.B. Angermüller et al. 2014; Keller 2011a, 2011b; Keller und Truschkat 2013; Nonhoff et al. 2014). Die Diskursforschung wird

üblicherweise unterteilt in Diskurstheorie und -analyse. Erstere beschäftigt sich mit theoretischen Grundlagen, zweite untersucht die Diskurse empirisch (vgl. Keller 2011a: 8 f.). Die vorliegende Arbeit ist im zweiten Teil angesiedelt.

### 3.1.1 Die Wissenssoziologische Diskursanalyse

Grundlage jeglicher Diskursanalyse ist zunächst der Diskursbegriff. Doch schon diese Definition kann je nach Zugang ganz unterschiedlich ausfallen. Einen guten Überblick über die verschiedenen Ansätze gibt es bei Keller (vgl. Keller 2011a: 12 ff.). Link definiert einen Diskurs als „eine institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon Macht ausübt.“ (Link 1983: 60) Jäger sieht einen Diskurs als einen „Fluss von ‚Wissen‘ bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“ (Jäger et al. 2010: 37). Nach dem Entwickler der WDA, Keller, ist ein

*„Diskurs: eine nach unterschiedlichen Kriterien abgrenzbare Aussagepraxis bzw. Gesamtheit von Aussageereignissen, die im Hinblick auf institutionell stabilisierte gemeinsame Strukturmuster, Praktiken, Regeln und Ressourcen der Bedeutungserzeugung untersucht werden“ (Keller 2011a: 68)*

Die drei genannten Wissenschaftler haben unterschiedliche Ansätze (weiter)entwickelt, mit denen Diskursanalysen durchgeführt werden können. Während Jäger sich im Umfeld der Kritischen Diskursanalysen bewegt (vgl. Jäger 2015; Jäger et al. 2010) und sich darin vor allem mit Rassismus und Rechtsextremismus beschäftigt (z.B. Jäger 1993), ist Link Vertreter der semiotisch<sup>32</sup> arbeitenden Historischen Diskursanalyse, bekannt sind vor allem seine Werke über „Normalismus“ (vgl. u.a. Link 2013). Diese Arbeit schließt an die Wissenssoziologische Diskursanalyse Kellers an. Darin „geht es um die Erforschung der Prozesse der sozialen Konstruktion von Deutungs- und Handlungsstrukturen auf der Ebene

32 Die Semiotik ist ein Forschungsgebiet der Sprachwissenschaft, das sich mit Zeichen und Zeichensystemen beschäftigt.

von Institutionen, Organisationen bzw. kollektiven Akteuren und um die Untersuchung der gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse.“ (Keller 2011b: 13)

Interessant für diese Arbeit ist nicht so sehr die theoretische Herleitung der WDA (beschrieben bei Keller 2011b), sondern eher ihre methodischen Anwendungsmöglichkeiten. Dennoch müssen ein paar theoretische Grundlagen geklärt werden, um den Ansatz besser verorten zu können. Keller sieht die Basis in der soziologischen Wissenstheorie von Berger und Luckmann. Keller verknüpft diese mit kulturalistischen Diskursforschungsansätzen und der Foucaultschen Diskurstheorie (vgl. Keller 2011a: 58 f.). Den Ansätzen liegt nach Keller die Annahme zugrunde, dass „[u]nser Weltwissen [...] nicht auf ein angeborenes, kognitives Kategoriensystem rückführbar [ist], sondern auf gesellschaftlich hergestellte symbolische Systeme oder Ordnungen, die in und durch Diskurse produziert werden.“ (ebd.: 59) Im Fokus stehen Prozesse und Praktiken der Wissensproduktion und -zirkulation in institutionellen Zusammenhängen. Diese Praktiken und Prozesse sind dabei sowohl Folgen von Diskursen als auch Bedingungen für neue Diskurse. (Vgl. ebd.: 61) Die WDA versucht diese „Prozesse der sozialen Konstruktion, Objektivierung, Kommunikation und Legitimation von Sinn-, d.h. Deutungs- und Handlungsstrukturen auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. sozialen (kollektiven) Akteuren zu rekonstruieren und die gesellschaftlichen Wirkungen dieser Prozesse zu analysieren.“ (ebd.)

### **3.1.2 Adaption der Vorgehensweise**

Diskursanalysen sind „multimethodisch“ angelegt (Keller 2011b: 268). Deswegen muss die forschende Person ihre Methode(n) an Thema, Fragestellung und Vorhaben anpassen – und ggf. sogar Fragestellungen, Thesen usw. im Analyseprozess immer wieder überdenken (vgl. Keller 2011a: 84 f.). Somit ist also Eigeninitiative gefragt, um die am besten passenden Analysetools zu finden. Dennoch gibt es methodische Grundlagen, an die sich gehalten werden muss, weil sonst die Nachvollziehbarkeit nicht gegeben wäre. Insofern wird sich an Kellers grobe

Einteilung gehalten und Details – begründet – abgeändert. Dieses Kapitel ordnet das Thema der Arbeit bezüglich der spezifischen methodischen Herangehensweise ein, erläutert dabei relevante Grundbegriffe und trifft einige allgemeine methodische Grundentscheidungen. Am Schluss wird die genaue Vorgehensweise der Arbeit erläutert.

Im Mittelpunkt dieser Diskursanalyse steht der Politiker\*innendiskurs über das Phänomen, in diesem Fall ein rechtsextremer Vorfall (jeweils in Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda). Der Politiker\*innendiskurs bezeichnet die Diskursebene, also die Position, von der aus gesprochen wird, z.B. die Parteiebene (vgl. Jäger et al. 2010: 94 ff.).<sup>33</sup> Aber: „Diskurse sprechen nicht für sich selbst, sondern werden erst durch Akteure ‚lebendig‘.“ (Keller 2009: 49). Auch Parteien bzw. Parteimitglieder sind solche Akteur\*innen und damit „individuelle oder kollektive Produzenten [von] Aussagen“ (Keller 2011a: 67). Einzelne Aussagen innerhalb der Datenkorpora<sup>34</sup> für CDU und LINKE können zwar durchaus intern differieren, es wird aber nach generalisierbaren Grundpositionen der Diskursakteur\*innen (vgl. Keller 2009: 222) gesucht, die zu einer *story line* (Keller 2011a: 68) zusammengefügt werden können. Aussagen, die stark vom „roten Faden“ des innerparteilichen Diskurses abweichen, werden in der verschriftlichten Inhaltserläuterung der Dimensionen gekennzeichnet. Aus der Betrachtung zweier unterschiedlicher Diskursakteur\*innen ergibt sich ein Vorteil: „Empirisch ist nicht Kommuniziertes kaum zu erheben, will der Forschende nicht zum Erfinder empirisch nicht vorhandener Aussagen werden.“ (Ullrich 2008: 47) Durch die vergleichende Gegenüberstellung rückt neben dem „Sagbare[n]“ (und Gesagten) auch das „nicht Sagbare“ (und nicht Gesagte) beider Parteien in den Fokus (ebd.).

Nach Strauss und Corbin, Vertreter\*innen der *grounded theory*, ist ein Phänomen „die zentrale Idee, das Ereignis, Geschehnis, den Vorfall,

33 Jäger unterscheidet zwischen Politiker(\*innen)- und politischem Diskurs, wobei der zweite auf die inhaltliche Komponente abzielt, bspw. ein politisches Thema (vgl. Jäger et al. 2010: 95).

34 Ein Datenkorpus ist eine Zusammenstellung von Daten, die als Quelle zur Untersuchung bestimmter Diskurse dienen kann.

auf den eine Reihe von Handlungen oder Interaktionen gerichtet ist, um ihn zu kontrollieren oder zu bewältigen oder zu dem die Handlungen in Beziehung stehen.“ (Strauss und Corbin 1996: 75) In der Diskursanalyse lässt sich ein Phänomen nicht so eindeutig benennen, u.a. weil sich Gegenstand (Phänomen) und Diskurs gegenseitig bedingen, auch stehen bspw. einheitliche Begriffsverwendungen nicht unbedingt für die Geschlossenheit eines Diskurses (vgl. Keller 2011a: 72 f.) Die Untersuchungseinheit der Diskursanalyse sind einzelne Diskursfragmente, also „thematisch einheitliche[...] Text[e] oder Textteil[e]“ (Jäger et al. 2010: 39). In dieser Arbeit werden hauptsächlich Pressemitteilungen analysiert, die Ausnahmen werden gekennzeichnet und der Auswahlgrund erläutert.

Die Feinanalyse der Daten unterteilt Keller in drei Kategorien: (1) Situiertheit und Materialität einer Aussage, (2) formale und sprachlich-rhetorische Struktur, (3) interpretative Analytik der Inhalte (Keller 2011a: 97 ff.). Unter der Rubrik Situiertheit untersucht Keller Kontextdimensionen, genauer den historisch-sozialen, zeitdiagnostischen, den institutionell-organisatorischen sowie den situativen Kontext (vgl. ebd.: 99). Mit Materialität ist das jeweilige „Medium ihres Erscheinens“ (ebd.) gemeint. Die formale und sprachlich-rhetorische Struktur zielt auf allgemeine Merkmale des Diskursfragments als Teil einer bestimmten Text-Gattung sowie „Fragen der Rhetorik, des Aussage- und ‚Präsentations-Stils‘“ (ebd.: 101) ab. Die beiden Dimensionen treten in dieser Arbeit in den Hintergrund, weil der Kontext zuvor generell erläutert und vorrangig eine Textsorte – Pressemitteilungen – verwendet wird. Starke Auffälligkeiten zur Sprache oder Rhetorik werden in die Inhaltsanalyse und Interpretation (Kapitel 4 und 5) aufgenommen, jedoch nicht einzeln für jedes Diskursfragment untersucht.

Die dritte Kategorie lässt sich mittels verschiedener Verfahren, die alle in wissenssoziologischer Tradition stehen, erschließen: Phänomenstruktur, Deutungsmuster, narrative Struktur sowie Klassifikationen (vgl. Keller 2007, 2011a: 102). Die Verfahren können einzeln, aber auch einander ergänzend angewendet werden. In dieser Arbeit wird eine Phänomenstruktur erarbeitet. Vorteil dieser ist die zugrunde liegende

Auffassung, „dass Diskurse in der Konstitution ihres referenziellen Bezuges (also ihres ‚Themas‘) unterschiedliche Elemente benennen und zu einer spezifischen Gestalt der Phänomenkonstitution, einer Problemstruktur oder -konstellation verbinden.“ (Keller 2011a: 103) Die Phänomenstruktur beschäftigt sich also nicht mit „Wesensqualitäten“ des untersuchten Diskurs-Gegenstandes, sondern mit dessen „diskursiven Zuschreibungen“ (Keller 2011b: 248). Lauen schreibt Phänomenstrukturen Relevanz „bei der Analyse ‚sozialer Probleme‘ [zu], weil sie erlauben, diskursiv vermittelten Subjektpositionen und damit Akteuren Positionierungen als ‚Problemfälle‘ oder ‚verantwortungsvoll Handelnde‘ etc. zuzuordnen.“ (Lauen 2011: 34) Dieser Punkt wird im Analysekapitel deutlich. Die Phänomenstruktur zielt einerseits auf das Erschließen der jeweiligen Dimensionen<sup>35</sup> des Phänomens ab, andererseits auf die inhaltliche Ausgestaltung dieser Dimensionen. Die Dimensionen sind vor Beginn der Arbeit nicht festgelegt, sondern ergeben sich erst aus der Sichtung des gesamten empirischen Materials (vgl. Keller 2011a: 103), weil die „vollständige Artikulation eines Diskurses in einem Dokument [...] ein unwahrscheinlicher Grenzfall [ist]“ (ebd.: 91). Ebenso ist es wichtig zu wissen, dass – dies gilt für alle Arten der Diskursanalyse – andere (begründete) Herangehensweisen und Lesarten bei der Erschließung des Materials immer möglich sind (vgl. ebd.: 76 f.).

Zur Auswahl eines Diskursfragmentes wurde dieses einmal gelesen. Die „Unmöglichkeit“ einer „repräsentativen Vollerhebung“ soll der Erstellung eines Datenkorpus nicht im Wege stehen, denn es geht nicht um „statistische, sondern inhaltliche Repräsentativität“ (Schmied-Knittel 2013: 172, vgl. auch Kapitel 4.1.1 zur Auswahl der Dokumente für Heidenau). Insofern muss nicht jedes in Frage kommende Diskursfragment in die Analyse einbezogen werden, wenn sein Inhalt z.B. bereits in einem anderen Diskursfragment widerspiegelt wird. Nach der Selektion

35 Der Dimensionsbegriff wird nicht im Sinne der *grounded theory* als „Anordnung von Eigenschaften auf einem Kontinuum“ (Strauss und Corbin 1996: 43) genutzt, sondern bezeichnet im Zuge der Phänomenstruktur die „allgemeine [diskursive, Anm. d. Verf.] Zusammensetzung der Phänomengestalt“ (Keller 2007).

des Textes wird er einer Feinanalyse durch den Prozess des offenen Kodierens unterzogen: Die Daten werden konzeptualisiert, das bedeutet zu einzelnen Sätzen oder Abschnitten werden Namen bzw. Schlagworte vergeben. Diese Konzepte werden nachfolgend zu (möglichst abstrakten) Kategorien zusammengefasst. Das Kodieren geschieht hauptsächlich durch das Stellen von (W-)Fragen<sup>36</sup>, die der *grounded theory* entlehnt sind (vgl. Strübing 2004: 27 f.) sowie durch das Anstellen von Vergleichen (vgl. Strauss und Corbin 1996: 44 ff.):

- Was? Worum geht es hier? Welches Phänomen wird angesprochen?
- Wer? Welche Akteure sind beteiligt? Welche Rollen spielen sie?
- Wie? Welche Aspekte des Phänomens werden (nicht) angesprochen?
- Wann? Wie lange? Wo? Wie viel? (Zeit, Verlauf, Ort)
- Wie viel & stark? (Intensitätsaspekte)
- Warum? Welche Begründungen werden gegeben oder lassen sich erschließen?
- Wozu? In welcher Absicht? Zu welchem Zweck? Welche Konsequenzen werden antizipiert/wahrgenommen?
- Womit? Welche Mittel, Taktiken, Strategien werden angewendet?

Die gefundenen Kategorien werden in dieser Arbeit als Dimensionen für die Phänomenstruktur gesetzt. Die inhaltliche Ausarbeitung der Dimensionen erfolgt abstrahiert, d.h. die Aussagen werden auf ein allgemeines bzw. verallgemeinerbares Level gehoben. (vgl. Keller 2011a: 104 f.) In

36 Keller verweist auf die zusätzliche Nutzung von Glasers Kodierfamilien (vgl. Glaser 1978). Dieser Ansatz wird jedoch in dieser Arbeit nicht zur Anwendung kommen. Dies ist damit zu begründen, dass es zwischen Strauss und Glaser, die Mitte der 1960er Jahre zusammen den Grundstein der *grounded theory* legten, zu starken Differenzen kam. Ab den 1970er Jahren entwickelten sich ihre Ansätze immer weiter auseinander, so dass zumeist von „zwei ko-existierende[n] Richtungen der Grounded Theory“ (Strübing 2004: 66) gesprochen wird.

einem letzten Schritt werden die gefundenen Dimensionen und ihre inhaltliche Ausrichtung schriftlich erläutert, interpretiert und – weil diese Arbeit Diskursfragmente zweier Akteur\*innengruppen untersucht – die Inhalte in Relation gesetzt.

Nach Ullrichs Auffassung „vereinigt [die WDA nach Keller] Elemente der Diskursanalyse [...] mit dem Begriff der Gelegenheitsstruktur.“ (Ullrich 2008: 36) Mit der Phänomenstruktur sollen mögliche diskursive Gelegenheitsstrukturen herausgearbeitet werden. Deren Erklärung sowie die Vorgehensweise zu ihrer Ableitung wird im folgenden Kapitel (3.2) Thema sein.

### 3.2 Diskursive Gelegenheitsstrukturen

Wie bereits in der Einleitung kurz erwähnt, werden die diskursiven Gelegenheitsstrukturen, obwohl sie eigentlich ein theoretisches Konstrukt sind, im Methodenteil platziert, da sie im Rahmen dieser Arbeit die kategorisierten Diskursfragmente größer fassen und methodisch als weiterer Einordnungsschritt verwendet werden. Sie dienen in dieser Arbeit auch zur Überprüfung der Hypothese(n), die zu Beginn der Arbeit aufgestellt wurde(n). Für den methodischen Zugang zu diskursiven Gelegenheitsstrukturen bietet sich ein diskursanalytischer Ansatz an (vgl. z.B. Ullrich 2005, 2008). Laut Ullrich soll „[d]ie Diskursanalyse [...] also gerade dazu dienen, Rückschlüsse auf die je spezifischen kulturellen Gelegenheitsstrukturen zu ziehen.“ (Ullrich 2005: 161)<sup>37</sup> Das Vorgehen kann für diskursive Gelegenheitsstrukturen übernommen werden. Aus diesem Grund wird die Anbindung an die WDA, und genauer die Phänomenstruktur, im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen. Zu Beginn wird eine Einordnung der Theorie erfolgen, um im Anschluss die zugrunde liegende Definition und ihre Verknüpfungen zu Methode und Empirie darzulegen.

Die Theorie der *discursive opportunity structure* (DOS) hat ihren Ursprung in der sozialen Bewegungsforschung, welche als eigenständiges

37 Ullrich entwickelt die Theorie *kultureller* Gelegenheitsstrukturen durch die Verbindung von Diskursforschung, Forschung zu politischer Kultur und POS-Theorie (vgl. Ullrich 2005: 160).

Forschungsgebiet (insbesondere in Deutschland) eine junge Disziplin ist. Drei der auch heute noch wichtigsten Paradigmen der Bewegungsforschung stellt McAdam bereits 1996 vor: die Theorie politischer Gelegenheitsstrukturen (*political opportunity structure*), den Ressourcenmobilisierungs- (*resource mobilization approach*) und den *Framing*-Ansatz (vgl. McAdam et al. 1996). Die Theorie diskursiver Gelegenheitsstrukturen kann als Verknüpfung der *political opportunity structures* (POS) und *Framing* bezeichnet werden.

Die Nähe zu POS lässt sich schon aus dem Namen ableiten. Deren Untersuchung dreht sich um „eine Erklärung des *Auftretens*, nicht des *Erfolges* von Protest [Hervorhebung im Original]“ (Rucht 1998: 110). Das ursprüngliche Konzept stammt von Eisinger, der feststellte, dass der Grad der Offen- bzw. Geschlossenheit des politischen Systems gegenüber den Anliegen politischer Gruppen maßgeblich relevant sei für die Wahrscheinlichkeit von Protest. Er untersuchte die Häufigkeit, Intensität und Dauer von Protesten und leitete daraus ab, dass sehr offene und geschlossene Systeme wenig, Mischformen jedoch häufiger Protest erlaubten. (Vgl. Eisinger 1973) Er „erklärt dies damit, dass in sehr offenen Systemen keine Notwendigkeit für Protest besteht, während in sehr geschlossenen Systemen auch von Protest keine Veränderungen erhofft wird.“ (Kolb 2002: 22)<sup>38</sup> Die Theorie wurde seit den 1980er Jahren stark rezipiert und weiterentwickelt (eine Übersicht über Forschungsstand und -geschichte findet man z.B. bei Kolb 2002; Rucht 1998: 111 f.) Als Minimaldefinition kann postuliert werden, dass nach dem POS-Ansatz der Schlüssel für den Erfolg eines Protestes nicht allein in der Motivation oder dem Vermögen der Protestbeteiligten liegt, sondern dieser ebenso abhängig von politisch-strukturellen, ergo externen Bedingungen ist (vgl. Kolb 2002: 22 f.).

Der *Framing*-Ansatz basiert auf einer anderen Grundannahme. Erfolg oder Misserfolg von Protest ist der Theorie zufolge maßgeblich abhängig von der Fähigkeit der sozialen Bewegung, ein passendes Deutungs-

38 Weitere Variablen sind bspw. die (In-)Stabilität von Elitennetzwerken, die An- oder Abwesenheit von Verbündeten in den Eliten (vgl. Kolb 2002: 22) oder die Repressionsbereitschaft bzw. -fähigkeit des Staates (vgl. Rucht 1998: 13).

muster des jeweiligen Problems anzubieten und somit möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu motivieren. Der Ansatz ist konstruktivistisch, demzufolge wird davon ausgegangen, dass ein bestimmter sozialer Sachverhalt als Problem gedeutet werden kann (oder eben nicht) und der folgende Protest gleichfalls konstruiert ist (vgl. ebd.: 31 f.). Angelehnt an Goffman (1974) nehmen Wissenschaftler\*innen um Snow seit den 1980er Jahren die Existenz von *frame alignment processes* an. Die Verknüpfung individueller Interessen, Werte und Ansichten mit den Aktivitäten, Zielen und Ideologien einer sozialen Bewegung, so dass diese möglichst kongruent und vergleichbar sind, ist demnach für Erfolg oder Misserfolg dieser Bewegung ausschlaggebend (vgl. Snow et al. 1986: 464). Im Mittelpunkt der Betrachtung von Forscher\*innen, die mit dem *Framing*-Ansatz arbeiten, steht die Annahme, dass soziale Bewegungen ein ganzheitliches Interpretationsschema bzw. einen Deutungsrahmen entwickeln müssen, um gesellschaftliche Relevanz zu erreichen (vgl. Kern 2008: 142 f.).

Die Zusammenführung der Ansätze wird mit den proklamierten konzeptionellen Schwächen begründet. Die nach Ullrich grundlegende Frage der Kritischen Theorie „nach der *Vermittlung* von Sozialstruktur und Subjektivität [Hervorhebung im Original]“ (Ullrich 2012: 23) wird durch die Anwendung von POS nicht beantwortet, weil diese zumeist im (Macht-)Dualismus von Staat und Protestierenden verbleiben. Aspekte der POS wurden schon als inhaltsleer beschrieben, genau weil sie diskursive Komponenten sozialer Bewegungen nicht erfassen können (vgl. Koopmans und Statham 1999: 227). Dem entgegen beziehen DOS auch „die Bedeutung tiefer kultureller Muster und ihres diskursiven Wandels für die Entstehung von kollektivem Protest“ (Ullrich 2012: 23) ein. Obgleich sich der *Framing*-Ansatz eher mit der inhaltlichen (und auch diskursiven) Seite von Protestbewegungen beschäftigt, birgt auch dieser Nachteile in sich. Das Konzept betont die Notwendigkeit „eindeutiger“ und „geschlossener“ (Carstensen 2002: 316) *Frames* für den Erfolg von Bewegungen. Koopmans wendet ein, „that some frames are successful, whereas others, no matter how internally consistent and elaborate they are, fail.“ (Koopmans 1999: 101) Carstensen kommt zu einem ähnlichen

Schluss: „Auch Bewegungen, die durchaus widersprüchliche Deutungen anbieten, können beachtliche Mobilisierungserfolge verbuchen.“ (Cars-  
tensen 2002: 316; vgl. auch Kliment 1998) Hier kann z.B. die DOS-  
Forschung ansetzen, die „sowohl den Diskurs als auch die grundlegenden (tiefen-)kulturellen Orientierungen [...] als Gelegenheiten auf[fasst]“  
(Ullrich 2008: 36), Themen öffentlich erfolgreich zu vertreten, auch wenn diese widersprüchlich sind.“<sup>39</sup>

Problematisch an der Theorie der DOS ist ihre bisher eher geringe  
Rezeption, was u.a. daran liegt, dass „[r]egrettably, the terms [discursive  
and cultural opportunity structures, Anm. d. Verf.] tend to be used  
as underspecified catchall expressions and are thus not very useful.  
Furthermore, the strong bias towards rational action inherent in this  
concept is criticised“ (Baumgarten und Ullrich 2012: 6). Im Lichte des  
Einwandes scheint es umso wichtiger, eine präzise Definition zu erar-  
beiten.<sup>40</sup>

Auf allgemeiner Ebene können diskursive Gelegenheitsstrukturen  
als vorherrschende Sichtweise innerhalb eines Diskurses bezeichnet  
werden, auch kann ein dominanter Diskurs<sup>41</sup> eine Gelegenheitsstruk-  
tur verkörpern (vgl. Ullrich 2008: 36 f.). Für Rugenstein sind „Gele-  
genheitsstrukturen [...]: ‚Parameter für soziale oder politische Akteure,  
die ihre Aktionen entweder ermutigen oder entmutigen‘.“ (Rugenstein  
2010). Unabhängig von den geltenden gesetzlichen und institutionel-  
len Voraussetzungen – diese können z.B. in Gestalt politischer Gele-  
genheitsstrukturen auftreten – kann dies bspw. eine starke gesellschaftliche  
und/oder (partei)politische Problematisierung von Asyl und Migration  
sein, an die extremistische Akteur\*innen ggf. mit „(gewalt)tätige(n)  
Mobilisierungen und politische(n) Forderungen gegenüber Asylbe-  
werbern“ (Udris 2011: 19) anschließen können. Während Ullrich und  
Udris eher weite Begriffe von DOS nutzen (vgl. Udris 2011: 52; Ullrich

39 Koopmans geht auf den Unterschied zwischen Gelegenheiten und  
Gelegenheitsstrukturen ein (vgl. Koopmans 1999: 101 f.; dazu auch Udris 2011: 52).

40 Auch McCammon hat Verbesserungsvorschläge, welche für diese Arbeit aber nicht  
von großer Bedeutung sind (vgl. McCammon et al. 2007: 731 f.).

41 Die NS-Vergangenheit wird in einer Studie über den Abtreibungs-Diskurs als wichtige  
diskursive Gelegenheitsstruktur in Deutschland bezeichnet (vgl. Ferree et al. 2002).

2008: 37), passt die engere Auslegung Koopmans besser zur Stoßrichtung dieser Arbeit:

*„the term discursive opportunity structure [...] may be seen as determining which ideas are considered ‚sensible,‘ which constructions of reality are seen as ‚realistic,‘ and which claims are held as ‚legitimate‘ within a certain polity at a specific time. [Hervorhebung im Original]“ (Koopmans und Statham 1999: 228)*

Viele Ansätze betonen die Wichtigkeit von Massenmedien, die für die Verbreitung einer Aussage verantwortlich sind und somit eine tragende Rolle für die Herausbildung starker oder schwacher Gelegenheitsstrukturen einnehmen (z.B. Nestler und Rohgalf 2014; Udris 2011). Dieser Einfluss wird keineswegs in Abrede gestellt, finden mediale Perspektiven durchaus Eingang in die Interpretation (vgl. Kapitel 3.3 oder 5). Insbesondere in dieser Arbeit kommt aber auch anderen Akteur\*innen Relevanz in der Verbreitung und Stabilisierung von Gelegenheitsstrukturen zu. Neben den Parteien, die Untersuchungsgegenstand sind, spielt vor allem die Zivilgesellschaft eine große Rolle bei der Schaffung und Stärkung oder Schwächung von hegemonialen Sichtweisen auf eine Thematik, die sich als Gelegenheitsstrukturen verfestigen können (vgl. Kapitel 5).

Mit Verweis auf die genannten Perspektiven und Eingrenzungen gelten, insbesondere in Anlehnung an Koopmans und Statham, DOS im Sinne dieser Arbeit

- bezogen auf eine bestimmte Thematik als diskursive Manifestierung „vernünftiger Ideen“, „realistischer Konstruktionen“ und „legitimer Forderungen“<sup>42</sup>, deren tatsächliche Herausbildung auf die Unterstützung durch verschiedene Akteur\*innen angewiesen ist

Die Erhebung der Gelegenheitsstrukturen erfolgt in dieser Arbeit durch die Suche nach ähnlichen Argumentationsmustern und Diskursstrategien im innerparteilichen Diskurs der untersuchten Akteurinnen, der zuvor

42 Im Sinne von Gelegenheiten im Diskurs.

mittels Phänomenstruktur für die Interpretation aufbereitet wird. Sind entsprechend stark vorhandene Ausprägungen vorhanden, wird überprüft, inwiefern ihre Perspektive bspw. medial, zivilgesellschaftlich oder politisch anerkannt und gestützt wird. Nur das Vorhandensein beider Komponenten indiziert ggf. auch die Existenz entsprechender Gelegenheitsstrukturen.

### 3.3 Die „sächsische Demokratie“

Das geflügelte Wort der „sächsischen Demokratie“, der „sächsischen Verhältnisse“ oder der „sächsischen Zustände“<sup>43</sup> ist derzeit wieder in aller Munde. Angeblich betreiben einige Personen „Sachsen-Bashing“, diskreditieren also Sachsen öffentlich, so wird es auch dem SPD-Vizepräsidenten Martin Dulig unterstellt (vgl. Fischer 2016). Teilweise wird der „Säxit“ gefordert, der Austritt Sachsens aus der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Schirmer 2015). Andere bezeichnen Sachsen als „Failed Freistaat“ (vgl. Gathmann 2016). Im Mittelpunkt des Kapitels stehen nicht empirische „Nachweise“ qualitativer Mängel an der Demokratie Sachsens. Vielmehr geht es, u.a. im Hinblick auf die nachfolgenden Kapitel, um die Perzeption der Thematik. Im Folgenden werden die von Kritiker\*innen genannten Beispiele und Merkmale der „sächsischen Demokratie“ zu Kategorien zusammengefasst. Im Anschluss werden die Kategorien kurz (ansatzweise) mit den Demokratiedimensionen nach Diamond und Morlino abgeglichen. Das Kapitel dient u.a. als ein Betrachtungsfaktor der Phänomenstruktur (Kapitel 4) und wird auch bezüglich der Betrachtung von Gelegenheitsstrukturen (Kapitel 5) Anwendung finden.

Um den Begriff der „sächsischen Demokratie“ zu fassen, bietet sich der Einblick in Zeitungsartikel und Meinungen an, welche den Freistaat als solche im negativen Sinne bezeichnen<sup>44</sup>. Kritische Stimmen

43 Die drei Begriffe werden in dieser Arbeit synonym verwendet, weil sie das gleiche Phänomen meinen.

44 Einen Beitrag zur positiven Auslegung der „sächsischen Demokratie“ durch die CDU am Beispiel Schulpolitik verfasste Peter in einem Tagungsband der Heinrich-Böll-Stiftung (2012).

kommen größtenteils aus Richtung der Medien, teilweise auch von Parteien (vor allem Grüne und LINKE, teilweise der SPD). Die Auswahl der Artikel erfolgte mit einer einfachen Google-Suche nach den Schlagworten „sächsische Demokratie“, „sächsische Verhältnisse“ sowie „sächsische Zustände“. Die gefundenen Artikel wurden gelesen und anhand des Inhaltes entschieden, ob sie für diese Arbeit in Betracht kommen. Da sich viele Artikel inhaltlich wiederholen, wurden solche ausgewählt, welche neue Aspekte der „sächsischen Demokratie“ hineinbringen. Insgesamt wurden so sieben Artikel für die Suche nach Kategorien ausgewertet, drei weitere wurden bereits in der Einleitung des Kapitels erwähnt, um die Begrifflichkeiten „Sachsen-Bashing“, „Säxit“ und „Failed Freistaat“ zu erläutern.

Erstmalig größere Aufmerksamkeit erhielt der Begriff „sächsische Demokratie“ 2011 nach Erwähnen durch den damaligen Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), der an einem Protest gegen eine Neonazi-Demonstration in Dresden teilnahm. Der Presse sagte er damals: „Die Polizei ist eben vollauf damit beschäftigt, die Neonazis zu beschützen. Das ist sächsische Demokratie.“ (Machowecz 2011) Seine Worte führten zu einem Entrüstungsturm und gar zu einer Anzeige gegen Thierse (vgl. ebd.). In einem Interview äußerte er sich dazu:

*„Die Vehemenz, mit der sich hier staatliche Organe Kritik verbitten, habe ich anderswo noch nie erlebt. [...] Wenn einer etwas Kritisches sagt, gilt das gleich als Einmischung in innere Angelegenheiten. Auf mich wirkt das beinahe so, als gäbe es eine sächsische Breschnew-Doktrin. Man ist Kritik wohl nicht gewohnt.“ [...] Er beobachte ‚Anzeichen einer Verschwisterung zwischen einer Partei und dem Beamtenapparat‘ – nach 20 Jahren CDU-Herrschaft im Freistaat.“ (ebd.)*

Gensing entdeckt mehrere Punkte, die seiner Meinung nach für die Existenz einer „sächsischen Demokratie“ sprechen:

*„Hier werden Proteste gegen Neonazis kriminalisiert und linke Pfarrer zu gefährlichen Rädelsführern gemacht, hier werden Grundrechte eingeschränkt und kriminelle Nazi-Truppen zu harmlosen Trotteln.“*

*Banden erklärt. Kritiker meinen, der Freistaat erfülle daher nur formal die Kriterien einer Demokratie.“ (Gensing 2013)*

Auch Kraske stellte 2011 fest, dass in Sachsen

*„Neonazis [...] Kleinstädte [terrorisieren] [und die Landesregierung [...] derweil demokratische Initiativen [gängelt]. Der Streit um die Extremismusklausel lenkt von der Alltagsmacht ab, die Neonazis vielerorts erobert haben.“ (Kraske 2011)*

Und Kohl meint, dass

*„die sächsischen Behörden praktisch nichts unternommen [hätten], um die Horden von Neonazis zu bremsen, die alljährlich zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens in der Elbestadt einfallen. Dafür verfolgt Sachsens Polizei Bürger, die sich gegen Neonazis stellen.“ (Kohl 2012)*

Sie prangert weiterhin die Untätigkeit der sächsischen Überwachungsstellen an, die trotz mehrerer Banküberfälle in und um Chemnitz den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) nicht ausfindig machen konnten. Sie erwähnt ebenso den Skandal um eine Funkzellenabfrage 2011, der unter dem Namen „Handygate“<sup>45</sup> bekannt wurde (vgl. ebd.). In einem Interview äußert sich Frohburg, Sprecher des Projekts Chronik.LE<sup>46</sup>, zum Demokratieverständnis in Sachsen:

*„Freilich gibt es nicht die eine ‚Sächsische Demokratie‘. Allerdings wird in Sachsen die Auseinandersetzung darüber, was als demokratisch gelten soll und was nicht, momentan besonders scharf geführt. Dabei versuchen insbesondere konservative politische Kräfte aus den Reihen von CDU und FDP, ein formalistisches, beschränktes Demokratieverständnis durchzusetzen. Dazu greifen sie im Zweifelsfall auch auf staatliche Repressionsmaßnahmen zurück.“ (Limbach 2011)*

45 Dabei kam es zu einer massenhaften Erfassung von Handydaten im Zuge eines Protestes gegen eine Neonazidemstration im Februar 2011 (vgl. Leipziger Volkszeitung 2011).

46 Dokumentationsprojekt, welches neonazistische, rassistische und diskriminierende Aktivitäten in Leipzig und den umliegenden Landkreisen sammelt und analysiert.

Auch Nimz meint „ein politisches Selbstverständnis [festzustellen], in dem Debatte und Dissens nicht vorkommen“ (Nimz 2015b). Der sächsischen CDU bescheinigt Sie größere Rückwärts-gewandtheit und konservativere Werte als anderen CDU-Landesverbänden. Ihr Missfallen ernteten auch Ermittlungen (und Anklagen) der Dresdner Staatsanwaltschaft gegen „politische Gegner“ (DIE LINKE-Abgeordnete Ramelow, Leutert und Lay sowie Lichdi von Bündnis 90 Die Grünen) (vgl. ebd.). Drastisch beschreibt Korig die sächsische Bevölkerung, er spricht von einem „Rassismus, der die Massen ergriffen habe“ (Korig 2016). Zwar beschreibe Sachsen keinen „Sonderweg“ – für ihn ist das, was im Freistaat „passiert, [...] vielmehr mit den Transformationsprozessen in den ehemals realsozialistischen Ländern Mitteleuropas vergleichbar.“ (ebd.) Im innerdeutschen Vergleich ist Sachsen damit aber auch für ihn etwas besonderes.

Diese gesammelten Aussagen sind ein Streiflicht dessen, wie Sachsens Demokratie in der öffentlichen Meinung (negativ) definiert wird und bringen die wichtigsten Merkmale auf den Punkt. Zusammenfassend ergeben sich daraus Kategorien, mittels derer die (so wahrgenommene) „sächsische Demokratie“ beschrieben werden kann.

1. Kriminalisierung „linker“ Initiativen bzw. „bürgerlicher“ Anstrengungen gegen Neonazismus
2. Ausübung staatlicher Repression
3. Einschränkung der Grundrechte
4. Unterschätzen neonazistischer Gruppen und/oder Aktivitäten
5. Kritik- und Debattenunfähigkeit
6. Hegemonie konservativer Kräfte

Diese herausgearbeiteten Kategorien können mit den Dimensionen von Diamond und Morlino in Relation gesetzt werden. Dies geschieht jedoch nur in Kurzform, um einige mögliche Probleme zu verdeutlichen. Eine gesamtheitliche empirische Überprüfung müsste gesondert erfolgen.

Die erste, zweite und dritte Kategorie zielt auf die Dimensionen *rule of law*, *participation*, *freedom* und *equality* ab. Der Begriff „Kriminalisierung“ verweist dabei auf die Eventualität intensiver(er) Strafverfolgung (als gegenüber anderen Gruppierungen oder Individuen). Die Einschränkung von Partizipationsmöglichkeiten (bspw. des Demonstrationsrechtes) und zivilen Freiheiten (z.B. Verletzung der Privatsphäre im Falle von Abhörungen) wäre ebenso möglich. Die Gleichheitsdimension ist relevant, weil auf „links“ und Bestrebungen „gegen Neonazismus“ verwiesen wird, d.h. nur Personengruppen, die sich in diesem Feld bewegen bzw. darin verortet werden, wären davon betroffen. Die fünfte Kategorie würde vor allem in den Dimensionen der *accountability* sowie *responsiveness* Probleme bereiten. Für beide Dimensionen ist eine starke Zivilgesellschaft als auch ein funktionierendes Parteiensystem vonnöten. Vor allem die zivilgesellschaftliche Komponente würde hier zur Debatte stehen, wenn durch die Verletzung von Freiheitsrechten einigen Personen oder Gruppen der Zugang verwehrt würde und sie aus diesem Grund nicht mehr in der Kontrollkette zwischen Bürger\*innen und Regierenden auftauchen würden. Bei den Kategorien vier und sechs ist die Zuordnung schwieriger, evtl. könnte für (4) *rule of law* sowie *accountability* eine Rolle spielen. Wenn die Justiz deutlich milder gegen neonazistische Bestrebungen vorgeht als gegen andere Strafbestände, wäre dies ein Hinweis auf Mängel in der ersten Dimension. Die Verantwortlichkeit wäre missachtet, wenn es durch die Unterschätzung zur Gefährdung oder Beeinträchtigung von Bürger\*innen kommt. (6) bewegt sich am ehesten zwischen Problemen in den Dimensionen *participation* und *equality*. Durch den Mangel an (politischen) Ressourcen könnten Mitgestaltungsoptionen und der Zugang zu Justiz oder Macht wegfallen oder fehlen. An dieser Stelle spielt wieder hinein, dass eine starke Verbindung zwischen den beiden Dimensionen besteht.

Im Fokus der Analyse einer „sächsischen Demokratie“ (im Sinne der oben aufgeführten Kategorien) würden vermutlich Probleme mit der Rechtsstaatlichkeit und Verantwortlichkeit stehen. Zur Überprüfung müsste eine detaillierte Analyse der realpolitischen Umstände erfolgen. An

dieser Stelle soll noch einmal betont werden, dass die Existenz einer solchen „sächsischen Demokratie“ nicht als gegeben angenommen wird – und werden kann. Die Gegenüberstellung mit der liberalen Demokratie soll lediglich dazu dienen, die Kritik zu verorten, nicht jedoch um Sachsens Demokratie als gänzlich fehlerbehaftet oder gar „undemokratisch“ darzustellen.

## 4. Analyse der Fälle Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda

Die theoretischen und methodischen Ausführungen aus Kapitel 2 und 3 sollen nun im Analyseteil zusammengeführt werden. Anhand der Leitfrage welche Diskursstrategien und Argumentationsmuster dem jeweiligen Diskurs der CDU und der LINKEN zugrunde liegen, wenn sie sich mit rechtsextremen Vorfällen in Sachsen (am Beispiel Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda) beschäftigen, soll durch die Auswertung mittels Phänomenstruktur auf das Vorkommen von Gelegenheitsstrukturen geschlossen werden. Das genaue Vorgehen wird wie folgt aussehen: Heidenau wird als Referenzpunkt gelten (Kapitel 4.1). Aufgrund der guten Datenlage werden insbesondere Pressemitteilungen mittels der WDA ausgewertet und eine Phänomenstruktur erarbeitet. Diese wird anschließend ausführlich erläutert. Anschließend wird in zwei weiteren Kapiteln die bereits vorhandene Phänomenstruktur mit den Fällen Mügeln (4.2) und Hoyerswerda (4.3) abgeglichen und ggf. abgeändert. Dazu wird Sekundärliteratur, und nur im Einzelfall Primärdaten zurate gezogen, weil zu beiden Fallbeispielen nicht genügend originale Diskursfragmente zugänglich sind. Zu beiden Ereignissen gibt es jedoch schon gut ausgearbeitete Literatur. Zum Schluss sollen die Ergebnisse in einem Zwischenfazit verglichen werden (Kapitel 4.4) und im Anschluss (Kapitel 5) mögliche Gelegenheitsstrukturen abgeleitet werden.

Zur Auswertung mittels Phänomenstruktur ist noch eine Vorbemerkung notwendig. Obwohl der Fokus auf der Erarbeitung eines „roten Fadens“ bzw. einer story line liegt, kann es immer wieder vorkommen, dass manche Aussagen stark von der allgemeinen Diskurslinie abweichen. In dem Fall wird der Aussage eine Subjektposition zugeordnet, um dies zu verdeutlichen.

### 4.1 Heidenau 2015

Wieso Heidenau als rechtsextremer Vorfall eingeordnet werden kann, wurde bereits in Kapitel 2.1.2 verdeutlicht. Da Heidenau den Mittelpunkt

der Analyse bildet, wird es neben dem Ergebniskapitel (4.1.3) zwei Kapitel zur Begründung der Datenauswahl (4.1.1) sowie zum Analyseprozess (4.1.2) geben. Dies wird für die anderen beiden Kapitel nicht notwendig sein, weil vorrangig auf Sekundärliteratur zurückgegriffen wird und die notwendigen Grundschrirte bereits verdeutlicht wurden.

#### **4.1.1 Die Begründung der Datenauswahl**

Wie zuvor erwähnt, ist ein wichtiger Punkt bei der Durchführung von Diskursanalysen, dass möglichst jeder Schritt, ob Datenauswahl oder Inhaltsanalyse betreffend, begründet werden sollte. Zu den rechtsextremen Ausschreitungen im August 2015 in Heidenau sind viele Quellen vorhanden, u.a. bedingt durch die Aktualität und die kontrovers geführte politische und öffentliche Debatte.

Ausgehend von dem in der Einleitung erläuterten Prozess der Themenfindung erfolgte die Auswahl der Daten nach folgendem Schema: Mit dem Schlagwort „Heidenau“ wurde sowohl auf den Internetseiten der CDU- und LINKE-Landtagsfraktionen als auch beim Medienservice Sachsen<sup>47</sup> nach Dokumenten gesucht. Die so gefundenen Pressemitteilungen wurden kurz gelesen und ihr Inhalt für relevant oder irrelevant befunden. Irrelevant waren z.B. Dokumente, die Heidenau lediglich als Beispiel für einen rechtsextremen Vorfall auflisteten, jedoch inhaltlich nicht direkt darauf eingingen. Als relevant wurden Pressemitteilungen eingestuft, welche einen direkten Bezug auf die Vorfälle nahmen. Auf den Internetseiten der Fraktionen wurden so jeweils sechs Pressemitteilungen für die LINKE sowie vier für die CDU ausgewählt. Weil die CDU Regierungsmitglied ist, wurden weitere Dokumente über den Medienservice Sachsen gesucht. Auf diese Art und Weise wurden zwei Erklärungen von Mitgliedern der Staatsregierung (Justizminister Gemkow, Ministerpräsident Tillich) gefunden. Die Pressemitteilung des Stadtrates in Heidenau<sup>48</sup> war auf der Website der

47 Eine Informationsplattform des Freistaates Sachsen, die Medien- und Presseinformationen der jeweils aktuellen Regierung online bereitstellt.

48 Im Heidenauer Stadtrat sitzen Mitglieder aus den Parteien CDU, LINKE/Grüne, FDP, HBI/SPD und NPD.

CDU Heidenau abrufbar. Die Heidenauer Stadtratsfraktion LINKE/Grüne hatte bereits einige Tage vor der allgemeinen Presseerklärung des Stadtrates eine eigene Erklärung abgegeben, welche ebenso inkludiert wurde.

Die aus der Reihe fallenden Diskursfragmente, also die beiden Interviews und der Artikel eines Abgeordneten, wurden aus verschiedenen Gründen ergänzend hinzugezogen. Deren Auswahl orientiert sich am ehesten am *theoretical sampling*<sup>49</sup>. Das Interview der Leipziger Volkszeitung (LVZ) mit Biedenkopf ist von Interesse, weil er von 1990 bis 2002 erster Ministerpräsident Sachsens war. „Die Sachsen sind immun gegen Rechtsextremismus“ (zit. n. Bartsch 2016) ist, bezogen auf Sachsen, wahrscheinlich einer seiner berühmtesten Sätze. Aus diesem Grund ist seine Sichtweise auf die Vorfälle in Heidenau nicht ohne Bedeutung für den CDU-Diskurs. Von Opitz, seit 2012 Bürgermeister Heidenaus, gab es keine gesonderte Pressemitteilung, jedoch erhielt er große mediale Aufmerksamkeit. Nach Querlesen verschiedener Interviews wurde jenes mit dem Südwestdeutschen Rundfunk (SWR) ausgewählt, da es alle wichtigen Perspektiven von Opitz auf die Vorfälle widerspiegelt.

Nach Abschluss der Korpusbildung wurden jeweils neun Diskursfragmente von der CDU und von den LINKEN gefunden. Der Analyseprozess und die Ergebnisse werden in den folgenden beiden Kapiteln vorgestellt.

#### 4.1.2 Der Analyseprozess

Nach der Auswahl der Diskursfragmente wurde das offene Kodierverfahren nach Strauss und Corbin angewendet. Die Daten jedes Diskursfragments wurden also konzeptualisiert und kategorisiert (vgl. Kapitel 3.1.2): Herausgearbeitete Konzepte wurden, je mehr Texte analysiert wurden, zu Kategorien zusammengefasst, die für die Herausarbeitung der Phänomenstruktur auch als Dimensionen genutzt werden. Beide Parteien grenzten sich z.B. immer wieder von anderen politischen

49 Nicht nur die Analyse, auch die Zusammenstellung der Daten erfolgt innerhalb der *grounded theory* nach reflektierten Kriterien (vgl. Keller 2011a: 90; Strauss und Corbin 1996: 148).

Akteur\*innen ab (Konzept: Abgrenzung): Die LINKE von der Politik der CDU und der Staatsregierung, die CDU hauptsächlich von Bundes- und EU-Politik, mitunter auch von „linken“ Politiker\*innen. Außerdem verorteten sie sich selbst jeweils mit einer gewissen Stellung im Thema (Konzept: Aufgaben). Zusammengefasst wurden diese Konzepte zur Kategorie „Selbstpositionierung“. Diese Selbstpositionierung war meistens gekoppelt an Fremdpositionierungen (Kategorie) staatlicher und gesellschaftlicher Akteur\*innen. Parallel zu dieser Eigen- und Fremdpositionierung wurde oft eine (implizite oder explizite) Verantwortlichkeit für die Übergriffe zugeschrieben. Daraus ergab sich mit der Zeit, dass Selbst- und Fremdpositionierung, die bisher als Kategorien betitelt wurden, lediglich Subkategorien unter der Oberkategorie „Verantwortung bzw. Zuständigkeit“ waren. So wurde demzufolge auch Dimension (a) benannt.

Weiterhin wurden in den meisten Diskursfragmenten nach direkten Gründen für den rechtsextremen Vorfall gesucht. Die LINKE sah z.B. Ausprägungen der schlechten Sicherheitslage (Konzept) bzw. Teile der „sächsische Demokratie“ (Konzept) als ursächlich. Die CDU hingegen nannte sowohl die Demonstration der NPD (Konzept: Rechtsextremismus) als auch das Eingreifen linker Täter\*innen (Konzept: „Linke“ Handlungen) als originär. Die Konzepte wurden unter der Kategorie, respektive Dimension „(b) Ursachen“ zusammengefasst.

Wenn die Parteien Verantwortliche und Ursachen für den Vorfall in Heidenau ausgemacht hatten, wurden – ganz im Sinne der Politikformulierungsfunktion einer Partei – meistens noch Vorschläge zur Bewältigung gemacht. Z.B. wurden die Subkategorien „Asylpolitik“ und „Sicherheitspolitik“ (darunter fallende Konzepte sind bspw. „Polizei“ oder „Unterbringung“) von beiden Parteien ausgemacht, aber inhaltlich verschieden ausgelegt. Die Kategorie – und demzufolge Dimension – wird als „(c) Handlungsstrategien und Lösungsansätze“ betitelt. Am Anfang des folgenden Kapitels wird die Phänomenstruktur tabellarisch veranschaulicht, danach werden die Dimensionen ausführlich erläutert und interpretiert, d.h. auf Auffälligkeiten und Gesagtes, aber auch nicht Gesagtes (vgl. Kapitel 3.1.2), eingegangen.

### 4.1.3 Die Ergebnisse

Tabelle 1: Phänomenstruktur Heidenau

Inhaltliche Ausführung: LINKE	Inhaltliche Ausführung: CDU
<b>Dimension: Verantwortung bzw. Zuständigkeit</b>	
<b>Selbstpositionierung der politischen Akteur*innen</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abgrenzung von Täter*innen (=Verurteilung der Vorfälle)</li> <li>- Abgrenzung von Politik der CDU und Staatsregierung</li> <li>- Aufgaben: Einordnung als Vorreiterin bzw. Ideengeberin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abgrenzung von Täter*innen (=Verurteilung der Vorfälle)</li> <li>- Abgrenzung von „linker“ Politik, NPD sowie Bundes- und EU-Politik</li> <li>- Aufgaben: Transparenz herstellen, Fragen beantworten</li> </ul>
<b>Fremdpositionierung staatlicher Akteur*innen</b>	
<p><b>Polizei</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterschätzen der Situation, aber keine Hauptschuld</li> </ul> <p><b>Justiz</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- konsequente und schnelle Bestrafung der Täter*innen</li> </ul> <p><b>Bundesregierung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Tolerieren des Ausnahmezustandes in Heidenau</li> </ul> <p><b>Staatsregierung, CDU</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mitverantwortlichkeit durch verfehlte Politik</li> </ul>	<p><b>Polizei</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- keine Schuld, aber Erreichen ihre Grenzen, deswegen Unterstützung benötigt</li> </ul> <p><b>Justiz</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- konsequente und schnelle Bestrafung der Täter*innen</li> </ul> <p><b>EU und Bund</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Einigung bezüglich Asylpolitik und Übernahme von Verantwortung notwendig</li> </ul> <p><b>NPD</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Versuch, von der aktuellen politischen Lage zu profitieren</li> </ul> <p><b>Linke Politiker*innen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Versuch, Bürger*innen umzuerziehen, Fehlen eines realistischen Blicks auf Asylpolitik, Aufheizen der Stimmung</li> </ul>
<b>Fremdpositionierung gesellschaftlicher Akteur*innen</b>	
<p><b>Täter*innen von Heidenau</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Bezeichnung als rechter, rassistischer Mob oder Neonazis, teilweise in Kombination mit der Erwähnung von ihnen folgenden „Asylkritiker*innen“</li> </ul> <p><b>Gegenbewegungen / -aktionen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Engagement, Zeichen setzen gegen „rechts“</li> </ul> <p><b>Bewohner*innen Heidenaus</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehrheit heißt Geflüchtete willkommen (Grüne/LINKE-Stadtratfraktion Heidenau)</li> </ul>	<p><b>Täter*innen von Heidenau</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Minderheit: unterschieden zwischen gewalttätigen Extremist*innen und Personen, die ihnen gefolgt sind</li> </ul> <p><b>Bewohner*innen Heidenaus / Sachsens</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Mehrheit: hilfsbereit, (welt)offen, engagieren sich teilweise für Geflüchtete</li> </ul> <p><b>Linke Täter*innen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- verbaler Angriff gegen Innenminister, Auseinandersetzung mit rechten Täter*innen</li> </ul> <p><b>Asylsuchende</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- sollen sich um Integration bemühen</li> </ul>

<b>Dimension: Ursachen</b>	
<b>Sicherheitslage</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Unterschätzung durch Polizei</li> <li>- Fehleinschätzung durch Innenminister</li> </ul> <b>„Sächsische Demokratie“</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Neonazismus wird unterschätzt</li> </ul>	<b>Rechtsextremismus</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Initialisierung durch NPD-Demonstration</li> </ul> <b>„Linke“ Handlungen</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Auseinandersetzung „linker“ und „rechter“ Täter*in</li> </ul>
<b>Dimension: Handlungsstrategien und Lösungsansätze</b>	
<b>Sicherheitspolitik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Forderung von mehr Polizei</li> <li>- Rechtsstaat muss schnell handeln</li> </ul> <b>Asylpolitik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- menschenwürdige Unterbringung</li> <li>- zivilgesellschaftlicher Asylgipfel</li> <li>- Perspektivwechsel: Geflüchtete als Herausforderung, nicht Belastung für die Gesellschaft</li> </ul> <b>Oppositionspolitik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ausschöpfung der parlamentarischen Mittel einer Oppositionspartei</li> <li>- Gesprächs-/Mitwirkungsangebot an CDU</li> <li>- Aufforderung, dass CDU Problembewusstsein entwickeln muss</li> </ul>	<b>Sicherheitspolitik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Wiedereinführung Wachpolizei</li> <li>- mehr Polizeipresenz</li> <li>- Rechtsstaat muss schnell handeln</li> </ul> <b>Asylpolitik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- menschenwürdige Unterbringung</li> <li>- Beschleunigung der Asylverfahren</li> <li>- Entbürokratisierung; Abschiebe- und Integrationshindernisse abbauen</li> <li>- gerechte Verteilung auf alle EU-Staaten</li> <li>- Zahl sicherer Herkunftsstaaten anpassen</li> </ul> <b>Image / Schadensbegrenzung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Abgrenzung von Täter*innen/Taten</li> <li>- Verweis auf positive Aspekte SACHSENS</li> <li>- Aufzeigen von Konsequenzen</li> </ul>

**(a) Dimension: Verantwortung bzw. Zuständigkeit**

Bestimmten Personen und Gruppen wurden in fast allen Diskursfragmenten Funktionen zugeschrieben. Dabei kristallisierten sich vor allem drei Kategorien heraus, wie bereits weiter oben verdeutlicht wurde: Die Parteien positionierten (1) sich selbst sowie (2) staatliche und (3) gesellschaftliche Akteur\*innen (fremd) im Diskurs.

**(1) Selbstpositionierung der politischen Akteur\*innen**

Fast jedes Diskursfragment enthält eine Verurteilung der Vorfälle durch die CDU, was indirekt auch der Abgrenzung von den Täter\*innen dient. Lediglich Biedenkopf ging gar nicht darauf ein, sondern nahm nur Fremdpositionierungen vor (vgl. Wonka 2015). Teilweise wurde die Ächtung sehr explizit ausgesprochen: „Die gewaltsamen Ausschreitungen der vergangenen Nächte in Heidenau sind durch nichts zu recht-

fertigen und auf das Schärfste zu verurteilen.“ (Ziehm 2015) In anderen Fällen war sie eher zwischen den Zeilen herauszulesen: „Es gibt keine Toleranz gegenüber denjenigen, die die Würde anderer infrage stellen. Gemeinsam werde man alle Anstrengungen unternehmen, deutlich zu machen: Die Stadt Heidenau hilft, wo Hilfe geboten ist.“ (CDU-Stadtverband Heidenau 2015) Dieser Satz impliziert schon eine Verbindung zu Dimension (c), weil der Image-Aspekt die Schadensbegrenzung in den Fokus rückt. Neben der Abgrenzung von den Täter\*innen tendierten viele Politiker\*innen dazu, sich von der „linken“ sowie Bundes- und EU-Politik und teilweise explizit der NPD zu separieren. Verweise z.B. auf „[n]ötig[e] [...] Schritte hin zu einer wirklichen europäischen Asylpolitik“ (Hoose 2015) sollten neben der Zuweisung von Zuständigkeiten (2) auch darauf aufmerksam machen, dass der Landes-CDU in bestimmten Aspekten die Hände gebunden seien und sie aus diesem Grund nicht die Verantwortung übernehmen wollen. Dies gilt gleichsam für die Abgrenzung von anderen, insbesondere „linken“ Parteien, die ebenfalls eine Teilschuld tragen würden, bspw. durch einen Aufruf „linke[r] Politiker zu ‚zivilen [sic!] Ungehorsam gegen die Asylpolitik‘ in Sachsen“ (Kunze-Gubsch 2015a), der als Eskalationshandlung gewertet wurde. Durch die Bezeichnung der NPD als „rechtsextrem“ (Ziehm 2015) distanzierte sich Hartmann von ihr. Die CDU positionierte sich damit selbst zu einem gewissen Teil als passiv, und implizierte Abhängigkeit vom Handeln anderer Akteur\*innen. Michel sprach von der Legitimität von Fragen der Bürgerinnen bezüglich der Kosten: „Aufgabe der Politik ist es, entsprechende Antworten zu geben und für die notwendige Transparenz zu sorgen.“ (Kunze-Gubsch 2015a) Auch wenn unspezifisch von „Politik“ gesprochen wurde, zielt dies auf eine politische Verantwortung ab, die einer Regierung(spartei) – insofern auch der sächsischen CDU – zugeordnet werden kann. Nicht ohne Erwähnung sollte bleiben, dass keine\*r der Politiker\*innen sich für die Ausschreitungen entschuldigte. Dies ist damit zu erklären, dass für den Vorfall nicht die Verantwortung übernommen wurde. Außerdem kamen Geflüchtete in diesem Fall – zumindest physisch – nicht zu Schaden, weswegen darin wohl keine Notwendigkeit gesehen wurde.

Auch die LINKE verurteilte die Vorkommnisse, um sich von den Täter\*innen abzugrenzen. Kipping nannte die Vorfälle „beschämend und empörend“ (DIE LINKE. Sachsen 2015). Die Mitglieder der Heidenauer Stadtratsfraktion LINKE/Grüne „verabscheuen die Belagerungen und Ausschreitungen an der Flüchtlingsunterkunft aufs Schärfste“ und „bieten als Gegenpol Hilfe und Unterstützung an“ (Lobe 2015). Andere Verurteilungen wurden eher indirekt – und dennoch sehr stark – geäußert, z.B. verglich Nagel die Vorfälle in Heidenau mit Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen 1992<sup>50</sup> und verwendete die Worte „Pogrom“ und „Pogromstimmung“ (Braumann 2015b, 2016). Auf Verantwortlichkeitszuschreibungen wurde bei der Abgrenzung gegenüber der CDU bzw. Staatsregierung Bezug genommen. Wörtlich geschah dies bspw. durch die Deklaration von politischen Positionen wie eben „Staatsregierung“ (Braumann 2015b), polemischen Bezeichnungen wie „Kürzungsminister Unland“ (Braumann 2015c) oder der Aussage, dass gegen die „Abschaffung des Freistaates“ von den LINKEN „politischer Widerstand“ geleistet würde (Braumann 2015d). Dieser Punkt korrespondierte stark mit der Fremdpositionierung unter (2) und wurde z.B. auch durch die Herausstellung der eigenen Partei als Vorreiterin bzw. Ideengeberin unterstützt: Der Verweis auf „den von uns [der Linksfraktion, Anm. d. Verf.] geforderten zivilgesellschaftlichen Asylgipfel“ (Braumann 2015b) oder die von der Linksfraktion ausgehende Initiative einer Sondersitzung des Landtages (Braumann 2015c) sollte ihre Rolle als Initiatorin politischer Prozesse widerspiegeln.

## *(2) Fremdpositionierung staatlicher Akteur\*innen*

Beide Parteien sahen verschiedene staatliche Akteur\*innen in der Verantwortung, auf den Vorfall in Heidenau zu reagieren oder benannten sie direkt als mitschuldig. Sie wurden als „staatlich“ bezeichnet, weil neben Politiker\*innen und Parteien auch Behörden o.ä. thematisiert wurden. Allgemein steht die Zuweisung von Verantwortlichkeiten in

50 Zwischen dem 22. und 26.08.1992 kam es in Rostocker Stadtteil Lichtenhagen zu Ausschreitungen gegen eine Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAsT), die nicht selten als „Pogrom“ bezeichnet werden (vgl. Prenzel 2012: 10).

mehreren Fällen in direktem Zusammenhang mit der Ursachendimension (b).

Auf politischer Ebene benannte die CDU die Verantwortlichkeit mehrerer Akteur\*innen in verschiedenen Zusammenhängen: die NPD, „linke“ Politiker\*innen sowie die EU- und Bundespolitik. Die NPD wurde z.B. klar von Hartmann als Hauptschuldige der Vorfälle benannt, er bezeichnete sie als „rechtsextrem“ und stellte die Behauptung auf, sie wolle nur „aus der aktuellen politischen Lage politisches Kapital [...] schlagen“ (Ziehm 2015). In der gleichen Pressemitteilung sprach Wehner von „geistigen Brandstiftern“ (ebd.), womit ebenso die NPD gemeint war. Auch Opitz ging kurz auf die Rolle der NPD ein, die zu einer Sitzblockade aufgerufen hatte, damit die ankommenden Busse mit den Geflüchteten nicht bei der Notunterkunft ankommen konnten, ohne dies jedoch explizit zu werten (vgl. Opitz 2015). Kupfer sah Versuche des „linke(n) Lager(s), [...] die Bürger umzuerziehen“<sup>51</sup> und deren „[un]realistische(n) Blick auf die [...] Asyl- und Flüchtlingssituation“ (Kunze-Gubsch 2015c) problematisch. Hartmann störte sich am Aufruf zum zivilen Ungehorsam durch linke Politiker\*innen (vgl. Kunze-Gubsch 2015a). Beide Aussagen sprachen damit „linker Politik“ – zumindest implizit – eine Teilverantwortung an den Vorfällen in Heidenau zu, weil sie politisch falsche Mittel gewählt hätten. Die Politik der Bundes- und EU-Ebene wurde ebenso von mehreren CDU-Mitgliedern erwähnt. Auch hier wird offensichtlich, dass sie dort eine Teilschuld sahen, denn sie bemängelten fehlende Lösungen bezüglich der Asylpolitik. So seien laut Kupfer „viele Dinge nicht auf Landesebene zu lösen“ (Kunze-Gubsch 2015c) und Michel ergänzte, dass „Bund und EU sich nicht länger aus der Verantwortung stehlen [dürfen].“ (Kunze-Gubsch 2015a) Opitz äußerte zwar Verständnis für die schwierige Aufgabe von Wirtschaftsminister Gabriel und Kanzlerin Merkel, wünschte sich jedoch wieder „mehr Normalität“ (Opitz 2015). Biedenkopf erwähnte „die großen Parteien selbst“ (Wonka 2015), womit er (Bundes-)CDU und SPD meint, die sich seiner Meinung nach zu sehr angenähert hätten (vgl. ebd.). Zwei staatliche Stellen, die erwähnt

51 Das „linke Lager“ ist nicht genauer bezeichnet, es können also sowohl politische als auch gesellschaftliche Akteur\*innen gemeint sein.

wurden, waren Polizei und Justiz. Die Polizei trägt nach CDU-Aussagen keine Schuld, stößt aber an ihre Grenzen und muss aus diesem Grund unterstützt werden (vgl. Kunze-Gubsch 2015b). Mehrheitlich wurde sich bei der Polizei für ihre Arbeit bedankt (vgl. CDU-Stadtverband Heidenau 2015; Kunze-Gubsch 2015a), es war die Rede von „hohe[m] Respekt“ (Ziehm 2015) vor deren Arbeit und der zukünftigen Sicherheit der Geflüchteten durch gute polizeiliche Organisation (vgl. Opitz 2015). Die Justiz wurde als Verantwortliche für die Bestrafung der Täter\*innen genannt. Dies sollte möglichst „schnell und mit der ganzen Härte des Gesetzes“ (Kunze-Gubsch 2015b) geschehen. Zu ihr wurde sich nicht direkt positiv oder negativ geäußert, der Begriff der „Härte“ soll aber der Verantwortlichkeitszuschreibung Nachdruck verleihen.

Die LINKE erwähnte auf politischer Ebene hauptsächlich die Staatsregierung bzw. CDU, einmalig wird zusätzlich die Bundesregierung erwähnt. Staatliche Akteur\*innen, denen eine bestimmte Verantwortung zugeschrieben wurde, sind Polizei und Justiz. Besonders harsche Kritik erntete die CDU bzw. die Staatsregierung<sup>52</sup>, denen z.B. von Gebhardt die Hauptverantwortung zugewiesen wurde durch ihre „verfehlte[...] Sicherheitspolitik“ (Braumann 2015c). Als hauptsächlich Zuständige wurden meist Innenminister Ulbig, Finanzminister Unland und Ministerpräsident Tillich erwähnt (vgl. Braumann 2015a, 2015c, 2015d) – was jedoch in Anbetracht ihrer politischen Ämter nicht verwundern darf. Auch an anderer Stelle äußerte sich Gebhardt deutlich: „Die Bundes- und Landesregierung toleriert den Ausnahmezustand in Heidenau.“ (Braumann 2015d) Kipping sprach implizit von einer „Ermunterung“ des rassistischen Mobs durch die CDU (DIE LINKE. Sachsen 2015). Einmalig wurden durch Nagel NPD und AfD im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen die Notunterkunft bis 2016 erwähnt (Braumann 2016). Nagel drückte auch ihr Unverständnis darüber aus, „dass die Polizei die Situation in Heidenau derart unterschätzt hat“ (Braumann 2015b). Gebhardt sah das gegenteilig: „Der Polizei gebe ich keine Schuld“ (Braumann 2015d) und er äußerte, dass die Polizeibeamte\*innen die verfehlte Politik „ausbaden“

52 Diese werden teilweise synonym verwendet.

(Braumann 2015c) müssten. Schollbach stimmte dem zu, indem er von zu wenig Polizei (Braumann 2015a) sprach. Die Zuständigkeit der Justiz fand eher selten Erwähnung. Gebhardt z.B. meinte, dass die Täter\*innen „die ganze Härte des Rechtsstaates“ (Braumann 2015c) zu spüren bekommen sollten. Und Schollbach sprach davon, dass „[d]ie Strafverfolgung [...] nun zügig betrieben werden [muss].“ (Braumann 2015a). Die Justiz wurde also auch von der LINKEN eher neutral gesehen. Die Stadtratsfraktion Heidenau erwähnte keine staatlichen Akteur\*innen außer sich selbst, jedoch ging sie auf gesellschaftliche Akteur\*innen (3) ein.

### *(3) Fremdpositionierung gesellschaftlicher Akteur\*innen*

Neben staatlichen Akteur\*innen wurden auch gesellschaftlichen Gruppen Verantwortungen bzw. Zuständigkeiten zugeschrieben. Beide Parteien benannten die Täter\*innen, allerdings mit unterschiedlichen Zuschreibungen, die Erwähnung anderer Gruppen fiel dagegen höchst unterschiedlich aus.

Die CDU betonte zumeist Quantifizierungen im Zusammenhang mit den Täter\*innen: Eine „Minderheit von Gewalttätern“ (Kunze-Gubsch 2015b), „eine kleine Zahl Gewaltbereiter“ (Herold 2015), „Meinung [...] von einigen Wenigen“ (CDU-Stadtverband Heidenau 2015), „enthemmte Minderheit“ (Hoose 2015). Biedenkopf hatte eine gänzlich eigene Perspektive, wenn er von Täter\*innen sprach, die „keine Sachsen [waren]. Sie kamen aus Westdeutschland.“ (Wonka 2015) Ansonsten war die Rede von „rechten Gewaltverbrechern“ und „Gewalttäter[n]“ (Ziehm 2015), Tillich bezeichnete die Haupttäter\*innen als „Rassisten und Staatsfeinde“ und „[g]ewalttätige Extremisten“, erwähnte „aber auch diejenigen, die hinter ihnen hergezogen sind“ (Hoose 2015). Beide Gruppen hätten die „Grundordnung verlassen und den gesellschaftlichen Frieden bedroht“ (ebd.). Die Täter\*innen wurden meist im Gegensatz zur restlichen Bevölkerung Sachsens bzw. Heidenaus – ebenfalls mit Mengenangaben – erwähnt: So bezeichnete z.B. Gemkow die Vorfälle für Sachsen als „unwürdig“, er sprach von einer „Hilfsbereitschaft und Bereitschaft zur friedlichen Auseinandersetzung der übergroßen Mehrheit der Sachsen“ (Herold 2015). Der Stadtrat Heidenau betonte, dass der „Großteil der Heidenauer Einwohnerschaft“ es verabscheue, dass

ihre „Stadt als Trittbrett für Extremisten genutzt wird.“ (CDU-Stadtverband Heidenau 2015) Zudem erwähnten einige Politiker\*innen deren ehrenamtliches Engagement: Die Rede war von „unzähligen Menschen, die sich in Heidenau und andernorts in Sachsen für Flüchtlinge einsetzen würden und so Werte wie Mitmenschlichkeit lebten“ (Hoose 2015). Gemkow sprach von Hilfsbereitschaft und Sachsen als „Land des Austauschs und der Begegnung“ (Herold 2015). Hartmann benannte neben rechten auch „linke Schläger, die die Situation in Heidenau zum Eskalieren gebracht haben“ und einen „linke(n) Mob [, der] Sachsens Innenminister Markus Ulbig [...] persönlich angegriffen und niedergebrüllt hat“ (Kunze-Gubsch 2015a). Kupfer verurteilte „jegliche Form von Extremismus gegen Menschen, den Staat, unsere Gesellschaft, egal ob von rechts oder links“ (Kunze-Gubsch 2015c). Kiesewetter verdeutlichte, dass „Integration keine Einbahnstraße“ sei und sprach damit die Rolle der Asylsuchenden an: Von ihnen erwarte er „festen Kooperationswillen bei der Aus- und Weiterbildung“ (Kunze-Gubsch 2015a).

Es fallen zwei Besonderheiten auf. Auffällig an den Beiträgen vom Stadtrat Heidenaus, sowie von Hartmann und Gemkow ist das Fehlen einer direkten Bezeichnung für die Täter\*innen. Es wurden „Geschehnisse“ (Kunze-Gubsch 2015b), „Gewaltausbrüche“ (Herold 2015) und „schreckliche[...] Bilder, die die Nachrichten bestimmen“ (CDU-Stadtverband Heidenau 2015) erwähnt, aber keine direkte Positionierung bezüglich der Motive der Täter\*innen unternommen. Die zweite Richtung schlugen Kupfer und ebenso Hartmann ein: Sie sprachen von „Extremismus“ (Kunze-Gubsch 2015c) bzw. „Gewalt“ (Kunze-Gubsch 2015a), nannten dabei explizit eine „rechte“ und „linke“ Ausprägung, die im gleichen Maße „Menschen, [...] Staat, [...] und] Gesellschaft“ (Kunze-Gubsch 2015c) bedrohen würde. Hartmann betonte, dass „beide Seiten [...] die staatliche Ordnung in Frage [stellen]“ (Kunze-Gubsch 2015a) würden. Diese (stark vereinfachte) Perspektive entspricht damit weitgehend der Definition des Verfassungsschutzes und des Hufeisen-Modells (vgl. Kapitel 2.1.1), denn obwohl sich der Angriff (ursprünglich) gegen Geflüchtete richtete, setzten Kupfer und Hartmann dies mit einem Angriff auf den Staat bzw. die staatliche Ordnung gleich. Auch

Tillichs Nennung der „Grundordnung“ (Hoose 2015) kann dahingehend gewertet werden, auch wenn er die „linke“ Seite unerwähnt ließ. Er bezog sich mit dem Ausdruck klar auf die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO), also „die obersten Grundwerte der Demokratie in Deutschland“ (Thurich 2011: 22, vgl. auch S. 82 f.). Ein weiterer auffälliger Beitrag ist das Interview mit Biedenkopf. Er bekräftigte seine 2000 getroffene Aussage: „Die große Mehrheit ist ‚immun‘ und bleibt es“ und sprach davon, dass „Westdeutsche [...] ihn nach Osten bringen“, wo er zwar „Protesthaltung aber keine strategische Kraft“ erzeugen würde (Wonka 2015). In seinem Beitrag ist eine starke Diskrepanz zur Realität feststellbar, denn aus einer Mündlichen Anfrage des Grünen-Abgeordneten Lippmann ergab sich, dass von 48 ermittelten Täter\*innen 47 ihren Wohnsitz in Sachsen haben (vgl. Lippmann 2016). Auch sprechen statistische Angaben zu „Rechtsextremismus“ im Ost-West-Vergleich gegen seine Aussage, dass dieser in Ostdeutschland keine strategische Wirkkraft entfalten würde (vgl. z.B. Bundesministerium des Innern 2016: 30; Decker et al. 2016: 37).

Die LINKE erwähnte die Täter\*innen von Heidenau nicht in Kombination mit Quantifizierungen, sondern sprach von einem „rassistischen Mob“ (vgl. Braumann 2016; DIE LINKE. Sachsen 2015), „Nazis“ (Braumann 2015d) und „rechte(n) Schlägertruppen“ (Braumann 2015c). In der Sondersitzung bezeichnete Gebhardt die Täter\*innen als „Rechts-extreme[...]“ (Sächsischer Landtag 2015: 1382), Schollbach sprach von einem „rechtsextremistischen Mob[...]“ (Braumann 2015a). Die Stadtratfraktion LINKE/Grüne Heidenau benannte die Täter\*innen als „braunen Mob[...] und [...] ‚besorgte[...] Bürger‘“ (Lobe 2015), Gebhardt beschrieb sie als „Mischung aus einem organisierten Nazikern und bürgerlichen Mitläufern mit ganz viel Hang zu rassistischen Äußerungen und Denkansätzen“ (Sächsischer Landtag 2015). Die Stadtratfraktion Heidenaus wollte nicht unerwähnt lassen, „dass der Großteil der BürgerInnen von Heidenau die Flüchtlinge willkommen heißen.“ (Lobe 2015) Andere Politiker\*innen trafen keine Aussagen zur Bevölkerung Sachsens bzw. Heidenaus. Auch wurden die Geflüchteten in keinem Dokument im Zusammenhang mit Verantwortung erwähnt. Dafür wurde

Engagement gegen „rechts“ und für Geflüchtete gewürdigt, und damit diverse Personen und Gruppen: Eine „Antifa-Demo am 21.8.16 [unter dem Motto] ‚Wir vergessen nicht‘“ (Braumann 2016) und das Bündnis „Dresden Nazifrei“ als Organisatorin eines Willkommensfestes<sup>53</sup> (Braumann 2015c). „Linke“ Personen wurden lediglich einmal implizit thematisiert, als Gebhardt davon sprach, dass er „es auch persönlich nicht richtig [fand], wie wenige Demonstranten mit Herrn Ulbig in Heidenau umgegangen sind“ (Sächsischer Landtag 2015).

Auch im Diskurs der LINKEN sind zwei Besonderheiten aufgefallen: Ungewöhnlich wirkt die Bezeichnung der Täter\*innen als „rechtsextremistisch“ durch Schollbach. Wie bereits in Kapitel 2.1.2 erwähnt, wird dieser Begriff vorrangig vom Verfassungsschutz genutzt und von allen anderen Abgeordneten der LINKEN vermieden. Die Anmelderin der Antifa-Demo im August 2016 Nagel, Leipziger LINKE-Abgeordnete im Sächsischen Landtag, zog den Unmut ihrer Parteikolleg\*innen aus Heidenau auf sich, weil sie „[o]hne Absprache mit ihren Genossen vor Ort und auch ohne deren Einverständnis“ (Sächsische Zeitung 2016) die Demonstration angemeldet hatte. Der Heidenauer Linksfraktionsvorsitzende Eckoldt „sei vor Beginn der Demo zur Anmelderin gegangen und habe ihr klar und deutlich gesagt, nicht willkommen zu sein. Gleichzeitig habe er sie aufgefordert, für Ruhe zu sorgen und dafür, dass es friedlich bleibt.“ (ebd.) Nach Medienberichten ist Nagel in Sachsen nicht unumstritten, so sehen sie manche als „radikale Aufrührerin der Autonomen“, andere als „Heldin im tiefkonservativen Sachsen“ (Kreller 2015).

### ***(b) Dimension: Ursachen***

Als Ursachen werden in Abgrenzung zu den Verantwortlichkeiten direkte Zusammenhänge mit den Übergriffen beschrieben. Beide Parteien verorten diese komplett unterschiedlich. Die Dimension ist eher schwach ausformuliert, vor allem weil sie sowohl mit (a) als auch (c) korrespon-

53 Am 28.08.2015 war ein Willkommensfest für die Geflüchteten in Heidenau angemeldet worden, was mit der Begründung von „polizeilichem Notstand“ zunächst verboten wurde. Das Bundesverfassungsgericht hob die Entscheidung nachträglich auf. Das Fest fand statt.

diert. Dennoch wird sie als eigenständige Dimension aufgeführt, weil einige wenige Punkte herausragen.

Als eine Ursache bezeichnete die CDU die NPD-Demonstration am 21.08.2015. Dies geschah zwar nicht explizit, aber dennoch implizit durch die Betitelung der Partei als „rechtsextrem“ und den zusätzlichen Verweis darauf, dass „solche[...] nächtlichen Veranstaltungen [...] schnell in Gewalt umschlagen können.“ (Ziehm 2015) Auch Opitz sprach von der Sitzblockade und im Zusammenhang damit von Gewalt, die sich gegen den Bezug der Unterkunft, und später gegen Polizist\*innen richtete (vgl. Opitz 2015). Kupfer bestätigte die Existenz eines „rechtsextreme[n] Problem[s]“ (Kunze-Gubsch 2015c), er fügte aber direkt hinzu, dass er „jegliche Form von Extremismus [...], egal ob von rechts oder links“ (ebd.) verurteile. Implizit sprach er damit schon eine weitere Ursache an, welche seiner Meinung nach „links“ zu suchen sei. Hartmann konkretisierte dies: Die Auseinandersetzung zwischen „rechten“ und „linken“ Täter\*innen wurde von ihm als ursächlich für die hohe Eskalationsstufe in Heidenau gesehen (Kunze-Gubsch 2015a).

Politiker\*innen der LINKEN benannten bezüglich der Sicherheitslage zwei direkte Ursachen für die Ausschreitungen: Laut Nagel hatte die Polizei die Lage unterschätzt (vgl. Braumann 2015b), Schollbach hingegen deklarierte die Lageeinschätzung durch die CDU bzw. Innenminister Ulbig als „in etwa so realitätsnah wie jene des DDR-Politbüros im Jahr 1989“ (Braumann 2015a). Dieser Sarkasmus sollte verdeutlichen, dass Ulbigs Darlegung, in Heidenau wäre genug Polizei eingesetzt worden, vehement widersprochen wird (vgl. ebd.). Kipping nannte einen weiteren Grund, der zwar zeitlich nicht genau vor den Ausschreitungen angesiedelt war, aufgrund dessen es dennoch ihrer Meinung nach überhaupt zu dem rechtsextremen Vorfall kommen konnte: Die Kriminalisierung des „Engagement[s] gegen neonazistische Umtriebe“ (DIE LINKE. Sachsen 2015) von Seiten der Staatsregierung, durch welche „[sich] der rassistische Mob [...] ermuntert fühlt“ (ebd.). Dieser Punkt wurde schon in der Verantwortungsdimension (a) erwähnt, zielt an dieser Stelle aber auf eine, von Kipping vermutete, direkte Wirkung der CDU-Politik ab.

*(c) Dimension: Handlungsstrategien und Lösungsansätze*

Wird ein Thema auf Politikebene als Problem definiert, versuchen Parteien und Politiker\*innen im Normalfall, dieses zu bewältigen. Die Ansätze der Problembewältigung können dabei, das wurde zu Beginn des Kapitels schon erwähnt, je nach politischem Standpunkt sehr unterschiedlich sein.

Bezüglich der Argumentation der CDU konnten drei Kategorien eingeteilt werden: „Image und Schadensbegrenzung“, „Sicherheitspolitik“ und „Asylpolitik“. Die bereits erwähnte Abgrenzung von den Täter\*innen bzw. Taten diente nicht nur als Selbstpositionierung (a), sondern auch der Schadensbegrenzung und Imagepflege. Gemkow bescheinigte den Täter\*innen „eine[...] menschenfeindliche[...], gänzliche unsächsische[...] Gesinnung“ (Herold 2015). Tillich erwähnte „einen gefährlichen Schatten[, der] auf die Weltoffenheit Sachsens geworfen“ (Hoose 2015) wurde. An beiden Aussagen fällt auf, dass die Abgrenzungen zu den Täter\*innen jeweils im Zusammenhang mit positiven Bezügen auf Sachsen vorgenommen wurden. Explizit erwähnt wurde die Schadensbegrenzung in der Erklärung des Heidenauer Stadtrates. Die Stoßrichtung wurde schon dadurch deutlich, dass sie mit zwei Sätzen begann, in denen Opitz für die „erbrachte Leistung“ gedankt und „sein Bestreben Schaden von der Stadt Heidenau abzuwenden“ (CDU-Stadtverband Heidenau 2015) unterstützt wurde. Das Aufzeigen von (juristischen) Konsequenzen sollte ebenso den Freistaat in ein positives Licht rücken durch die Formulierung von Unnachgiebigkeit und Verfolgungseifer der sächsischen Polizei und Justiz (vgl. Herold 2015; Hoose 2015; Kunze-Gubsch 2015b). Es sollte kein Zweifel bleiben, dass die Täter\*innen in Sachsen angemessen bestraft werden. Sicherheitsrelevante Vorschläge waren die Wiedereinführung der Wachpolizei<sup>54</sup> (Kunze-Gubsch 2015b), die Verstärkung der Polizeipräsenz (Ziehm 2015) sowie, wiederum – und von sehr vielen Sprecher\*innen geäußert – das schnelle

54 Die Wachpolizei unterstützt die Landespolizei z.B. bei Personenbewachung und Objektschutz. Erstmals wurde ein entsprechendes Gesetz nach dem 11.09.2001 (Terroranschläge in New York) eingeführt. Wieder in Kraft getreten ist ein ähnliches Gesetz am 16.12.2015 und bleibt bis 31.12.2020 in Kraft (vgl. SächsWachdienstG).

und konsequente Handeln des Rechtsstaates (vgl. Herold 2015; Hoose 2015; Kunze-Gubsch 2015b, 2015c; Ziehm 2015). Bezüglich der – vorrangig bundesdeutschen und europäischen – Asylpolitik wurden auch Vorschläge eingebracht. Auffällig ist, dass lediglich einer davon, nämlich die menschenwürdige Unterbringung, auch tatsächlich auf Landesebene umgesetzt werden kann. Diese strebte Hartmann an (vgl. Kunze-Gubsch 2015b), allerdings deklarierte er im weiteren Verlauf des Satzes die Sicherung der Unterkünfte als „zentrale Aufgabe“ (ebd. 2015b), was somit wieder unter die Rubrik „Sicherheitspolitik“ fällt. Die Beschleunigung der Asylverfahren war ein Punkt, auf den bspw. Tillich und Wehner drängen (vgl. Hoose 2015; Ziehm 2015). Kupfer listete eine ganze Reihe weiterer Erfordernisse auf:

*Wir brauchen in Europa endlich eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge und Asylbewerber auf die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten sowie einheitliche Sozial- und Versorgungsstandards. Die Zahl der sicheren Herkunftsstaaten sollte dringend angepasst werden, um die Bearbeitungszeiten zu verringern. Insgesamt müssen sowohl Abschiebe- als auch Integrationshindernisse abgebaut werden.“ (Kunze-Gubsch 2015c)*

Die meisten der Vorschläge waren als Aufforderungen an die Bundes- oder EU-Politik zu verstehen, was den Anteil der Eigenverantwortung erheblich senkte.

Auch die LINKE als größte Oppositionspartei in Sachsen brachte Ideen ein, wie mit dem rechtsextremen Problem umgegangen werden sollte. Diese Vorschläge können in drei Kategorien erfasst werden. Auf oppositionspolitischer Ebene äußerte sich vor allem Gebhardt mit drastischen Worten: „Die sächsische Demokratie ist schwer krank, Grundrechte werden zeitweise abgeschafft, damit schafft sich der ‚Freistaat‘ selber ab. Dagegen werden wir politischen [sic!] Widerstand leisten.“ (Braumann 2015d) Er kündigte auch „[d]ie parlamentarische Aufarbeitung dieser Vorgänge“ (Braumann 2015c) an, womit er sowohl die Vorfälle an sich meinte, aber auch den vermeintlichen Polizeinotstand, welcher fast das Willkommensfest verhindert hätte. Weiterhin sprach

er von der Einberufung einer „Sondersitzung des Landtages, die auf die Initiative meiner Fraktion zurückgeht“ (ebd.). In dieser Sitzung unterbreitete er ein Angebot: „Ich habe mit der CDU und insbesondere mit der sächsischen CDU ganz viele Meinungsverschiedenheiten. Aber bei diesem Thema müssen wir gemeinsam etwas dagegen tun.“ (Sächsischer Landtag 2015: 1382) Außerdem äußerte er „die Hoffnung, dass wir das gemeinsam hinbekommen. Setzen wir einfach einmal unsere eigenen Rituale eine Weile außer Kraft!“ (ebd.: 1383) Auch in diese Kategorie fallen Aufforderungen, die das vermeintlich unterentwickelte Problembewusstsein der CDU gegenüber „rechten“ Tendenzen ansprechen. Ein Beispiel dafür war Nagels Anmahnung, dass „[e]s [...] endlich mehr [braucht] als warme Worte. Die Staatsregierung muss Rassismus konsequent in Wort und Tat ächten.“ (Braumann 2015b) Ein Jahr später forderte sie erneut:

*„Statt wegsehen und kleinreden braucht es tiefgreifende Konsequenzen: Problembewusstsein, konsequente Ahndung rassistischer Hetze und Gewalt, eine wertschätzende Haltung gegenüber denen, die sich gegen Rassismus und für die offene Gesellschaft engagieren.“ (Braumann 2016)*

Die Problematisierung des Verhaltens der Staatsregierung durch Kipping wurde schon in den Dimensionen (a) und (b) erwähnt, sie implizierte neben der Zuschreibung von Verantwortung und der Benennung von Ursachen aber auch einen Lösungsansatz: Die Staatsregierung sollte das Engagement gegen „rechts“ nicht mehr kriminalisieren (DIE LINKE. Sachsen 2015). Sie versprach sich davon wohl ein breiteres zivilgesellschaftliches Bündnis, was gegen „rechte“ Tendenzen vorgeht und nicht mehr um den Vorwurf der Illegalität fürchten muss (vgl. z.B. „Handygate“, Kapitel 3.3). Auch die LINKE forderte mitunter mehr Polizei, implizit durch Gebhardts Kritik am angeblichen „polizeilichen Notstand“ (Braumann 2015c) oder die Forderung Nagels „für Sicherheit [...] der Geflüchteten zu sorgen“ (Braumann 2015b), explizit sagte Schollbach, dass für ihn „ganz offensichtlich [...] in Heidenau zu wenige Polizeibeamte im Einsatz [waren]“ (Braumann 2015a). Ebenso können die Forderungen

der schnellen Fahndung und konsequenten Bestrafung der Täter\*innen als Lösungsansatz gezählt werden (vgl. Braumann 2015a, 2015c). Unter die Kategorie „Asylpolitik“ fällt der Aufruf, Geflüchtete menschenwürdig unterzubringen (vgl. Braumann 2015b) sowie die Einberufung eines zivilgesellschaftlichen Asylgipfels:

*„Wir bieten Ihnen [der CDU, Anm. d. Verf.] an: Lassen Sie uns gemeinsam einen Asylgipfel der Zivilgesellschaft machen. Lassen Sie uns gemeinsam vor Ort Runde Tische zum Thema Integration und Flüchtlinge organisieren. Wir brauchen einen Krisenstab in der Staatskanzlei, der bürokratische Hindernisse aus dem Weg schafft, an denen viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer derzeit zu verzweifeln drohen.“ (Sächsischer Landtag 2015: 1382).*

Gebhardt forderte ebenso einen Perspektivwechsel, Geflüchtete nicht als „Belastung, sondern [...] Herausforderung für unsere Gesellschaft“ (ebd.: 1383) zu sehen.

Die Diskrepanz zwischen der Argumentation der CDU und der LINKEN ist unstrittig groß. Während einerseits die Regierungspartei CDU vor allem auf die NPD sowie nach „links“ zeigte und die Asylpolitik des Bundes und in Europa bzw. der EU problematisierte, sah die LINKE als größtes Übel die Regierungspolitik – und damit eben auch die CDU. Die LINKE beschrieb weiterhin Ansätze einer „sächsischen Demokratie“. Sowohl in der Ursachenforschung als auch bezüglich möglichen Lösungen gingen die Vorstellungen beider Parteien weit auseinander. In Kapitel 4.4 werden die aggregierten Ergebnisse Heidenaus mit den Fällen Mügeln und Hoyerswerda verglichen.

## **4.2 Mügeln 2007**

Wie bereits zu Beginn erwähnt, erfolgt die Auswertung der Ereignisse in Mügeln (und Hoyerswerda) mittels Sekundärliteratur. Um die Ergebnisse zu Heidenau in Kapitel 4.1 zu überprüfen, werden die dort gefundenen Dimensionen auch für Mügeln analysiert und angepasst, das heißt ggf. Kategorien gestrichen und andere hinzugenommen. Zu Beginn des

Kapitels wird die dafür verwendete Literatur kurz vorgestellt, danach die erarbeitete Phänomenstruktur tabellarisch illustriert und im Anschluss die Ergebnisse der Analyse verschriftlicht.

Als hauptsächliche Quellen werden neben diversen Zeitungsartikeln, die noch im Internet zugänglich sind, vor allem drei Veröffentlichungen genutzt: Zwei Bücher von Britta Schellenberg (2014a, 2014b) und ein Artikel von Daniel Schmidt, Rebecca Pates und Susanna Karawanskij (2011). Die drei Ausarbeitungen thematisieren jeweils die diskursive Ebene der Auseinandersetzung über den rechtsextremen Vorfall in Mügeln. Schellenberg problematisiert die Argumentationsmuster, die in der Debatte vorherrschten und versucht diese zu entschlüsseln. Schmidt, Pates und Karawanskij untersuchen „Rechtsextremismus“ als diskursiv erzeugtes, soziales Phänomen, das politische Reaktionen hervorruft am Fallbeispiel Mügeln.

Tabelle 2: Phänomenstruktur Mügeln

Inhaltliche Ausführung: LINKE	Inhaltliche Ausführung: CDU
<b>Dimension: Verantwortung bzw. Zuständigkeit</b>	
<b>Selbstpositionierung der politischen Akteur*innen</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abgrenzung von Täter*innen (=Verurteilung der Vorfälle)</li> <li>- Abgrenzung von Politik der CDU und Staatsregierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Abgrenzung von Täter*innen (=Verurteilung der Vorfälle)</li> <li>- Abgrenzung von anderen Verantwortlichen (NPD, Medien)</li> </ul>
<b>Fremdpositionierung staatlicher Akteur*innen</b>	
<p><b>NPD</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Instrumentalisierung des Vorfalls</li> </ul> <p><b>Staatsregierung, CDU</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Negierung des rassistischen oder rechtsextremen Charakters des Vorfalls</li> </ul> <p><b>Mügelner Bürgermeister Deuse</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- problematisches Argumentationsmuster</li> </ul> <p><b>Polizei, Ausländerbeauftragte CDU</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Würdigung ihrer Arbeit</li> </ul>	<p><b>NPD</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- extremistisch, aber politisch nicht gefährlich (Milbradt)</li> <li>- aber: Initiatorin von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus (Hähle)</li> </ul> <p><b>Die LINKE</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- extremistisch</li> </ul> <p><b>Polizei, Justiz</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- für schnelle Aufklärung verantwortlich</li> <li>- genießen Achtung und Vertrauen</li> </ul>

<b>Fremdpositionierung staatlicher Akteur*innen</b>	
<b>Täter*innen von Mügeln</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- rassistisch, möglicherweise rechtsextrem</li> </ul> <b>Bewohner*innen Mügelns / Sachsens, Asylsuchende</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht thematisiert</li> </ul>	<b>Täter*innen von Mügeln</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- oft nur im Zusammenhang mit NPD thematisiert</li> <li>- fremdenfeindlich (Ausländerbeauftragte)</li> </ul> <b>Bewohner*innen Mügelns / Sachsens</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- nicht latent oder offen kollektiv fremdenfeindlich (Stadtrat)</li> <li>- Fremdenfeindlichkeit in Bevölkerung verbreitet (Ausländerbeauftragte)</li> <li>- Medienopfer (Stadtrat, Staatsregierung)</li> </ul> <b>„Inder“</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- integriert (Milbradt), aber haben evtl. Teilschuld (Staatsregierung)</li> </ul> <b>Linksextreme</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Verunsicherung der Bevölkerung</li> <li>- sind gewaltbereit, verwüsten Eigentum</li> </ul>
<b>Dimension: Ursachen</b>	
<b>Rechtsextremismus</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- NPD als Verursacherin</li> </ul> <b>Gesamtgesellschaftlicher Rassismus</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Problem in Mügeln / Sachsen</li> </ul>	<b>Rechtsextremismus</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Initiierung durch NPD</li> </ul> <b>Allgemeine Gewalt</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- „normale“ Auseinandersetzung</li> </ul>
<b>Dimension: Handlungsstrategien und Lösungsansätze</b>	
<b>Oppositionspolitik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kleine Anfrage</li> <li>- Aufforderung, dass CDU Problembewusstsein entwickeln muss</li> </ul> <b>Rechtsextremismus</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Monitoring und Strategieentwicklung</li> <li>- Förderung von Opferberatungen und mobiler Beratungsteams</li> <li>- Ausbau demokratiefördernder Maßnahmen</li> </ul>	<b>Image / Schadensbegrenzung</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Abgrenzung von Täter*innen/Taten</li> <li>- Kritik an vorschnellen Urteilen</li> <li>- Verweis auf positive Aspekte Sachsens</li> </ul> <b>Extremismus</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ankündigung einer Konferenz gegen Gewalt und Extremismus</li> </ul> <b>Auslagerung der Problematik</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>- setzt „Patriotismus“ auf die Agenda</li> <li>- Kritik an medialer Berichterstattung</li> </ul>

**(a) Dimension: Verantwortung bzw. Zuständigkeit**

Obwohl im Fokus der Berichterstattung oft der Mügelner Bürgermeister steht, wird dessen Interpretation nicht hinzugezogen, weil er der FDP angehört. Nichtsdestotrotz finden sich auch Aussagen der lokalen und

Landes-CDU sowie vor allem der Staatsregierung zum rechtsextremen Vorfall in Mügeln. Die LINKE sprach insbesondere von der Landtagsebene. Von insgesamt 16 Sitzen im Mügeln Gemeinderat waren vier von der CDU, zwei von den LINKEN<sup>55</sup> besetzt.<sup>56</sup>

*(1) Selbstpositionierung der politischen Akteur\*innen*

In Mügeln konnten bezüglich der CDU-Argumentation hauptsächlich zwei Kategorien der Abgrenzung, einerseits von den Täter\*innen sowie andererseits von anderen Verantwortlichen, gefunden werden.

Der Stadtrat Mügeln grenzte sich zunächst von den Taten und Täter\*innen ab:

*„Wir, die Stadträte, der Bürgermeister sowie die Mitarbeiter der Stadtverwaltung sind über die Ausschreitungen erschüttert und bedauern diese zutiefst. [...] Wir verurteilen diese Geschehnisse auf das Äußerste und distanzieren uns entschieden von der Gruppe der Randalierenden und ihren Parolen.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2007)*

Milbradt bezeichnete die Vorfälle als „absolut inakzeptabel“ (Weiland 2007). Im gleichen Atemzug warnte er jedoch „vor schnellen Verurteilungen“, weil Sachsen „gastfreundlich[...] und weltoffen[...]“ (ebd.) sei. Er nahm auch Bezug darauf, dass Sachsen als Wirtschaftsstandort „sehr viele Ausländer beschäftigen“ würde und dies „überlebensnotwendig“ (ebd.) sei. Diese Äußerungen dienten somit neben der Abgrenzung von den Täter\*innen auch der Abgrenzung gegenüber Personen, die ihn bzw. den Umgang seiner Partei im Zuge des Vorfalls kritisiert hatten, vorrangig den Medien (vgl. Schellenberg 2014a: 107). Die vehemente Kritik am Verhalten der NPD durch den Fraktionsvorsitzenden Hähle in einer Landtagssitzung, welche u.a. den Fall Mügeln thematisierte, symbolisierte auch eine deutliche Abgrenzung von Seiten der CDU (Sächsischer Landtag 2007: 7831 ff.).

55 Zum Zeitpunkt der Wahl (13.06.2004) hieß die Partei noch PDS, zwischen Juli 2005 und Juni 2007 Die Linkspartei.PDS. Im Juni 2007 fusionierte diese Partei mit der WASG zur Linkspartei. (Vgl. Oppelland und Träger 2014: 74–81)

56 Darin sitzen außerdem sechs Mitglieder der FDP, drei der SPD und eins der DSU.

Für die Selbstpositionierung der LINKEN fanden sich leider kaum Aussagen, aber es können zumindest die „Abgrenzung von Täter\*innen“ als auch die „Abgrenzung von der CDU bzw. Staatsregierung“ als Kategorien festgehalten werden. Implizit kann der erste Punkt aus einer Pressemitteilung von Köditz abgeleitet werden, in der sie die CDU und insbesondere Milbradt scharf kritisierte. Dort wurden die Vorgänge als „rassistische[...] Übergriffe“ (Braumann 2007) bezeichnet. Auch Schellenberg geht kurz auf die Rolle der anderen Parteien<sup>57</sup> im Fall Mügeln ein: „SPD, Linke und Grüne sehen in den Vorfällen keine normale Schlägerei, sondern einen rassistischen und rechtsradikalen Übergriff.“ (Schellenberg 2014a: 119) Diese Einschätzung kann ebenso als Abgrenzung gegenüber der Tat und den Täter\*innen gelten. Sie grenzten sich durch die Kritik weiterhin, wie bereits erwähnt, insbesondere von der CDU und Ministerpräsident Milbradt ab (vgl. Braumann 2007), was ihre eigene politische Position schärfte.

## *(2) Fremdpositionierung staatlicher Akteur\*innen*

Thematisiert wurden durch die CDU lediglich die NPD, und einmalig auch die LINKE. Die Polizei wurde einmal kurz erwähnt. Milbradt positionierte sich vor allem gegenüber den „Extremen von Rechts wie von Links“ (Weiland 2007), womit er die NPD und die LINKE ansprach (vgl. Schellenberg 2014a: 102). Beide Wahlerfolge begründete er damit, dass ihre „dumpfen Parolen“ (Weiland 2007) vor allem Nichtwähler\*innen zur Landtagswahl 2004 angesprochen hätten. Er schätzte die NPD dennoch als (zumindest politisch) nicht gefährlich ein, weil sie „nicht in der Lage ist, die Probleme dieses Landes zu lösen.“ (ebd.) Die Polizei wurde im Zuge ihrer Verantwortlichkeit bei der schnellen Aufklärung des Falls angesprochen (vgl. Weiland 2007). Schellenberg erwähnt immer wieder, dass die CDU die NPD als Hauptverantwortliche thematisierte (Schellenberg 2014a: 115 f.), womit sie gleichzeitig die gesellschaftlichen Akteur\*innen entlastete.

Die LINKE benannte vor allem CDU und Staatsregierung sowie die NPD und den Mügelner Bürgermeister Deuse als Verantwortliche. Vor allem Äußerungen und Handlungen von Ministerpräsident Milbradt und

57 Die LINKE wird also zumeist im Gespann mit SPD und den Grünen erwähnt.

Innenminister Buttolo standen im Fokus. Milbradt wurde durch Köditz „Hilf- und Konzeptlosigkeit“ unterstellt, Buttolos Äußerung, dass „Sachsen kein Schwerpunkt des Rechtsextremismus“ (Braumann 2007) sei, von ihr stark kritisiert. Außerdem hätte sich Milbradt durch den Sebnitz-Vergleich „zum Stichwortgeber für die NPD gemacht“ (ebd.) und würde sich nur im „Abwiegen üben“ (ebd.). Sie machte außerdem die NPD mit verantwortlich, welche den Fall instrumentalisieren würde (vgl. Schellenberg 2014a: 124). Weiterhin sah sie Mügels Bürgermeister Deuse „für Probleme in der Debatte über den Fall verantwortlich“ (ebd.). Positiv äußerte sich Köditz in einer Plenarsitzung über die Polizei und die Ausländerbeauftragte der CDU, deren Arbeit sie ausdrücklich im Zusammenhang mit dem rechtsextremen Vorfall in Mügeln würdigte (vgl. Sächsischer Landtag 2007: 7834).

### *(3) Fremdpositionierung gesellschaftlicher Akteur\*innen*

Die CDU thematisierte die Täter\*innen, die „Inder“ und die Bürger\*innen Mügels. Milbradt widersprach zunächst einer „ausländerfeindlichen oder gar rechtsradikalen“ (Weiland 2007) Motivation der Täter\*innen, denn „man sollte auch nicht jede Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Ausländern sofort unter dem Stichwort Ausländerfeindlichkeit verbuchen.“ (ebd.) Er sprach in dem Zusammenhang auch von widersprüchlichen Zeugenaussagen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung 2007). Der Fraktionsvorsitzende Hähle benannte indirekt „Schlägertrupps“, welche durch die NPD gesteuert würden (vgl. Sächsischer Landtag 2007: 7833). Lediglich die Ausländerbeauftragte kategorisierte die Taten, und damit auch die Täter\*innen, als „fremdenfeindlich“ (Schellenberg 2014a: 116). Milbradt sagte, die „Inder“ selbst wären „integriert“ und würden „schon länger in der Umgebung [leben]“ (Weiland 2007). In der Antwort auf eine Große Anfrage der NPD<sup>59</sup> implizierte je-

58 In Sebnitz gab es einen Medienskandal um den Tod eines Jungen im Freibad. Zunächst wurde von einem „rassistischen Mord“ ausgegangen, später stellte sich jedoch heraus, dass der Junge einen Herzfehler hatte und ertrank (vgl. Dahlkamp et al. 2000).

59 Der Titel dieser Großen Anfrage lautet „Schlägerei beim Mügelnener Altstadtfest am 18./19. August 2007“ (vgl. Schellenberg 2014a: 190).

doch die Staatsregierung, dass „die Inder möglicherweise nicht ganz unschuldig sind“ (Schellenberg 2014a: 111). Der Stadtrat wollte in seiner Stellungnahme verdeutlichen, dass „[d]ie Ereignisse [...] in keiner Weise die Einstellung der Mügelnser Bürger zu ihren ausländischen Mitbürgern und Gästen wider[spiegeln]“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2007). „[L]atente oder offene kollektive Fremdenfeindlichkeit“ (ebd.) gäbe es in Mügeln nicht. In der Mitteilung wurde explizit kein Verweis auf einen rechtsextremen Hintergrund gebracht, vielmehr wurde die Berichterstattung der Medien – und diese selbst – kritisiert (vgl. Schellenberg 2014a: 80). Auch Hähle bezeichnete die Mügelnser Bevölkerung als Opfer der Medien und erwähnte die „Gefahr, dass die zu Unrecht [als ausländerfeindlich und verkappt rechtsextrem, Anm. d. Verf.] Beschuldigten eher in die Arme derer getrieben werden, die wir eben nicht haben wollen“ (Sächsischer Landtag 2007: 7833). Er sprach in dem Zusammenhang noch von „andere[n] Extreme[n], linksextreme[n] gewaltbereite[n] Gruppen [...], [welche] die Bevölkerung [...] verunsichern, [...] verängstigen, [...] beschimpfen und [...] Eigentum [...] verwüsten.“ (ebd.) Die Thematisierung von Linksextremismus währnt in diesem Zusammenhang seltsam, weil es in Mügeln zu keinen Auseinandersetzungen zwischen „rechts“ und „links“ im Zusammenhang mit dem rechtsextremen Übergriff kam.

Die LINKE erwähnte lediglich die Täter\*innen. Sie wurden als „[r]assistisch, möglicherweise: rechtsextrem“ (Schellenberg 2014a: 124) bezeichnet. Auf die Bedeutung dieser Formulierung ging Köditz näher ein:

*„Die Existenz einer hochaktiven, mobilen Neonazi-Szene im Kreis ist den örtlichen Behörden durchaus bekannt. Und wenn tatsächlich keine organisierten Rechtsextremisten an dem Überfall beteiligt gewesen sein sollten, ist dies eigentlich die schlimmere Variante. Dann bliebe nämlich, dass ganz normale Bürger unter entsprechenden Rahmenbedingungen zu einem rassistischen Angriff in der Lage sind.“*  
(Braumann 2007)

Sie machte damit deutlich, dass beide Varianten zu verurteilen seien. Dimension (c) knüpft daran an, indem Handlungsstrategien innerhalb

beider Problemfelder aufgezeigt werden. Weitere Fremdzuschreibungen sind in den zur Verfügung stehenden Dokumenten nicht zu finden.

**(b) Dimension: Ursachen**

Die von der CDU ausgemachten Ursachen können in den Kategorien „Rechtsextremismus“ und „Allgemeine Gewalt“ zusammengefasst werden. Zunächst bezeichnete die Staatsregierung eine Auseinandersetzung von Personen, die als „allgemeine Gewalttätigkeit“, nicht jedoch als „rechtsextrem oder fremdenfeindlich“ bezeichnet werden sollte (vgl. Schellenberg 2014a: 111), als ursächlich. Schellenberg verdeutlicht eine Wandlung der Argumentation später im Jahr 2007:

*„Milbradt thematisiert nun nicht mehr allgemeine Gewalt oder beklagt alleine falsche Zuschreibungen, sondern stellt das Thema ‚Extremismus‘, auch explizit ‚Rechtsextremismus‘, ins Zentrum der Diskussion.“ (ebd.: 113)*

Nun wurde von der Staatsregierung die Meinung vertreten, dass der Fall von der NPD initiiert war<sup>60</sup>, lediglich de Haas, Ausländerbeauftragte der CDU, nannte als eine Ursache die Verbreitung von „Fremdenfeindlichkeit“ in der Bevölkerung (ebd.: 116). Auseinandersetzungen zwischen „links“ und „rechts“ spielten ursächlich in Mügeln für die CDU keine Rolle, die Problematisierung allgemein von „Extremismus“ („links“ wie „rechts“) vollzog sich erst als zweiter Schritt (c).

In der Argumentation der LINKEN lassen sich zwei Kategorien finden: „Rechtsextremismus“ und „Gesamtgesellschaftlicher Rassismus“. Als Ursachen wurden „eine verbreitete Fremdenfeindlichkeit/Rassismus“ „sowie die NPD“ (ebd.: 124) genannt. Weitere Aussagen dazu lassen sich nicht finden oder ableiten. Die LINKE sah eher die Täter\*innen selbst als (explizite) Ursache: Die Handlungen der Polizei wurden sogar gelobt, und die CDU eher bezüglich ihres Verhaltens im Nachhinein kritisiert, jedoch nicht als ursächlich für den Vorfall gesehen.

60 Bezogen auf die Einschätzung der NPD hinsichtlich ihrer Gefährlichkeit durch Milbradt ist dies verwunderlich.

*(c) Dimension: Handlungsstrategien und Lösungsansätze*

Während für die CDU die Kategorie „Image / Schadensbegrenzung“ auch in Mügeln eine Rolle spielt, werden die anderen beiden für Heidenau gefundenen Kategorien „Sicherheits- und Asylpolitik“ nicht erwähnt. Allerdings können zwei neue Kategorien gefunden werden: „Extremismus“ und „Auslagerung der Problematik“. Allgemein wollte die Staatsregierung „Reaktionsfähigkeit zeigen“ und sich damit „als Vertreterin und Verteidigerin der Bürger präsentieren“ (ebd.: 112). Millbradts Argumentation im Interview, nämlich „schnelle Verurteilungen“ zu vermeiden, die Hinweise auf die Offenheit und Gastfreundlichkeit Sachsens sowie das Abwarten „einer gesicherten Analyse“ (Weiland 2007) zum Mügeln-Vorfall, zielte auf die Aufrechterhaltung eines positiven Bildes sowie der Begrenzung von Schaden für Sachsen ab. Dies geschah auch durch den Verweis auf Sachsen als Wirtschaftsstandort und damit das Problem internationalen Ansehens (vgl. ebd.). Die Kategorie „Extremismus“ ergab sich schon allein aus einer stärkeren Thematisierung der allgemeinen Bekämpfung von „Extremismus“. Konkret wurde eine „Konferenz gegen Gewalt und Extremismus“ (Schellenberg 2014a: 112) angekündigt. Darauf kann auch die Aussage des Mügeln Stadtrates bezogen werden: „Auf jeden Fall hat uns dieses Ereignis gelehrt, dass in Zukunft eine verstärkte Wachsamkeit und konsequentes Einschreiten gegen jede Art von Gewalttätigkeit vonnöten sind.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2007) In die Kategorie der Problemauslagerung fiel Kritik an der Art und Weise der Debatte über den Fall Mügeln, insbesondere an den Medien, und die Idee der „stärkere(n) Thematisierung von Patriotismus“ (Schellenberg 2014a: 112) durch die CDU.

Bei den LINKEN findet sich lediglich die Rubrik „Oppositionspolitik“ wieder, eine neue Kategorie heißt „Rechtsextremismus“. Darunter fällt bspw. eine kleine Anfrage von Köditz zu Straftaten „PMK – rechts“, „in der es u.a. darum geht zu klären, wie der Fall Mügeln eingeordnet wird.“ (Schellenberg 2014a: 122) Auch die Entwicklung von Problembewusstsein wurde indirekt gefordert, wenn „Unterlassungssünden der Vergangenheit“ (Braumann 2007) angesprochen wurden. In Bezug auf die Kategorie „Oppositionspolitik“ listete die LINKE re-

lativ konkrete Handlungsstrategien und Lösungsansätze auf: „[K]ontinuierliches Monitoring rechtsextremer und rassistischer Aktivitäten“ (Schellenberg 2014a: 122) und Strategieentwicklung (regelmäßige Sitzungen von Gremien, z.B. des „Runde[n] Tisch[es] gegen Gewalt“ (ebd.)), eine Förderung von Opferberatungen und mobiler Beratungsteams sowie einen Ausbau demokratiefördernder Maßnahmen (bspw. Aufstockung des Landesprogrammes „Weltoffenes Sachsen (WOS)“) (vgl. ebd.: 125).

Auch in Mügeln ist der Kontrast zwischen den Diskursstrategien der CDU und der LINKEN sehr groß. Die CDU versuchte, die Einordnung als „rechtsextreme“ Tat zu negieren, zu Beginn durch den Verweis auf eine „normale Auseinandersetzung“, später durch die allgemeine Thematisierung von „Extremismus“. Das Problem wurde außerdem hauptsächlich in der NPD gesehen und hatte sich somit 2009, mit deren Ausscheiden aus dem Landtag, für einige CDU-Politiker\*innen gelöst (vgl. Junge Freiheit 2015). Weiterhin fällt die starke Kritik an den Medien und der Art der Berichterstattung auf. Die LINKE sprach wiederum von „Rassismus“ und meinte auch hier einzelne Hinweise auf eine „sächsische Demokratie“ zu finden.

### **4.3 Hoyerswerda 1991**

Ähnlich wie bei Mügeln besteht auch zum Diskurs um die Ausschreitungen in Hoyerswerda das Problem in der Schwierigkeit der Beschaffung originaler Diskursfragmente. Hier sieht die Datenlage allerdings noch schlechter aus, weil der Vorfall schon über 25 Jahre zurückliegt und z.B. im Internet für die 1990er Jahre keine so ausführliche Sammlung von Zeitdokumenten vorhanden ist. Die Vorgehensweise orientiert sich dennoch am letzten Kapitel: Die für Heidenau und Mügeln gefundenen Dimensionen einer Phänomenstruktur sollen anhand weniger Originaldokumente und mithilfe von anderer Literatur überprüft, ggf. angepasst sowie inhaltlich analysiert werden. Im folgenden wird die verwendete Literatur kurz vorgestellt und im Anschluss die Phänomenstruktur in Tabellenform vergegenständlicht, danach folgt die Auswertung.

Trotz der großen Zeitspanne gibt es zu Hoyerswerda einige Informationssammlungen, die als Quellen dienen können. In einem Buch dokumentiert Woxvtscherk (2014) relativ ausführlich die Ereignisse und deren Folgen. Seit September 2016 existiert eine Webdokumentation, die nach eigenen Angaben „die Ereignisse vom Herbst 1991 aus vielfältigen Perspektiven beleuchtet“ (Initiative „Pogrom 91“ o. J.). Eine Dokumentation wurde vom Buchladen Georgi Dimitroff noch in den 1990ern (leider ohne konkretes Datum) zusammengestellt. Auch wenn sie eindeutig aus einer „linken“ Perspektive heraus argumentiert, können teilweise im Original erfasste Pressemitteilungen und Zeitungsartikel in dieser Arbeit von Nutzen sein, die anderswo nicht mehr verfügbar sind. Pollack (2005) beleuchtet in einem Zeitschriftenartikel u.a. soziale, regionale und politische Ursachen für die Ausschreitungen. Im Internet verfügbar sind zwei Protokolle von Plenarsitzungen, in denen Mitglieder des Landtages (MdL) beider Parteien zu Wort kommen (vgl. Sächsischer Landtag 1991a, 1991b).

Tabelle 3: Phänomenstruktur Hoyerswerda

Inhaltliche Ausführung: LL/PDS <sup>61</sup>	Inhaltliche Ausführung: CDU
<b>Dimension: Verantwortung bzw. Zuständigkeit</b>	
<b>Selbstpositionierung der politischen Akteur*innen</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stadtrat: indirekte Abgrenzung von Täter*innen (keine Entschuldigung)</li> <li>- PDS Kreisverband: Abgrenzung von Täter*innen und „Linksradikalen“ durch deutliche Verurteilung, geben verspätete Reaktion zu</li> <li>- MdL: Eigenbezeichnung als „Schmutzdelkinder“, Einordnung als Vorreiterin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stadtrat: indirekte Abgrenzung von Täter*innen (keine Entschuldigung)</li> <li>- MdL: direkte Distanzierung von Vorfällen</li> <li>- Abgrenzung von Bundespolitik</li> <li>- Übernahme politischer Verantwortung durch Rücktritt des Innenministers; Entschuldigung des neuen Innenministers</li> </ul>

61 „Linke Liste – PDS“, ein Wahlbündnis aus marxistischer Partei „Die Nelken“, KPD, FDJ, marxistischer Jugendvereinigung „Junge Liste“ und PDS (vgl. Neugebauer 2006).

<b>Fremdpositionierung staatlicher Akteur*innen</b>	
<p><b>Bundespolitik</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- soll Wiederholung ausschließen</li> <li>- verfehlte Asylpolitik</li> </ul> <p><b>DDR</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- PDS Kreisverband: „Sklavenhaltermentalität“</li> </ul> <p><b>CDU / Staatsregierung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- MdL: Unterstützung ihrer Politik, üben nur leichte Kritik</li> </ul>	<p><b>Alte Bundesländer / Bundespolitik</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Asylpolitik nach Wende noch nicht geklärt</li> <li>- soll Wiederholung ausschließen</li> <li>- Finanzierung von Sozialarbeiter*innen</li> </ul> <p><b>DDR</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- fehlende politische + soziale Bildung</li> <li>- fehlender Umgang mit „Ausländer*innen“</li> </ul> <p><b>Staatsregierung</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Versäumnis schneller Reaktion trotz Aufforderung durch kommunale Ebene</li> </ul> <p><b>Innenministerium</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- MdL: für Garantie innerer Sicherheit und Schutz der Bürger*innen (dt. und ausländisch) zuständig</li> </ul> <p><b>Polizei</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- implizit Überforderung und Unterrepräsentation zugegeben (Rücktritt von Innenminister Krause)</li> </ul>
<b>Fremdpositionierung gesellschaftlicher Akteur*innen</b>	
<p><b>Täter*innen von Hoyerswerda</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- rechtsradikale Jugendliche (Stadtrat)</li> <li>- Verschweigen der Beteiligung von „Zuschauer*innen“ (Stadtrat)</li> <li>- Rassist*innen, hassen „Ausländer*innen“ (Kreisverband)</li> </ul> <p><b>Bewohner*innen Hoyerswerdas</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- lehnen die Vorfälle ab (Stadtrat)</li> </ul> <p><b>Medien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kritik an vorschnellen Urteilen, Sensationsberichterstattung (Stadtrat)</li> </ul> <p><b>„Ausländer*innen“</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Sündenböcke (Kreisverband)</li> </ul> <p><b>„Linksradikale“</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- üben Gegengewalt aus (Kreisverband)</li> </ul>	<p><b>Täter*innen von Hoyerswerda</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- rechtsradikale Jugendliche (Stadtrat, Buttolo)</li> <li>- Verschweigen der Beteiligung von „Zuschauer*innen“ (Stadtrat)</li> </ul> <p><b>Bewohner*innen Hoyerswerdas</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- lehnen die Vorfälle ab (Stadtrat)</li> <li>- Opfer der Medien</li> </ul> <p><b>Medien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kritik an vorschnellen Urteilen und Sensationsberichterstattung (Stadtrat, Landrat, Bürgermeister)</li> </ul> <p><b>„Ausländer*innen“</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gastrecht (Bürgermeister)</li> <li>- verhalten sich teilweise problematisch (Innenminister Krause)</li> <li>- Teilschuld vs. Opfer von Übergriffen (Buttolo)</li> </ul> <p><b>Ehemalige DDR-Bürger*innen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Umgang mit „Ausländer*innen“ nicht gewohnt</li> </ul>

<b>Dimension: Ursachen</b>	
<b>Gesamtgesellschaftlicher Rassismus</b> - Kreisverband: „latente Ausländerfeindlichkeit“ <b>Bundespolitik</b> - sich verschärfende soziale Lage - verhehlte Asylpolitik <b>DDR</b> - verhehlte Asylpolitik	<b>Rechtsextremismus</b> - (implizit) Rechtsradikalismus - (implizit) zu wenig Jugendarbeit <b>Konstellation</b> - „besondere Situation“ (Buttolo)
<b>Dimension: Handlungsstrategien und Lösungsansätze</b>	
<b>Image / Schadensbegrenzung</b> - indirekte Abgrenzung von Täter*innen/Taten (Bezeichnung als „rechtsradikal“) - keine Entschuldigung durch Stadtrat bei Bewohner*innen <b>Asylpolitik</b> - Liberalisierung der Gesetzgebung (Kreisverband) - Räumung der Unterkünfte - Einbringen eines Dringlichen Antrags, Unterstützung Änderungsantrag; Forderung einer oder eines Ausländerbeauftragten (Landtagsfraktion) <b>Extremismus</b> - Kreisverband: fordert Auseinandersetzung mit Rechts- und Linksradikalismus	<b>Image / Schadensbegrenzung</b> - indirekte Abgrenzung von Täter*innen/Taten (Bezeichnung als „rechtsradikal“) - Rücktritt Innenminister, danach Entschuldigung bei Bewohner*innen durch neuen Innenminister (aber nicht durch Stadtrat) - Aufarbeitung (z.B. Gedenkwochen), aber: keine Ursachenforschung <b>Asylpolitik</b> - Bildung Krisenstab - Räumung der Unterkünfte - Sicherung aller Asylsuchendenheime - Innenausschuss mit Sondersitzung „Asyl“ - Pause für Aufnahme weiterer Asylsuchender - Multiplikator*innen-Seminar „Asylarbeit“ und Gesprächsrunde der Jungen Union - Druck auf Bundespolitik in Asyldebatte (ostdeutsche Quote verringern) <b>Jugendarbeit</b> - finanzielle und personelle Aufstockung, mehr Angebote <b>Polizei</b> - Neuaustrüstung plus Sondereinheit

**(a) Dimension: Verantwortung bzw. Zuständigkeit**

Durch starke Diskrepanzen zwischen den einzelnen politischen Ebenen (z.B. Lokal- und Landespolitik) wurde den meisten Aussagen eine Subjektposition zugeordnet, da diese von der allgemeinen Diskurslinie abweichen. Dies gilt vor allem für die CDU. Bei der PDS bestehen die

Hauptunterschiede zwischen der von ihr mit unterzeichneten Erklärung des Hoyerswerdaer Stadtrates<sup>62</sup> und dem Kreisverband sowie einem Abgeordneten des Landtages. Dies wurde in der Tabelle vermerkt und auch im Folgenden gekennzeichnet.

*(1) Selbstpositionierung der politischen Akteur\*innen*

In der gemeinsamen Erklärung des Hoyerswerdaer Stadtrates vom 24.09. war lediglich von einem tiefen Bedauern die Rede, dass ihre Stadt „durch die Ereignisse der zurückliegenden Tage in negativer Weise in die Schlagzeilen und Sensationsberichterstattung der Medien geriet.“ (Buchladen Georgi Dimitroff o. J.: 41). In der Überschrift wurden „Ausschreitungen rechtsradikaler Gruppen“ (Wowtscherk 2014: 223) erwähnt, was eine Abgrenzung gegenüber den Täter\*innen zumindest impliziert. Eine Entschuldigung an die Betroffenen blieb von Seiten des Stadtrates aus. Auf Landesebene übernahm der damalige Innenminister Krause die politische Verantwortung und trat am 28.09. von seinem Amt zurück.<sup>63</sup> Sein Nachfolger Eggert entschuldigte sich bei einigen Bewohner\*innen (vgl. ebd.: 222), die noch in der Stadt geblieben waren (Initiative „Pogrom 91“ o. J.). Auch der stellvertretende CDU-Kreisvorsitzende Schowtka entschuldigte sich „bei den ausländischen Bürgern“, insbesondere bei den Mosambikaner\*innen, dafür, „was ihnen durch meine deutschen Landsleute angetan wurde.“ (ebd.) Eine solche Entschuldigung ist, im Vergleich mit Mügeln und Heidenau, ein Einzelfall. Der Abgeordnete Kockert kam zu dem Schluss, dass „[wir] [a]ls Politiker [...] fraktionsübergreifend gefordert [sind], uns eindeutig von den Vorkommnissen in Hoyerswerda und anderenorts außerhalb und innerhalb der Ausländerwohnheime zu distanzieren.“ (Sächsischer Landtag 1991a: 1804)

Eine Position der PDS wurde bereits mit der Erklärung des Stadtrates erläutert, es fand sich keine gesonderte Mitteilung der Fraktion. Der Kreisvorstand der PDS jedoch äußerte sich am 10.10. zu den Vorfällen.

62 Fraktionen der CDU/DSU, PDS, SPD, FDP, Grüne/ldj/DFP

63 Grund war nicht allein sein Handeln bezüglich den Vorfällen in Hoyerswerda. Im gleichen Zeitraum wurden neue Erkenntnisse zu seiner Stasi-Vergangenheit öffentlich (vgl. Wowtscherk 2014: 222).

Diese wurden deutlich verurteilt, außerdem gab die Partei indirekt Mitverantwortlichkeit zu, weil sie „zu spät auf den aufkommenden Rassenhass und die sich organisierende Gewalt reagiert“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 224) habe. Vor allem mit dem drastischen Ausdruck „Rassenhass“ grenzten sie sich deutlich von den Vorfällen und den Täter\*innen ab. Indirekt geschah auch eine Abgrenzung gegenüber „linksradikalen“ Personen durch den Ausdruck „Gewalt und Gegengewalt“ und die spätere Aufforderung, gegen „Rechts- und Linksradikalismus“ vorzugehen (vgl. ebd.). Die Thematisierung von „linker“ Gewalt und „Linksradikalismus“ ist für die Partei eher ungewöhnlich, vor allem wenn die anderen beiden Fallbeispiele als Referenz genommen werden. Der Landtagsabgeordnete Tippach bezeichnete seine Fraktion LL/PDS selbstironisch als „Schmutdelkinder“, mit denen „keiner so richtig spielen mag“ (Sächsischer Landtag 1991a: 1803). Gleichwohl präsentierte er sie als Vorreiterin, weil die Fraktion den von der CDU eingebrachten Vorschlag der Einsetzung einer oder eines Ausländerbeauftragten zwar unterstützte, aber gleichzeitig auf das „gleichlautende[...], seit Bestehen dieses Landtages bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten geäußert[...]. Anliegen“ (ebd.) verwies.

## *(2) Fremdpositionierung staatlicher Akteur\*innen*

Fiel die eigene Verortung in der Thematik eher dürftig aus, wurden umso mehr Verantwortlichkeiten anderen zugeschrieben. Dabei wurde in vielen Fällen die nächst höhere politische Ebene als zuständig erwähnt. Der sächsische Innenminister Krause kritisierte die „alten Bundesländer“, welche „die Frage des Asylrechts noch nicht gelöst haben“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 221). Der Stadtrat forderte von der Bundesebene, eine Wiederholung solcher Vorfälle zu verhindern (vgl. ebd.: 223). Sowohl der Hoyerswerdaer Bürgermeister Ahrend als auch Landrat Schmitz machten die sächsische Staatsregierung verantwortlich, weil diese ihre Eskalationswarnungen ignoriert hätten (vgl. Initiative „Pogrom 91“ o. J.). Krause und Schmitz sahen eine Teilschuld im (politischen) System der DDR: Der fehlende Umgang mit Ausländer\*innen und ein „40 Jahre [währendes] Vakuum in der Erziehung zu Toleranz, Gerechtigkeit und

Rechtsempfinden [sei] die schwerste Bürde“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 224). Krause verteidigte in seiner Position als Innenminister das Vorgehen der Polizei, die als „überfordert und unterrepräsentiert“ (ebd.: 222) dargestellt wurde, weil die Dokumentation von Straftaten bei den Ausschreitungen schwierig sei. Durch seinen Rücktritt wurde im Nachhinein die Verantwortung implizit doch zugegeben (vgl. ebd.). Kockert sprach hauptsächlich das Innenministerium an: „Es ist unerlässlich, daß das Innenministerium alles Erforderliche einleitet, um die innere Sicherheit und den Schutz der Bürger, ob Deutsche oder Ausländer, zu garantieren.“ (Sächsischer Landtag 1991a: 1804) Dem folgte die Aufforderung der CDU-Fraktion, die nächste Sitzung des Innenausschusses in Hoyerswerda abzuhalten, um kurzfristige Lösungen zu finden (vgl. ebd.).

Die PDS fand auf politischer Ebene drei verantwortliche Instanzen: Die erste sahen sie in der „Sklavenhaltermentalität der ehemaligen DDR-Regierung“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 224). Als zweites nannten sie die „verfehlte Asylpolitik“ (vgl. ebd.). Zu vermuten ist, dass sie damit ebenso die Bundesebene meinten, wie die CDU-Akteur\*innen zuvor auch. Drittens wurde, in erstaunlich milder Form, leichte Kritik am Vorgehen der CDU geübt. Deren Änderungsantrag zu einem Dringlichen Antrag der eigenen Fraktion LL/PDS<sup>64</sup>, den sie zwar grundsätzlich befürwortet, wurde als etwas zu „unverbindlich formuliert“ (Sächsischer Landtag 1991a: 1803) bezeichnet. Dennoch „begrüßen und unterstützen“ (ebd.) die LL/PDS-Abgeordneten den Antrag und erklärten sich sogar bereit, den Inhalt ihres eigenen Antrages zugunsten des besser formulierten Änderungsantrages zurückzuziehen (vgl. ebd.: 1803 f.). Die Verantwortungszuschreibungen des Stadtrates wurden bereits für die CDU aufgeführt.

### *(3) Fremdpositionierung gesellschaftlicher Akteur\*innen*

Auf gesellschaftlicher Ebene wurden noch mehr Zuschreibungen getroffen als auf politischer Ebene. Der Stadtrat bezeichnete die Täter\*innen

64 Die Fraktion stellte einen Dringlichen Antrag „Gewährleistung des Schutzes von Leben und Gesundheit von Asylbewerbern im Freistaat Sachsen“. Dazu stellten CDU und SPD einen Änderungsantrag, der schließlich von allen Fraktionen so angenommen wurde (vgl. Sächsischer Landtag 1991a: 1804 ff.).

als „rechtsradikale[...] Gruppen“ (Wowtscherk 2014: 223), ging aber gar nicht auf „[d]ie Beteiligung mehrerer hundert ‚normaler‘ Bürgerinnen und Bürger“ (ebd.) ein. Auch der Parlamentarische Staatssekretär Buttol sprach von „Rechtsradikalen“ (Sächsischer Landtag 1991b: 1919). In der weiteren politischen Diskussion und im Zusammenhang mit Handlungsstrategien (c) wurde immer wieder hauptsächlich von „Jugendlichen“ gesprochen. Dies war zwar einerseits nicht ganz falsch, denn die 19 angeklagten Täter\*innen waren zwischen 18 und 28 Jahren alt (vgl. Initiative „Pogrom 91“ o. J.), andererseits entband es die (nebenstehenden, klatschenden, jubelnden und Parolen rufenden (vgl. ebd.; Pollack 2005: 24) Menschen zu einem Großteil ihrer Verantwortung.<sup>65</sup> Unterstützt wurde das noch durch die Überzeugung des Stadtrates, dass die Mehrheit der Hoyerswerdaer Bürger\*innen die „bedauerlichen Vorfälle“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 223) abgelehnt hätten. Zwar hatte er damit faktisch nicht Unrecht, denn Hoyerswerda hatte 1991 etwa 100.000 Einwohner\*innen, wovon sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht die Mehrheit beteiligte. Dennoch wurde damit zumindest indirekt die Bedeutung der Beteiligung mehrerer hundert Menschen<sup>66</sup> (vor allem Anwohner\*innen) abgewertet. Auch Krauses Aussage, dass die „Menschen in Ostdeutschland“ (ebd.: 222) den Umgang mit Ausländer\*innen nie geübt hätten, barg die Herabsetzung der Verantwortung an den Geschehnissen durch die „Ostdeutschen“ als gesamte Gruppe in sich. Gleichzeitig entbanden solche Aussagen Politiker\*innen und Parteien in einem gewissen Maße ihrer Verantwortung, solchen Tendenzen mit entsprechenden policies, d.h. konkreten politischen Maßnahmen, entgegenzuwirken. Bezüglich der Rolle der Medien waren sich Stadtrat, Landrat und Bürgermeister einig: Diese hätten vorschnelle Urteile gefällt durch eine „Sensationsberichterstattung“ (vgl. ebd.: 223 f.). Diese Pauschalisierung schützte die Politiker\*innen sowie die Stadt Hoyerswerda

65 „Ein Kennzeichen des einschlägigen öffentlichen Diskurses in Deutschland in den gesamten 90er-Jahren war, dass Rechtsextremismus in starkem Ausmaß als Jugendphänomen und Jugendproblem thematisiert wurde.“ (Kleinert und Rijke 2001: 167; vgl. dazu auch Wagner 2001)

66 Der Spiegel geht sogar von „[t]ausende[n] von erwachsenen Bürgern“ (Der Spiegel 1991: 30) aus.

und ihre Bewohner\*innen als „Medienopfer“ vor „Behauptungen“, welche durch die Medien aufgestellt wurden. Ob diese wahr waren oder nicht, trat damit in den Hintergrund, weil jegliches Medieninteresse als „Sensationslust“ abgestempelt werden konnte. Bürgermeister Ahrend sprach weiterhin davon, „dass Menschen in dieser Stadt das Gastrecht genommen“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 224) wurde. Mit Krauses Bemerkung „Es gibt auch Asylbewerber, die sich in ihren Unterkünften und in dem Umfeld nicht so verhalten, wie es zum normalen Umgang und zum Kulturniveau hier gehört“ (Buchladen Georgi Dimitroff o. J.: 39) implizierte der Innenminister, dass sich die Asylbewerber\*innen in Hoyerswerda nicht so verhalten hätten<sup>67</sup>. Sein Nachfolger Eggert beschrieb die Situation so: „Ungeschützte Bürger standen ungeschützten Asylanten gegenüber.“ (ebd.) Das Wort „ungeschützt“ symbolisiert dabei eine gegenseitige Gefahr, und spricht die vermeintliche Bedrohung an, die von beiden Seiten ausging. Es sprachen keine Anhaltspunkte dafür, dass die Bewohner\*innen der Unterkunft – es gab zuvor lediglich Beschwerden wegen Lärm und der Nicht(be)achtung hiesiger Gepflogenheiten (vgl. ebd.: 31; Pollack 2005: 22) – tatsächlich eine Bedrohung für die Bürger\*innen Hoyerswerdas dargestellt hätten. Buttolos Einschätzung, dass es eine „Auseinandersetzung zwischen Rechtsradikalen und Ausländern“ (Sächsischer Landtag 1991b: 1919) war, implizierte zunächst eine Teilschuld der Ausländer\*innen. Im Verlauf seines Redebeitrages jedoch sprach er von „gewalttätigen Übergriffen auf Ausländer in Hoyerswerda“ (ebd.) und „Ausländerfeindlichkeit“ (ebd.: 1920). Dies ließ die Ereignisse in einem anderen Licht erscheinen. Aus seinem Beitrag ist dennoch nicht genau ersichtlich, welche Sichtweise für ihn grundsätzlich richtig war.

Neben der bereits erörterten gemeinsamen Erklärung des Stadtrates äußerte sich wiederum der PDS-Kreisverband. Dieser sprach von einer „Eskalation von Rassismus und Ausländerhass, von Zerstörung, von Gewalt und Gegengewalt“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 224). In dieser Stellungnahme konnten zwei Gruppen ausgemacht werden: Explizit wurden

67 Vgl. dazu Buchladen Georgi Dimitroff o. J.: 28 ff.

die Täter\*innen erwähnt, welche rassistisch seien und Ausländer\*innen hassen. Es wurde aber auch von „Linksradikalen“<sup>68</sup> gesprochen, worauf sich auch der Begriff „Gegengewalt“ bezog. Die Ausländer\*innen wurden von der PDS als „Sündenböcke“ für „Menschen mit sozialen Problemen“ (ebd.) bezeichnet. Dies ließ eine gewisse Beliebigkeit in den Angriffen vermuten, und stuft den „Rassismus“ und „Ausländerhass“ nicht unbedingt als gefestigtes Weltbild der Täter\*innen ein, sondern als „Zufälligkeit“, wofür sich auch andere „Schuldige“ hätten finden können. Diese Sichtweise entsprach im Großen und Ganzen den Ergebnissen von Umfragen, die Unterschiede im Ausmaß der „Fremdenfeindlichkeit“ in Ost- und Westdeutschland insbesondere in der Nachwendzeit untersuchten (vgl. Pollack 2005: 16 ff.). Die Fraktion äußerte sich in den beiden Plenarsitzungen, in denen Hoyerswerda 1991 thematisiert wird, nicht zur Rolle gesellschaftlicher Akteur\*innen. 1994 wurde ein PDS-Politiker, Brähmig, Bürgermeister in Hoyerswerda. Seine Sichtweise auf die Ausschreitungen ließ er 1996 verlauten: „Das war kein Rassismus damals, das läßt sich nicht vergleichen mit Rostock und Mölln.“ (Buchladen Georgi Dimitroff o. J.: 43) Er sagte außerdem 2006, obwohl bereits feststand, dass von 82 festgenommenen Personen 77 aus Hoyerswerda stammten (vgl. Wowtscherk 2014: 219), dass er „glaube, dass sich Leute von außerhalb Hoyerswerda ausgesucht haben, um das hier zu organisieren.“ (Wendler 2006) Beide Aussagen wirkten stark verharmlosend und sollten vor allem die Beteiligung Hoyerswerdas bzw. der Hoyerswerdaer Bürger\*innen in den Hintergrund rücken lassen.

### **(b) Dimension: Ursachen**

Wie schon in der Analyse von Heidenau und Mügeln werden von den politischen Vertreter\*innen kaum mögliche Ursachen für die Ausschreitungen von Hoyerswerda genannt. Die CDU hielt sich dabei noch stärker zurück als die PDS. Ursachen können lediglich implizit abgeleitet werden. Durch die starke Fokussierung auf Jugendarbeit nach den Vorfällen vom September 1991 (vgl. Wowtscherk 2014: 225 ff.) kann

68 Die PDS nennt Probleme mit „Rechts- und Linksradikalismus“ (vgl. dazu (c) und Wowtscherk 2014: 224).

vermutet werden, dass das Fehlen entsprechender Strukturen in der Jugendarbeit als ein Hauptgrund gesehen wurde. Rechtsradikalismus wurde in der Stadtratserklärung – ebenso implizit – als Ursache genannt, auch wenn für dessen Auftreten wiederum verschiedene andere Gründe ausgemacht wurden (vgl. Buchladen Georgi Dimitroff o. J.: 41 f.; Wowtscherk 2014: 223). Auf Nachfrage einer Abgeordneten erwähnte Buttolo lediglich die „besondere Situation in Hoyerswerda“ (Sächsischer Landtag 1991b: 1920), die er nach Gesprächen mit Ahrend ausgemacht hatte. Eine spezifische Ursache, welche die Ausschreitungen ausgelöst hatten, nannte die CDU also nicht.

Der Kreisverband der PDS machte zwei ursächliche Bedingungen aus, die als „Gesamtgesellschaftlicher Rassismus“ und „Bundespolitik“ kategorisiert wurden. Zur ersten zählt die Bezeichnung der „latenten Ausländerfeindlichkeit“ (Wowtscherk 2014: 224), die aber aus einer „verschärfende(n) soziale(n) Lage“ (ebd.) sowie einer verfehlten Asylpolitik auf Bundesebene resultierte (zweite Kategorie). Der PDS-Ortsverein nannte „in einer Pressemitteilung durchaus selbstkritisch die verfehlte Migrationspolitik der DDR als Mitursache.“ (Initiative „Pogrom 91“ o. J.) Lediglich der gesamtgesellschaftliche Rassismus stellte eine Ursache dar, die auch tatsächlich (auf Landesebene) zu Lösungsansätzen hätte führen können. Mögliche Verfehlungen in der Asylpolitik der DDR sind 1991 nicht mehr zu ändern und mussten hingenommen werden bzw. in die Strategien einbezogen werden. Auf die Bundes-Asylpolitik konnte nur in gewissem Maße, z.B. über den Bundesrat, eingewirkt werden.

### *(c) Dimension: Handlungsstrategien und Lösungsansätze*

Für die CDU konnten Ansätze in vier Kategorien eingeteilt werden: „Image / Schadensbegrenzung“, „Jugendarbeit“, „Polizei“ und „Asylpolitik“. Zum ersten Punkt zählt die Benennung der Täter\*innen als „rechtsradikal“ sowie die Nicht-Erwähnung der Beteiligung vieler Bürger\*innen. Die Übernahme politischer Verantwortung durch Innenminister Krause kann ebenso unter diesen Punkt gezählt werden, weil sein Rücktritt als Schadensbegrenzung galt. Zunächst mutete es seltsam an, dass der Stadtrat sich nicht bei den angegriffenen Bewohner\*innen der beiden

Unterkünfte entschuldigte. Das holte der neue Innenminister Eggert nach (vgl. Wowtscherk 2014: 222). Eine Entschuldigung schließt die Übernahme einer gewissen Verantwortung ein.“ Alle getätigten Aussagen des Stadtrates lesen sich so, als ob er jegliche Verantwortung von sich wies, insofern konnte das Ausbleiben einer Entschuldigung schlussendlich nicht mehr verwundern. Eine „Aufarbeitung“ sollte das Image Hoyerswerdas aufbessern: Bei Gedenkwochen zu den Jahrestagen der Angriffe fanden „Veranstaltungen zu den Themen Rechtsextremismus und Toleranz“ (ebd.: 227) statt. Wowtscherk betont allerdings, dass keine Ursachenforschung erfolgte (vgl. ebd.: 222).<sup>69</sup> Der Verweis Ahrends auf eine „Sensationspresse“, die Hoyerswerda ‚zur ausländerfeindlichen, schließlich gar zur ausländerfreien Stadt denunziert‘ habe“ (ebd.: 224), diente auch dem Aufpolieren des angekratzten Bildes der Stadt. Dass die Stadt „ausländerfrei“ sei, wurde nicht (nur) von der Presse propagiert, sondern von „Neonazis“ (vgl. Antifaschistisches Infoblatt 2011; Der Spiegel 1991: 36) Mit dem Fokus auf Jugendarbeit wurden mehrere Konzepte und Strategien ausgearbeitet. Neben der politischen (Bildung eines Jugendreferates), finanziellen (Förderprogramme u.a. vom Bund) und personellen Aufstockung (mehr Sozialarbeiter\*innen) wurden vor allem mehr Angebote geschaffen, z.B. eine mobile Jugendarbeit (vgl. Wowtscherk 2014: 225 ff.). Dies leistete vor allem der Sache Genüge, dass die Täter\*innen vornehmlich als „jugendlich“ eingeordnet wurden. Nach Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium Dresden wurde die Neuausrüstung der Polizei sowie die Schaffung einer Sondereinheit beschlossen (vgl. ebd.: 222). Auch im Bereich „Asylpolitik“ gab es Vorschläge und entsprechende Umsetzungen. Das „in Sicherheit [...] bringen“ (Buchladen Georgi Dimitroff o. J.: 42) der Ausländer\*innen stellte eine erste Handlungsstrategie dar, um „eine weitere Eskalation zu vermeiden und Ruhe herzustellen“ (Wowtscherk 2014: 223). Dieses Vorgehen

69 Für Eggert war dies jedoch relativ einfach, weil er sich für einen Fehler seines Vorgängers Krause entschuldigte.

70 Die Initiative „Pogrom 91“ ist nicht nur der gleichen Meinung, sondern sagt, dass seit dem Vorfall „Schuldabwehr und Relativierung“ von Vertreter\*innen der Stadt und Lokalpresse weitergeführt werden (vgl. Initiative „Pogrom 91“ 2011).

wurde in allen Beiträgen, die von der CDU gesichtet wurden, als positiv bewertet. Als Kapitulation oder „gar ein Sieg der Gewalt“ (ebd.) wollte der Stadtrat diese Maßnahme nicht bezeichnen. Buttolo verwies noch in der Plenarsitzung am 20.09. auf die Bildung eines Krisenstabes (vgl. Sächsischer Landtag 1991a: 1805), der u.a. die „Räumung des Asylwohnheimes“ (Sächsischer Landtag 1991b: 1919) beschlossen hatte. In der Sitzung vom 25.10. sprach er die Sicherung aller Unterkünfte in Sachsen an. Neben einbruchshemmenden Maßnahmen vor allem im Erdgeschoss sollte eine direkte Verbindung zur jeweiligen lokalen Polizeibehörde geschaffen und die Unterkünfte jederzeit besetzt werden. Auch sprach er von der „Einfriedlung“ im Sinne einer „optische[n] Abgrenzung“ (ebd.). Die Bitte des Bürgermeisters um eine Unterbrechung der Aufnahme weiterer Asylsuchender, bis „die Probleme der Stadt aufgearbeitet“ (Wowtscherk 2014: 225) wurden, war ein (zumindest kurzfristiger) Lösungsansatz. Buttolo hingegen sprach am 25.10. von der Bereitschaft des Landkreises und der Stadt Hoyerswerda, weitere Asylbewerber\*innen aufzunehmen. Zwei weitere (lokale) Angebote bildeten die von der Jungen Union angeregte Gesprächsrunde – mit Mitgliedern des Landtages und Innenminister Eggert, jedoch ohne dass sich Stadtratsvertreter\*innen beteiligten (vgl. Initiative „Pogrom 91“ o. J.) – sowie das Angebot eines Multiplikator\*innenseminars im Bereich Asyl (vgl. Wowtscherk 2014: 222; 226). Das Ausüben von Druck auf die Bundesregierung durch die Forderung von ostdeutschen Quoten bei der Aufnahme von Asylsuchenden war eine weitere Handlungsstrategie.<sup>71</sup>

Bei der PDS können Handlungsanleitungen in drei Kategorien unterteilt werden. „Image“ betrifft die PDS in Hoyerswerda durch die gemeinsame Erklärung des Stadtrates. Auch das Wegbringen der Ausländer\*innen aus Hoyerswerda verteidigten sie damit (Kategorie: Asylpolitik) – diese beiden Aspekte wurden für die CDU aber schon

71 1993 wurde der sogenannte „Asylkompromiss“ beschlossen, der u.a. die Möglichkeiten einschränkte, sich auf das Grundrecht auf Asyl zu berufen (vgl. Cremer 2013: 7 f.). 1991/92 kam es nicht nur in Hoyerswerda zu einem Pogrom – dem „Asylkompromiss“ ging eine Serie von Gewalttaten (u.a. weitere Pogrome, Brandanschläge und Morde) gegen (vermeintlich) „Asylsuchende“ voraus (vgl. ebd.: 17 ff.).

erläutert. Der Kategorie „Extremismus“ zugeordnet, forderte der Kreisverband der PDS explizit eine „Auseinandersetzung über das Problem des Rechts- und Linksradikalismus“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 224), was auch nochmal durch die Bemerkung von „Gewalt und Gegengewalt“ (ebd.) verdeutlicht wurde. Sie gingen damit also direkt auf die Rolle von beiden „Extremen“ ein, was im Vergleich mit ihrer Haltung in Heidenau und Mügeln stark heraussticht. Ebenso wurde eine „Liberalisierung der Asylanten- und Flüchtlingsgesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland“ (ebd.) gefordert. Durch den gleichzeitigen Verweis auf „die sich verschärfende soziale Lage“ und „Ausländer“ die als „Sündenböcke“ (zit. n. Wowtscherk 2014: 224) dienten, kann die Bedeutung der Liberalisierung in dieser Verwendungsweise nicht eindeutig erfasst werden.

Es ist nicht ungewöhnlich, dass versucht wird, politische Verantwortung an andere Stellen abzugeben. Im Fall Hoyerswerda geschah der Verweis auf die Zuständigkeit anderer Stellen jedoch mit einer noch höheren Intensität als in Heidenau oder Mügeln. Dabei ließ sich insbesondere bei der CDU kaum ein einheitliches Muster in der Argumentation erkennen, weil vor allem zwischen der lokalen bzw. kommunalen und der Landesebene starke Diskrepanzen bestanden. Dies wurde teilweise auch für die PDS so vorgefunden, außerdem hielt sie sich mit Kritik an der Regierung und CDU stark zurück. Im Vergleich zu den anderen beiden Fällen ist der Unterschied zwischen beiden Parteien in Hoyerswerda am geringsten einzustufen.

#### **4.4 Zusammenfassung der Ergebnisse und Zwischenfazit**

Nachdem in den letzten drei Kapiteln ausführlich auf die drei rechtsextremen Vorfälle in Heidenau, Mügeln und Hoyerswerda<sup>72</sup> eingegangen wurde, soll an dieser Stelle eine Zusammenfassung der Ergebnisse in Form eines Zwischenfazits erfolgen. Grundlage dessen werden die beiden ersten Hypothesen sein, welche auf inter- und innerparteiliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede abzielen. Im Folgenden werden die

72 Um die zeitliche Dimension stärker zu betonen als die räumliche Benennung, werden in diesem Kapitel die Vorfälle größtenteils anhand ihrer Jahreszahl benannt.

beiden Hypothesen also noch einmal visualisiert und anhand der Ausführungen aus 4.1 bis 4.3 erläutert. Im Gesamtfazit der Arbeit (Kapitel 5) werden diskursive Gelegenheitsstrukturen abgeleitet.

**Hypothese 1:** Die inhaltliche Ausführung der Phänomendimensionen unterscheidet sich *interparteilich* erheblich.

Um diese Hypothese zu untersuchen, wird ein Vergleich der Parteipositionen von CDU und LINKE notwendig. Dazu werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgestellt. Eine Gemeinsamkeit besteht in der Abgrenzung zu den Täter\*innen bzw. Taten durch beide Parteien. Dies scheint zwar grundsätzlich „logisch“ zu sein, werden jedoch einzelne Beiträge betrachtet, wird sichtbar, dass nicht alle Politiker\*innen das für notwendig halten. In der gemeinsamen Erklärung des Hoyerswerdaer Stadtrates z.B. – der wie bereits erwähnt Abgeordnete der CDU und der PDS umfasst – wird dies nicht getan. Implizit geschieht es zwar durch die Bezeichnung der Täter\*innen als „rechtsradikal“, jedoch wird sich nicht explizit distanziert oder gar für die Übergriffe entschuldigt, sondern lediglich der Imageschaden für die Stadt bedauert.<sup>73</sup> Eine weitere Gemeinsamkeit betrifft den jeweiligen Verantwortungsfokus beider Parteien. 1991 stand z.B. die DDR bei CDU und PDS auf der Liste von Verantwortlichen ganz oben. Ihr wurde eine große Mitschuld zugesprochen durch inadäquate Politik auf mehreren Ebenen. Die eigene Verantwortung konnte damit, zumindest teilweise, an die Vergangenheit abgegeben werden. 2007 war die ehemalige DDR-Sozialisation der sächsischen Bevölkerung kein Thema. In diesem Jahr lag das Hauptaugenmerk auf der Verantwortlichkeit der NPD. Auch dies mag nicht verwundern, saß die NPD zu diesem Zeitpunkt noch im Landtag und spielte somit im politischen Alltag eine ganz andere Rolle als 1991 – und auch 2015. In Heidenau manifestierte sich keine Gemeinsamkeit, einzig der

73 Allgemein bestechen alle drei gemeinsamen Erklärungen – 1991 in Hoyerswerda, 2007 in Mügeln und 2015 in Heidenau – durch ihre stark relativierenden Aussagen und ihren Hang zur Auslagerung der Verantwortung. Die Divergenz zwischen den Erklärungen und den anderen Politikebenen Sachsens fällt bei allen drei Fällen auf, insbesondere bei der PDS/LINKEN, partiell aber auch bei der CDU – vor allem im Fall Hoyerswerda.

Gedanke gegenseitiger Schuldzuweisungen weist Berührungspunkte auf: Sowohl die CDU als auch die LINKE versuchte die jeweils andere Partei als Schuldige zu etablieren. Die LINKE versuchte dies noch weit-  
aus deutlicher, für die CDU spielte daneben vor allem die (falsche) Bundespolitik – und auch die NPD als Verursacherin – eine Rolle.

Die Unterschiede zwischen den Parteien sind größer als die Berührungspunkte – das war auch ein Grund für die Auswahl der Untersuchungsobjekte. An dieser Stelle werden nicht die speziellen Unterschiede bei den einzelnen Fällen betrachtet (vgl. dazu Kapitel 4.1, 4.2, 4.3 und teilweise 5), sondern es steht der „rote Faden“ des jeweiligen Gesamtparteidiskurses im Mittelpunkt. Auf sprachlicher Ebene fällt auf, dass die LINKE/PDS eher vom „Rassismus“ der Täter\*innen spricht. Nach gängigen Einteilungen ist Rassismus ein Merkmal<sup>74</sup> des „Rechtsextremismus“ auf der Einstellungsebene (vgl. Salzborn 2015b: 21; Kapitel 2.2.1, S. 8). Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen forderte 2011 vom Bundesvorstand, dass der „Rechtsextremismus“-Begriff im gesamten Programm ersetzt werden sollte. Begründet wird dies folgendermaßen:

*„Aufgrund der bisherigen und gerade jetzt aktuellen Auseinandersetzungen halten wir die Verwendung des Begriffs ‚Rechtsextremismus‘ in unserem Programm für mehr als kontraproduktiv. Es sollten konkrete Begrifflichkeiten wie faschistisch, neofaschistisch, rassistisch, antisemitisch, ... verwendet werden. Und um die Gesamtheit der Übergänge in die Mitte der Gesellschaft betrachten zu können, bietet sich der Begriff ‚Extreme Rechte‘ an.“ (DIE LINKE. Sachsen Landesvorstand 2011)*

Diese Forderung spiegelt auch das Begriffsverständnis der LINKEN wider. Sie lassen sich damit in der Strömung verorten, welche die Nutzung des „(Rechts-)Extremismus“-Begriffes gänzlich kritisiert.

Die CDU nutzt bis auf wenige Ausnahmen den Begriff „Rechtsextremismus“, was auf den ersten Blick nicht auffällig ist. Vielmehr wird im Zuge der Debatte oft von „Angriffen auf den (Rechts-)Staat“ oder

74 Andere sind z.B. „Sexismus“ oder „Antisemitismus“ (vgl. Salzborn 2015b: 21; Stöss 2010: 21).

die Polizei durch Schläger\*innen oder Gewalttäter\*innen gesprochen. Es ist die Rede davon, dass die „Staatsfeinde“ die „Grundordnung verlassen“ hätten und die „staatliche Ordnung in Frage stellen“ würden. Ihre Einordnung als „rechtsextremes“ Phänomen erfolgt also auf Basis der Einstellung der Täter\*innen zum Verfassungsstaat. Die Einschätzung der CDU ähnelt damit der des Verfassungsschutzes bzw. der Definition des „politischen Extremismus“ (vgl. Kapitel 2.1.1). Zwar werden die Angriffe auf diverse Menschen (Polizei, Geflüchtete, Helfer\*innen) durchaus angesprochen, aber die staatliche Ebene spielt im CDU-Diskurs eine sehr große Rolle. Weiterhin fällt auf, dass oftmals nicht nur „Rechtsextremismus“ angesprochen wird, sondern „Extremismus“ allgemein, also von „rechts“ und von „links“. Allen drei Ereignissen liegt zugrunde, dass es eben keine Auseinandersetzung zwischen vermeintlich „rechten“ und „linken“ Personen war, sondern gezielte rechtsextreme Angriffe gemäß der Definition in dieser Arbeit. Der Verweis auf die gleichwertige Gefährlichkeit des „Linksextremismus“ orientiert sich demnach augenscheinlich am Extremismus-Modell, in dem dargestellt wird, dass beide „Extreme“ den Verfassungsstaat nicht anerkennen und diesen somit ggf. auch angreifen.

Eine weitere Auffälligkeit ist die Thematisierung der Bewohner\*innen Sachsens bzw. des jeweiligen Ortes. Diese werden von der CDU jeweils mehrheitlich als hilfsbereit und (welt-)offen (Heidenau), nicht kollektiv fremdenfeindlich (Mügeln) oder die Vorfälle ablehnend (Hoyerswerda) dargestellt. Diese eher positiven Konnotationen werden von der LINKEN/PDS so nicht getroffen. Die Einschätzung der CDU kann drei Erklärungen haben. Erstens könnte damit der Vorwurf zutreffen, die CDU sei „auf dem rechten Auge blind“. Dies würde dem Bild der „sächsischen Demokratie“ entsprechen, laut dem die Staatsregierung bzw. allgemein die CDU kritikunfähig sei, hegemonial konservativ herrschen und neonazistische Tendenzen unterschätzen würde (vgl. Kapitel 3.3). Oder – zweitens – die CDU möchte die Bevölkerung des Bundeslandes, in welchem sie regiert, nicht zu stark kritisieren, weil sie bei der nächsten Wahl erneut gewählt werden wollen. Drittens ist relativ simpel: Die CDU sieht die Bevölkerung Sachsens genau so. Welche Erklärung zutrifft, lässt sich

anhand des empirischen Materials – und, so kann relativ sicher behauptet werden, wahrscheinlich *jeglichen* Materials – nicht entscheiden. Die Gründe für die Nicht-Thematisierung der sächsischen Bevölkerung durch die LINKE/PDS sind aus den Dokumenten ebenso nicht herauszulesen und wären an dieser Stelle rein spekulativ.

Die Hypothese bestätigt sich auch nach der Betrachtung genereller Diskursmerkmale. Wie schon aus den Ausführungen der einzelnen Fälle ersichtlich wurde, bestehen deutliche Unterschiede im interparteilichen Diskurs zwischen CDU und PDS/LINKE. Beim Vergleich allgemeiner Charakteristika bestätigt sich diese Tendenz noch einmal deutlich.

**Hypothese 2:** Die jeweilige *innerparteiliche* inhaltliche Ausführung der Dimensionen der Phänomenstruktur Heidenaus ähnelt denen von Hoyerswerda und Mügeln.

Für die Beantwortung dieser Frage wird eine diachrone Auswertung der jeweiligen innerparteilichen Diskurse erfolgen, um eventuelle Veränderungen in den Diskursen der CDU und der LINKEN/PDS aufzuspüren. Um diese im Diskurs zu determinieren, wurden Auffälligkeiten bzw. „Ausreißer“ in den Argumentationslinien gesucht. Die gemeinsamen Pressemitteilungen der jeweiligen Stadträte werden an dieser Stelle weitgehend nicht beachtet, da sie sogar interparteilich übereinstimmen und aus dem Grund nicht dem jeweiligen – spezifischen – Parteiprofil entsprechen (vgl. S. 70, Fußnote 63). Zu Beginn wird der Diskurs der CDU diskutiert, im Anschluss die Positionen der LINKEN/PDS.

Von Seiten des CDU-Diskurses zeigt sich Hoyerswerda am auffälligsten. Sie grenzt sich im Vergleich zu 2007 und 2015 nicht zu anderen Parteien ab. Dies kann u.a. daran liegen, dass zu dem Zeitpunkt noch keine relevante „rechte“ Partei in Sachsen existierte.<sup>75</sup> Das Verhältnis zur PDS war eher angespannt, da „die 1989/90 aus Kreisen der Bürgerbewegung zur CDU gestoßenen ‚Erneuerer‘ [...] insbesondere grundsätzlich kritische Position gegenüber der PDS [bezogen]“ (Schmidt 1996: 16). Die Distanzierung erfolgte in den gesichteten Dokumenten zwar

75 Parteien wie die NPD (2004 bis 2013 im Landtag vertreten) oder DSU (nie im Landtag vertreten) konnten sich erst später landespolitisch etablieren.

nicht explizit, implizit aber durch die bereits erläuterte Vorgehensweise bezüglich des Dringlichen Antrages der PDS und dem daraufhin von der CDU eingebrachten Änderungsantrag (vgl. Kapitel 4.3). Auch der Fokus auf Jugendarbeit als Problemlösungsansatz fällt im Vergleich zu den anderen beiden Fällen auf. Wie bereits vorher erwähnt, ist dies jedoch erklärbar mit der generellen Diskursausrichtung der 1990er Jahre, nach der „Rechtsextremismus“ hauptsächlich als Jugendproblem gedeutet und somit gerade nicht als gesamtgesellschaftliches Thema gesehen wurde (vgl. S. 65, Fußnote 55). Die zwischen den einzelnen politischen Ebenen relativ offen ausgetragenen Diskrepanzen kamen 2007 und 2015 so auch nicht vor: Lokal- und Kommunalpolitiker schossen gegen die Landesregierung, die CDU-Fraktion forderte den Innenminister zum Handeln auf. Nach außen trat die CDU nicht unbedingt geschlossen auf. Zwar ist dies kein Einzelfall, wie ebenso am Beispiel der PDS sichtbar wurde, dennoch sind die Meinungsverschiedenheiten offensichtlich. Teilweise lag dies auch an der Umstrukturierungs- und Selbstfindungsphase der CDU nach der Wende. Insbesondere in Sachsen „[wurde] der innerparteiliche Streit [zwischen alten und neuen Führungskräften, Anm. d. Verf.] am heftigsten ausgefochten“ (Schmidt 1997: 113). Mit Biedenkopf als erstem Ministerpräsidenten setzte sich überwiegend die Gruppe der „Erneuerer“ gegenüber den „Blockflöten“<sup>76</sup> durch (vgl. Burger 2008).

2007 zeichnete sich dadurch aus, dass die Ausländerbeauftragte der CDU das Thema „Fremdenfeindlichkeit“ offen ansprach und als Problem benannte. Hauptsächlich weil dem so vehement von anderen Stellen (z.B. von Milbradt oder dem Stadtrat) widersprochen wurde, fällt ihre Einschätzung so stark auf.

Für 2015 konnten keine großen Auffälligkeiten festgestellt werden. Dies kann so interpretiert werden, dass im Diskurs um Heidenau vorwiegend innerparteiliche Einigkeit herrschte.

Ähnlichkeiten in der Argumentation der CDU zwischen den Fällen lassen sich auch finden. Eine Kongruenz zwischen den Ereignissen 2007 und 1991 ist die Kritik an den Medien, denen eine Teilschuld gegeben

76 Umgangssprachliche Bezeichnung für Blockparteien und deren Mitglieder in der DDR.

wurde. Zwar wurden sie nicht verantwortlich gemacht für die Übergriffe an sich, jedoch für den „Rufmord“ an Mügeln bzw. Hoyerswerda im Nachgang. Beispielhaft dafür ist Milbrachts Feststellung „es gab nämlich keine Hetzjagd in Mügeln sondern eine Hetzjagd auf Mügeln und die Mügelner“ (ntv.de 2007). 1991 und 2015 wurde sich klar und deutlich von der Bundespolitik abgegrenzt, indem vor allem die jeweils aktuelle Asylpolitik kritisiert wurde. Gleichzeitig wurde in beiden Fällen zumindest eine Teilverantwortung durch die CDU übernommen (1991: Rücktritt von Innenminister Krause, 2015: Herstellen von Transparenz und Beantworten von Fragen werden als Eigenaufgaben postuliert). Kontinuitäten im Diskurs der CDU 2007 und 2015 betreffen vor allem die Abgrenzung von der NPD und „linken“ Politiker\*innen bzw. direkt der Partei LINKE gegenüber. Auch die Tatsache, dass die NPD als Initialkraft gesehen wird, ist eine Gemeinsamkeit im Diskurs der beiden Vorfälle.

Während 1991 herausragt, festigt sich scheinbar die Diskurslinie bzw. die *story line* der CDU über die Jahre hinweg. Die Irregularität Hoyerswerdas kann mit der zeitlichen Nähe zur Wende erklärt werden. Dass Polizist\*innen aussagten, sie hätten nicht gewusst, „welche Rechte sie haben [...] und inwieweit sie sich bei Gewaltanwendung selber strafbar machen“ (Pollack 2005: 23 f.), ist kein Zufall, sondern u.a. einer Art rechtlichem (sowie politischem) „Vakuum“ in den ersten Nachwendejahren geschuldet. Nach der „Eingewöhnungsphase“ wurde der Partei(diskurs jedoch sicherer und kontinuierlicher.

Auch bei der LINKEN/PDS entstand um Hoyerswerda 1991 der auffälligste Diskurs. So erfolgt keine Abgrenzung von der CDU bzw. Staatsregierung bis auf eine polemische Bemerkung in einer Plenarsitzung, die aber durch die anschließende Würdigung der Arbeit der CDU abgeschwächt wurde. Allgemein zeigt sich die PDS in der Sitzung als sehr zugänglich und eher unkritisch – zumindest im Vergleich zu den folgenden beiden Fällen. Dies kann u.a. mit ihrer damaligen Außenseiterrolle sowie der obligatorischen „Selbstfindungsphase“ nach der Wende begründet werden: Erhielt sie zur Landtagswahl 1990 noch 10,2% der Stimmen, stieg ihr Anteil 1994 schon auf 16,5% und 1999 noch einmal auf 22,2% – seither ist die PDS/LINKE stärkste Oppositions-

partei. Außerdem hatte die Partei Anfang der 1990er Jahre noch stärker als die anderen ostdeutschen Parteien mit ihrer Umstrukturierung und Neuausrichtung zu tun, bedingt durch ihre (mehr oder minder) direkte SED-Nachfolge (vgl. Hüning und Neugebauer 1996: 74 ff.). Nicht nur ihre Haltung zur Regierung und Regierungspartei steht in starkem Kontrast zu Mügeln und Heidenau, wo sich sehr explizit von der Regierungs- bzw. CDU-Politik distanziert wurde: Nebenbei problematisierte zumindest der Kreisvorstand der PDS neben „Rechtsradikalismus“ das Thema „Linksradikalismus“ im Zusammenhang mit dem Pogrom in Hoyerswerda. Dies entspricht – auf die Ergebnisse dieser Arbeit bezogen – eher der Argumentationslinie der CDU als der PDS/LINKEN. Eine Begründung dafür konnte nicht gefunden werden, vor allem weil eben in den beiden anderen Fällen „linke“ Verantwortlichkeiten nicht thematisiert werden.

2007 in Mügeln wird die Arbeit der Polizei ausdrücklich gelobt, was gegenüber den anderen beiden Fällen eine Ausnahme ist. Allerdings muss dazu gesagt werden, dass die Polizei in Mügeln allgemein nicht so sehr in der Kritik stand wie in den anderen beiden Fällen – zumindest nicht während der Übergriffe, sondern erst in der Ermittlungsarbeit danach (vgl. Schellenberg 2014a: 46 ff.). Weitere Eigenheiten konnten für Mügeln nicht festgestellt werden.

2015 in Heidenau wird zumindest implizit die CDU bzw. Staatsregierung verantwortlich gemacht für die „sächsische Demokratie“ und somit auch für die Geschehnisse um die Notunterkunft herum. Im Gegensatz zu den anderen beiden Fällen, in denen lediglich die Reaktionen oder Arbeit der CDU im Nachgang kritisiert werden, ist dies ein Novum.

Neben den Auffälligkeiten der Fälle existieren teilweise verbindende Argumentationsmuster. 2007 und 2015 grenzen sich die PDS/LINKE stark von der CDU bzw. Staatsregierung ab und fordern von ihr mehr Problembewusstsein. Die Argumentation geht stark in die Richtung, dass die Existenz einer speziellen „sächsischen Demokratie“ angenommen wird (vgl. auch Kapitel 5). 1991 und 2015 postuliert die PDS/LINKE, dass die Asylpolitik geändert werden sollte. Diese

Gemeinsamkeit entspringt wohl am ehesten dem allgemeinen Rahmen des Vorfalls: Während es sich zwar 2007 ebenso um einen rechts-extremen Vorfall handelte, waren 1991 und 2015 jedoch eindeutig (vermeintlich) Asylsuchende Ziel der Angriffe. Die Opfer des Angriffs 2007 wurden eher aufgrund ihrer Herkunft – weil sie allgemein als „Ausländer\*innen“ galten (Schellenberg 2014a: 38 ff.) – als Ziel aus-erkoren. Außerdem verbindet ein ähnlicher zeithistorischer Kontext die Vorfälle in Hoyerswerda und Heidenau: In beiden Jahren bzw. schon den Vorjahren stiegen die Asylbewerber\*innenzahlen stark an (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2006, 2016), u.a. in-folge dessen kam es jeweils ebenso zu einem starken Anstieg rassisti-scher und rechtsextremer Taten (vgl. Bundesministerium des Innern 2016: 27; Stöss 2006: 287). Dass die Partei demzufolge auch die ihrer Meinung nach falsche Asylpolitik (der Bundesregierung) in den Fokus nimmt, ist also für sie eine logische Folge. 1991 und 2007 wird von „Rassismus“ als einem gesamtgesellschaftlichen Problem gesprochen, nicht jedoch 2015.

Die ähnlichen Forderungen 1991 und 2015 können vor allem durch den Kontext erklärt werden, sie schlagen sich jedoch nicht gleichzeitig in einem analogen Diskurs nieder. Im weiteren Verlauf lässt sich eine Angleichung der Diskursstrategien ausmachen. Insbesondere die starke Problematisierung der CDU- und Regierungspolitik wurde angespro-chen und wird Thema des nachfolgenden Kapitels sein.

Auch die zweite Hypothese kann, unter Berücksichtigung gewisser Abstriche, bestätigt werden. Die Abweichungen betreffen vor allem den Diskurs um Hoyerswerda und wurden unter Einbeziehung des zeitlichen Kontextes erklärt. Es ergibt sich aber für beide Parteien die Tendenz, dass der innerparteiliche Diskurs große Übereinstimmungen zeigt und sich dabei gleichzeitig deutlich vom Diskurs der jeweils anderen Partei unterscheidet. Beide Beobachtungen führen schließlich auch dahin, was bereits zu Beginn der Arbeit postuliert wurde: Die CDU und die PDS/ LINKE in Sachsen prägen gewisse diskursive Gelegenheitsstrukturen. De-ren Herleitung, Beschreibung und Interpretation wird Inhalt des letzten Kapitels und gleichzeitig das Fazit dieser Arbeit sein.

## 5. Fazit: Ableitung von Gelegenheitsstrukturen

In diesem Kapitel wird der Bogen geschlagen zwischen den Ergebnissen aus den Unterkapiteln zu Heidenau (4.1), Mügeln (4.2) und Hoyerswerda (4.3), dem Zwischenfazit (4.4), in welchem die ersten beiden Hypothesen ausgewertet wurden, sowie der Fragestellung dieser Arbeit. Aus der noch bestehenden Interpretationslücke kann die Existenz von diskursiven Gelegenheitsstrukturen abgeleitet werden, die in Sachsen u.a. durch den speziellen Diskurs der CDU sowie der PDS LINKEN im Zusammenhang mit rechtsextremen Vorfällen zustande kommen. Zu Beginn wird auch die dritte Hypothese noch einmal verdeutlicht und im Anschluss die jeweils spezifische Gelegenheitsstruktur der beiden Parteien mit Ursachen, Bedingungen sowie (möglichen) Auswirkungen erörtert.

**Hypothese 3:** Die Parteien CDU und LINKE sind für die Herausbildung unterschiedlicher diskursiver Gelegenheitsstrukturen in Sachsen verantwortlich.

Zunächst steht eine Gelegenheitsstruktur der CDU im Mittelpunkt:

Die CDU bestärkt mit ihrem Diskurs die Gelegenheitsstruktur, dass „rassistische“ und „fremdenfeindliche“ Tendenzen<sup>77</sup> in Sachsen nicht als gesamtgesellschaftliches Problem und Phänomen wahrgenommen werden.

Bedingt wird die Gelegenheitsstruktur zunächst dadurch, dass indirekt das Hufeisen- bzw. Extremismus-Modell als Grundlage ihrer Betrachtung der rechtsextremen Vorfälle dient und von Fall zu Fall stärker in den Vordergrund tritt. Ablesen lässt sich dies an den immer wieder auftauchenden Verweisen auf Angriffe auf den Verfassungsstaat, die demokratische Grundordnung oder das Auftreten sowohl von „Rechts-“ als auch „Linksextremismus“<sup>78</sup>. In diese Diskursstrategie der CDU passen auch

77 Im Sinne der Definitionen auf S. 8.

78 Feustel beleuchtet die problematische Erfassung von „PMK“-Straftaten insbesondere am Beispiel der Produktion einer „Gefahr von links“ (Feustel 2011).

explizite Bezeichnungen der Täter\*innen als Minderheit, welcher die Mehrheit der Bewohner\*innen Sachsens gegenübersteht, die solche Taten ablehnt und durch die CDU demzufolge positiv konnotiert wird. Auch dass den Opfern der Übergriffe jeweils eine gewisse Teilschuld zugeschrieben wird, sei es durch ihre Beteiligung an einer „normalen“ Auseinandersetzung (Müßeln), sei es durch „problematisches“ Verhalten (die Gastarbeiter\*innen durch ihr Verhalten speziell in Hoyerswerda, die Integrations(un)willigkeit Geflüchteter allgemein in Heidenau), ist Ausdruck der Negierung eines flächendeckenden „rassistischen“ oder „fremdenfeindlichen“ Problems in Sachsen. Die Verlagerung der Problematik nach außen, bspw. durch Verweise darauf, dass nicht nur Sachsen oder die jeweilige Stadt, sondern ganz Deutschland Schwierigkeiten mit „Rechtsextremismus“ hat und die Medien teilweise falsch berichten<sup>79</sup>, soll das Image aufbessern bzw. Schäden begrenzen oder abwenden.

Zunächst muss begründet werden, wieso die CDU überhaupt eine Rolle spielt bei der Herausbildung von Gelegenheitsstrukturen. Weil sie sowohl die größte Fraktion im Landtag stellt als auch Regierungspartei ist, kommt ihr in Sachsen (auf Landesebene) das größte politische Gewicht zu. Weiterhin können die Ergebnisse des Sachsen-Monitors als Begründung ihrer Relevanz herangezogen werden. Der Sachsen-Monitor ist eine im Koalitionsvertrag 2014 von CDU und SPD vereinbarte Erhebung zu demokratischen und politischen Einstellungen der sächsischen Bevölkerung. Darin zeigen sich 61% sehr oder eher zufrieden mit der Arbeit der Staatsregierung, 58% mit der des Ministerpräsidenten Tillich (vgl. dimap 2016: 22). 57% haben ein großes oder sehr großes Vertrauen in den jeweiligen Bürgermeister ihrer Stadt oder Gemeinde, nur 46% äußerten dieses Vertrauen auch in die Landesregierung und 43% in den Landtag (vgl. ebd.: 21). Die Zustimmungswerte mit der politischen Arbeit der CDU (und SPD als Koalitionspartner) sind also relativ hoch. Die Vertrauenswerte sinken, je höher die politische Ebene ist, dem

79 „Die Debatte über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wird weitgehend als Schuld- und Problemverlagerungsdebatte geführt, in der den Ortsansässigen und Ostdeutschen angeblich Vorurteile und Feindseligkeiten entgegenschlagen.“ (Schellenberg 2014a: 111)

EU-Parlament sprechen z.B. nur 19% ihr Vertrauen aus (vgl. ebd.). Auffällig ist, dass Parteien allgemein am wenigsten vertraut wird, lediglich 17% bewerten diese positiv (vgl. ebd.). Es kann davon ausgegangen werden, dass sich (politisch interessierte) Wähler\*innen der CDU zum Teil mit deren politischen Inhalten beschäftigen. Die hohen Zustimmungswerte lassen vermuten, dass sie mehr Wähler\*innen beeinflussen als z.B. die SPD oder Oppositionsparteien, also auch die LINKE.

Die CDU hat nicht Unrecht, auch andere – westdeutsche – Bundesländer haben Probleme mit „Rassismus“ oder „Fremdenfeindlichkeit“. Sachsen, insbesondere seit 2014, sticht jedoch in höherem Maße hervor. So widersprechen sogar Ergebnisse des Sachsen-Monitors der CDU-Einschätzung. Dazu ein paar Zahlen: 58% sind der Meinung, Deutschland sei durch Ausländer\*innen in einem hohen Maß überfremdet (vgl. ebd.: 29), sogar 69% denken, dass die meisten in Deutschland lebenden Muslime nicht die Werte akzeptieren (vgl. ebd.: 30) und 54% möchten keine Sinti und Roma in ihrer Wohngegend haben (vgl. ebd.). 14% fallen durch einen hohen Grad, immerhin noch 30% durch einen mittleren Grad der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF)<sup>80</sup> auf (vgl. ebd.: 32). Jeweils 62% sind der Meinung, eine starke Partei, welche „die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“, wäre wichtig für Deutschland und „in diesen Zeiten“ wäre generell eine „starke Hand“ vonnöten (vgl. ebd.: 33). Obwohl die drastischen Einstellungen nicht mehrheitlich ausgeprägt sind, fallen die hohen Zustimmungswerte zu Fremden- und Islamfeindlichkeit und die Annahme von Etabliertenvorrechten auf. Diese liegen jeweils über 50% und spiegeln somit – laut Umfrage – die Mehrheit der sächsischen Bevölkerung wider. Auch der Soziologe Pickel kommt durch den Vergleich mehrerer Studien zu ähnlichen Ergebnissen und merkt dazu an, dass Sachsen im Bundesvergleich jeweils leicht überdurchschnittliche Werte vertritt. Er kommt auch zu dem Schluss, dass „Extremist\*innen“ die sächsische Bevölkerung besonders gut

80 Elemente von GMF umfassen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Abwertung von homosexuellen, behinderten, obdachlosen und langzeitarbeitslosen Menschen und die Annahme von Etabliertenvorrechten (vgl. Küpper und Zick 2015).

mobilisieren könnten, was durch die Erfolge der Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (PEGIDA) noch verstärkt wurde. (Vgl. Pickel 2016)

Neben Studien und Umfragen können auch Wahlergebnisse z.B. rechtspopulistischer Parteien wie der AfD (vgl. Bebnowski 2015; Decker 2016; Oppelland 2016a) oder rechtsextremer Parteien wie der NPD (vgl. Oppelland 2016b) als Referenz zu politischen Einstellungen der sächsischen Bevölkerung herangezogen werden. Zur Landtagswahl 2014 verpasste die NPD mit 4,9% zwar knapp den Einzug, dafür konnte sich die AfD auf Anhieb mit 9,7% etablieren. Das allein stellt, vor allem im Vergleich zu ihren Wahlerfolgen in anderen Bundesländern insbesondere 2016<sup>81</sup>, noch keinen Grund zur Besorgnis dar. Ihre Umfragergebnisse stiegen jedoch seit der Landtagswahl deutlich an: Im November 2016 hätten sogar schon 25,0% der sächsischen Bevölkerung die AfD gewählt (vgl. mdr.de 2016b). Im bundesweiten Vergleich ist Sachsen diesbezüglich keine Ausnahme, die AfD befindet sich aktuell in fast allen Bundesländern und sogar auf Bundesebene in einem Umfragehoch (vgl. Infratest dimap 2017).

Udris merkte an, dass die Legitimität einer gesellschaftlichen und politischen Problematisierung Asylsuchender diskursive Gelegenheitsstrukturen für „extremistische“ oder „radikale“ Akteur\*innen schaffe, um gegen Asyl mobil zu machen und politische Forderungen zu stellen bzw. evtl. gar Gewalt anzuwenden (vgl. Udris 2011: 19). Ähnliche Aussagen lassen sich für die Problematisierung von „Rechtsextremismus“ sowie „rassistischen“ und „fremdenfeindlichen“ Tendenzen in einer Gesellschaft ableiten. Durch die Nutzung des Extremismus-Modells im Diskurs werden Anknüpfungspunkte geschaffen, „Rechtsextremismus“ erstens nicht als singuläres Problem wahrzunehmen, sondern nur als Teilproblem eines dualen „Extremismus“. Dabei steht an dieser Stelle nicht zur Debatte, inwiefern Bestrebungen von „links“ eine tatsächliche Gefährdung für den Staat darstellen. Die Problematik dieser Sichtweise

81 Die Ergebnisse der Landtagswahlen: In Sachsen-Anhalt 24,2%, Rheinland-Pfalz 12,6%, Baden-Württemberg 15,1%, Mecklenburg-Vorpommern 20,8% und Berlin 14,2%.

begründet sich außerdem zweitens darin, dass es jenseits von Beobachtungssubjekten des Verfassungsschutzes „rassistisches“ und „fremdenfeindliches“ Potential in der Gesellschaft gibt, welches für bestimmte Menschen – z.B. vermeintlich Geflüchtete, „Fremde“, „anders Aussehende“ oder „Linke“ – gefährlich werden kann. Neben der Auffassung der CDU und des LfV existieren andere Standpunkte, dass nicht Neonazis<sup>82</sup> „die soziale Bewegung von rechts [lenken]“ (Puls 2016: 113), sondern z.B. PEGIDA (und andere \*GIDAs) (vgl. ebd.). Auch sei nicht die NPD die treibende Kraft in „Anti-Asyl-Agitationen“, sondern die AfD verkörpert den „parlamentarische[n] Arm“ solcher Bewegungen (ebd.). Neonazis wird im Umfeld dieser Bewegungen „eine neue Bündnisfähigkeit zuteil“ (ebd.) – was wiederum dazu führen kann, dass sie den sogenannten „Raum des Sagbaren“ erweitern, wie es derzeit aber eben auch die AfD mit Erfolg tut (Begrich 2016). Korsch redet von der Erosion „[der] Grenzen extrem rechter Diskurse und solcher der Normalbevölkerung, die sich für Volk und Mitte halten“ (Korsch 2016: 61). In den 1990ern Jahren, aber auch vermehrt wieder seit 2014 existiert eine höhere Bereitschaft, nach den eigenen „rassistischen“ Einstellungen auch zu handeln – und solche Meinungen nicht einfach nur zu haben (vgl. Puls 2016: 105). Übergriffe wie in Wurzen, als Achtklässler\*innen andere Kinder mit Fluchterfahrung beleidigten, bespuckten und sogar verletzten (vgl. Zeit Online 2015b) oder ein Brandanschlag in Zwickau, begangen durch einen „bisher nicht strafrechtlich in Erscheinung getreten[en]“ Mann (mdr.de 2016a) sprechen für das große Gewaltpotential, was sich u.a. vor einem derart „entstellten“ bundesweiten Diskurs entfaltet, der „gegenwärtig legal zur (mindestens) agitatorischen Disposition antidemokratischer Bestrebungen steht“ (Korsch 2016: 57).

Es gibt viel Widerspruch von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur\*innen gegen solche diskursiven (und realen) Entwicklungen. Auch die sächsische CDU versucht, argumentativ den Raum für die AfD

82 „Neonazismus“ benennt manifeste „rechte“ Strukturen „und kann sowohl Kontinuitäten („Nazismus“) als auch Modernisierungstendenzen („Neo-“) bei Akteuren und organisierten Gruppen verdeutlichen.“ (Kausch 2010)

zu verkleinern.“<sup>83</sup> Wenn Ministerpräsident Tillich, kurz nachdem Kanzlerin Merkel den Islam als zu Deutschland gehörig bezeichnete, öffentlich erwidert dass „[d]as [...] aber nicht [bedeutet], dass der Islam zu Sachsen gehört“ (Zeit Online 2015a), setzt er ein klares (diskursives) Zeichen. Auch das Thema Patriotismus setzte die sächsische CDU bereits zum zweiten Mal auf die Agenda, wenn sie von einer Partei, die „rechts“ von ihr steht, bedroht wird. So geschehen 2005, nachdem die NPD in den Landtag eingezogen war (vgl. CDU Landesverband Sachsen 2005) – und erneut debattiert 2016 in einem gemeinsamen Papier zusammen mit der CSU (vgl. Rößler et al. 2016). Als „Kraftquellen“ werden „Patriotismus“, „Heimat“ und „Leitkultur“ angepriesen (ebd.).

Wie aus der Nachzeichnung der Diskurse um Hoyerswerda, Mügeln und Heidenau ersichtlich wurde, argumentierte die CDU immer wieder ähnlich. Rückhalt erhält sie dabei aus weiten Teilen der Bevölkerung, wie u.a. durch die Umfragewerte und Wahlergebnisse deutlich wurde. Die sächsische CDU befördert nicht „Rechtsextremismus“, wie immer wieder gern unterstellt wird. Sie befördert mit ihrem Diskursbeitrag in Sachsen jedoch auch nicht dessen Rückgang.

Die Gelegenheitsstruktur, welche durch die LINKE geschaffen wird, wird als letztes thematisiert:

Die LINKE Sachsen bestärkt mit ihrem Diskurs die Gelegenheitsstruktur um die Existenz einer „sächsischen Demokratie“.

Notwendig für die Konstruktion eines „sächsische Demokratie“-Diskurses ist dessen Durchsetzungsvermögen, das mittels bestimmter Diskursstrategien erreicht wird. Es werden also auf argumentativer, rhetorischer und praktischer Ebene (vgl. Keller 2011a: 68) diverse Methoden angewandt, die eine Diskursposition öffentlich stärker hervortreten lassen als andere. Dafür sind meistens nicht nur einzelne Akteur\*innen, sondern Akteur\*innenkonstellationen verantwortlich. Die LINKE ist eine solche Akteurin innerhalb einer größeren Gruppierung. Die Täter\*innen der rechtsextremen Vorfälle werden von ihr als rassistisch bezeichnet und

83 Die Bundes-CDU rückte in den Augen der Wahlberechtigten ungeachtet dessen eher nach „links“, die AfD hingegen mehr nach „rechts“ (vgl. Infratest dimap 2015).

damit stark verurteilt. Die Bevölkerung Sachsens bzw. des jeweiligen Ortes wird nicht thematisiert, und so auch nicht mehrheitlich als „rechts“ oder „rassistisch“ bzw. „fremdenfeindlich“ eingestuft und verurteilt, ebenso aber auch nicht positiv dargestellt, wie es die CDU macht. Die unter 3.3 herausgearbeiteten Kategorien der „sächsischen Demokratie“ bestätigen die LINKE/PDS in fast allen Bereichen. 1991 sind noch keine solchen Aussagen zu finden, wahrscheinlich bedingt durch die Außen-seiterrolle der PDS im Parlament (vgl. Kapitel 4.3 und 4.4). Aber über die Jahre tritt die Idee einer „sächsischen Demokratie“ stärker hervor: Die Partei spricht die Kriminalisierung „linker“ Initiativen bzw. „bürgerlicher“ Anstrengungen gegen Neonazismus (2015, 2007) an, das Unterschätzen neonazistischer Gruppen und/oder Aktivitäten (2015, 2007) und zumindest implizit die Kritik- und Debattenunfähigkeit (2015, 2007) sowie die Hegemonie konservativer Kräfte (2015). Auch die Einschränkung der Grundrechte (2015) wird erwähnt.

Trotz der im Sachsen-Monitor und in anderen Umfragen herausgestellten Politik- und Parteienverdrossenheit (vgl. dimap 2016: 19 ff.; Pickel 2016) kommt der LINKEN in Sachsen auf Parteiebene eine größere willensbildende Rolle zu als bspw. der SPD, die sich als Juniorpartnerin der CDU nicht selten unterordnen muss – und generell weniger Wähler\*innen in Sachsen hat (z.B. 12,4% für die SPD gegenüber 18,9% für die LINKE bei der Landtagswahl 2014). Dennoch kann die LINKE nicht allein erfolgreich ihre Diskursposition vertreten, ohne Kollaborationen einzugehen. Somit stützt sich die Argumentation der LINKEN auf Partner\*innen, insbesondere in der Zivilgesellschaft und den Medien, teilweise auch auf politischer und institutioneller Ebene, die ihre Meinung teilen. Auf die mediale Perspektive<sup>84</sup> wurde bereits im Kapitel 3.3 verwiesen. Institutionell kann die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen erwähnt werden, welche schon mehrere Tagungsbände herausgab, die sich unter verschiedenen Aspekten mit der „sächsischen Demokratie“ beschäftigten (2011; 2012). Kritik wird immer wieder

84 Fleischer kritisiert im bereits erwähnten Tagungsband der Heinrich-Böll-Stiftung die weitaus unkritischere Berichterstattung sächsischer Lokalpresse im direkten Vergleich mit überregionalen Zeitungen im Falle der „Handygate“-Affäre (vgl. Fleischer 2012).

auch von den sächsischen Vertreter\*innen der Grünen laut, exemplarisch sei auf zwei Beiträge zur eingangs erwähnten Debatte „Warum ist Sachsen so rechts?“ verwiesen: Der Fraktionsvorsitzende Zschocke ist der Meinung, dass „[d]ie CDU zu wenig gegen Rechtsextremismus [unternimmt]“ (Zschocke 2016), Landesvorstandssprecher Kasek sagt, dass es „Sachsen [...] an Demokratieverständnis [fehlt]“ (Kasek 2016). Sie führen ähnliche Argumente ins Feld wie die LINKEN (vgl. ebd.; Zschocke 2016). Und sogar der sächsische SPD-Chef und stellvertretende Ministerpräsident Dulig ließ 2016 verlauten, dass in den letzten 26 Jahren von Teilen der CDU „Rechtsextremismus und Rassismus ver-harmlost“ (vgl. Stern 2016) worden wäre. In der Zivilgesellschaft sind es insbesondere verschiedene „linke“ Gruppen, welche die „sächsische Demokratie“ auf unterschiedliche Art und Weise problematisieren und kritisieren: Die „Antifa Klein Paris“<sup>85</sup> steuerte einen Beitrag zu den „sächsischen Zuständen“ auf einem bundesweiten Antifa-Treffen bei. Sie thematisiert die Spitzenreiterposition Sachsens in allen Statistiken und gibt dem „gesellschaftlichen Klima“ schuld, in dem „PEGIDA nicht nur entstehen konnte, sondern auch hofiert wird“ und gar „ideologische Schützenhilfe [...] von der seit 25 Jahren regierenden sächsischen CDU, regionaler Presse sowie lokalen Eliten“ bekäme (Antifa Klein Paris 2016). Das Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“, Organisator verschiedenster Demonstrationen seit 2009, veröffentlichte 2016 einen Solidaritätsaufruf, mit welchem es verfolgte Antirassist\*innen unterstützen möchte. Darin werden die „Kriminalisierung antirassistischen Engagements, Relativierung rechter Gewalt und Ignoranz gegenüber Einstellungsmustern der Ungleichwertigkeit“ (Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ 2016) als typisch für Sachsen angeprangert. Es existieren noch viele andere Gruppierungen und Organisationen, welche ähnliche argumentieren. Durch die verschiedenen Meinungsträger\*innen erhält die Idee der „sächsischen Demokratie“ in der Öffentlichkeit die entsprechende Resonanz. Und selbst (öffentliche) Verweise, welche die negative Konnotation der „sächsischen Demokratie“ bestreiten,

85 „Klein Paris“ ist eine Bezeichnung für Leipzig.

können für den Erfolg eines bestimmten Diskurses sprechen (vgl. Nestler und Rohgalf 2014: 396).

Die Auswirkungen einer Gelegenheitsstruktur müssen sich nicht explizit auf den Diskurs der Partei beziehen. Das Vorhandensein einer „linken“ Partei in einem sonst politisch eher konservativ geprägten Bundesland<sup>86</sup> knüpft, wie bereits soeben verdeutlicht, Anschlusspunkte für die Ausprägung einer „linken“ Zivilgesellschaft. Dies geschieht natürlich reziprok. Die LINKE unterstützt immer wieder durch Anfragen (z.B. auch in Heidenau oder Hoyerswerda) oder andere Mittel parlamentarischer (Oppositions-)Arbeit (bspw. die Forderung, eine Sondersitzung in Heidenau einzuberufen) die Bestrebungen zivilgesellschaftlicher oder explizit „linker“ Projekte, in Sachsen gegen „Rechtsextremismus“ oder „Rassismus“ vorzugehen. Solche Mittel können dabei zwar eher als Ergebnis einer entsprechenden *political opportunity structure* aufgefasst werden. Hilfreich ist aber auch der Diskurs der LINKEN, innerhalb dessen sie sich sowohl auf parlamentarischer als auch öffentlicher Ebene immer wieder entsprechend positioniert. Gleichzeitig bewirkt die Rückendeckung durch eine „linke“ Zivilgesellschaft mehr Legitimität für eine „linke“ Partei (und Politik) – auch wenn sicher nicht alle Akteur\*innen, die sich in Projekten oder Gruppen außerparlamentarisch engagieren, die LINKE wählen oder auch nur gutheißen.

Mit ihrer permanenten öffentlichen Verurteilung insbesondere der CDU- bzw. Regierungspolitik und im weitesten Sinne des sächsischen Behörden- und Verwaltungsapparates trägt die LINKE dafür Sorge, dass die Idee einer „sächsischen Demokratie“ nicht aus dem Bewusstsein verschwindet. Neben der Tatsache, dass ihre Parteiangehörigen größtenteils wahrscheinlich tatsächlich nicht mit der Politik der sächsischen CDU und Staatsregierung einverstanden sind, bilden solche öffentlichen Thematisierungen und „Polemischerungen“ natürlich auch Potential für einen möglichen Zugewinn an Wähler\*innen, die mit der Politik der CDU

86 Bis 1999 hatte die CDU die absolute Mehrheit im Landtag. Seit 2004 liegen ihre Ergebnisse um die 40%, sie ist aber dennoch stärkste Kraft im Land. Abzuwarten bleibt die Koalitionsbildung zur Landtagswahl 2019, wenn die AfD tatsächlich zweitstärkste Kraft werden sollte. Einige CDU-Abgeordnete aus Sachsen haben die Möglichkeit einer Koalition mit der AfD nicht ausgeschlossen (vgl. Meisner 2016).

(und Staatsregierung) ebenso nicht einverstanden sind. Die Schärfung ihres Profils, bzw. die deutliche Abgrenzung von der Regierungspolitik soll sie als politische Alternative zur CDU präsentieren, die sich außerdem seit 2014 auch noch deutlich von der AfD abgrenzt.“

Im Mittelpunkt der Arbeit „Rechtsextremismus und Demokratie in Sachsen“ standen parteiliche Diskurse um drei als rechtsextrem eingestufte Vorfälle in Sachsen zwischen 1991 und 2015. Es wurde herausgearbeitet, dass sich die Parteien mit unterschiedlichen Diskursen voneinander abgrenzen und ihr eigenes Profil schärfen. Die CDU thematisiert den (politischen) „Extremismus“ in Verbindung mit dessen Bekämpfung durch einen starken Staat und grenzt sich von „linker“ Politik und (Zivil-) Gesellschaft ab. Alle drei Themenfelder stehen in direktem Zusammenhang mit der Gelegenheitsstruktur, dass „Rassismus“ nicht als gesamtgesellschaftliches Problem in Sachsen wahrgenommen wird, denn die Verlagerung der Problematik an die gesellschaftlichen Ränder mindert die politische und gesellschaftliche Wahrnehmung „rassistischer“ und „fremdenfeindlicher“ Meinungen in der Mehrheitsbevölkerung. Die LINKE hingegen lanciert die „sächsische Demokratie“ als spezifisch durch die CDU mit geschaffenes Problem, auf welches sie vermeintliche Lösungen vorweisen kann. An diese Gelegenheitsstruktur können andere politische und zivilgesellschaftliche Akteur\*innen anknüpfen, die damit wiederum einen Gegenpol zur Politik und Ausrichtung der CDU bilden. Auffällig am Vergleich der beiden Diskurse – und damit auch der diskursiven Gelegenheitsstrukturen – ist erstens, dass sie mitunter direkt, teilweise indirekt negativ aufeinander Bezug nehmen. Die Diskursakteur\*innen sind sich über die Existenz ihrer argumentativen Gegner\*innen im Klaren und stellen auch bewusst Bezüge her. Zweitens fallen sie durch ihre große Polarisierung auf. Akteur\*innen, die an die eine diskursive Struktur anknüpfen, werden das nicht parallel an der anderen tun, weil sie argumentativ und ideologisch zu weit voneinander entfernt sind. Anders gesagt: Menschen, die Sachsens Demokratie als speziell, eben als „sächsische Demokratie“ (im negativen Sinne) sehen, werden wahrscheinlich

87 Die AfD konnte 2014 etwa 15.000 Wähler\*innen der LINKEN für sich gewinnen (vgl. tagesschau.de o. J.).

nicht gleichzeitig der Aussage zustimmen, dass Sachsen kein Problem mit „Rassismus“, „Fremdenfeindlichkeit“ oder „Rechtsextremismus“ hat.

Im Zuge dieser Arbeit haben sich weitergehende Fragen ergeben, deren Erforschung sicherlich bedeutsame Ergebnisse hervorbringen würde. Bereits in Kapitel 3.3 wurde angedeutet, dass eine demokratietheoretische Einordnung der „sächsischen Demokratie“ im Sinne dieser Arbeit ein großes Forschungsdesiderat wäre. Weiterhin könnten die diskursiven Gelegenheitsstrukturen, die in dieser Arbeit in ihren Grundzügen herausgestellt wurden, tiefer gehend betrachtet werden, insbesondere auf ihre gegenseitigen Bezüge hin sowie die Eventualität betrachtend, dass sie sich gegenseitig bedingen und ohne einander gar nicht existieren könnten. Auch die Frage, ob sich die die momentan beobachtbare „Polarisierung“ der Gesellschaft (vgl. Decker et al. 2016: 8; Salzborn 2015a) in Sachsen deutlicher widerspiegelt als in anderen Bundesländern, könnte Forschungsthema sein. Und zuletzt scheint natürlich die empirische Betrachtung von „Rechtsextremismus“ eine nie versiegende Quelle sozial-, und vor allem auch politikwissenschaftlicher Forschung zu sein. Gerade die Betrachtung der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Lage, und dahingehend insbesondere der Diskurs über Geflüchtete, ist ein zentraler Fundort mit damit im Zusammenhang stehenden Themen und Interpretationen.

## Abkürzungsverzeichnis

AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AfD	Alternative für Deutschland
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFP	Deutsche Forumpartei
DOS	<i>discursive opportunity structures</i>
DSU	Deutsche Soziale Union
FDGO	Freiheitliche Demokratische Grundordnung
fdj	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
HBI	Heidenauer Bürgerinitiative
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
MdL	Mitglied des Landtages
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
POS	<i>political opportunity structures</i>

RAA	Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
WDA	Wissenssoziologische Diskursanalyse

## Literatur- und Quellenverzeichnis

- AG Feministisch Sprachhandeln (2014): *Was tun? Sprachhandeln – aber wie? W\_Ortungen statt Tatenlosigkeit!* Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.
- Agar, Volkan; Schulze, Tobias (2018): *Maaßen im Innenausschuss. Ein Video und viele Erklärungen.* Abgerufen am 13.09.2018 von <http://www.taz.de/!5535404/>.
- Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ (2016): *Solidaritätsaufruf: Kein Frieden mit sächsischen Verhältnissen. Solidarität mit allen verfolgten Antirassist\_innen.* Abgerufen am 02.02.2017 von <http://platznehmen.de/solidaritaetsaufruf-repression/>.
- Amnesty International (2016): *Leben in Unsicherheit: Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt.* London. Abgerufen am 15.09.2016 von <http://www.amnesty.de/downloads/amnestybericht-leben-unsicherheit-wie-deutschland-die-opfer-rassistischer-gewalt-im-stich>.
- Angermüller, Johannes; Nonhoff, Martin; Herschinger, Eva; et al. (Hrsg.) (2014): *Diskursforschung: Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 1. Theorien, Methoden und Kontroversen.* Bielefeld: Transcript.
- Antifa Klein Paris (2016): *Sächsische Zustände.* In: CEEIEH Nr. #231. Abgerufen am 02.02.2017 von <https://www.conne-island.de/nf/231/22.html>.
- Antifaschistisches Infoblatt (2011): *Fünf Tage im September 1991. Die rassistischen Pogrome in Hoyerswerda.* Abgerufen am 18.01.2017 von <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/f%c3%bcnf-tage-im-september-1991>.
- Backes, Uwe; Jesse, Eckhard (1996): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland.* 4. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Barber, Benjamin R. (1984): *Strong democracy: Participatory politics for*

- a new age. Berkeley: University of California Press.
- Bartsch, Michael (2016): *Sächsische Verhältnisse*. In: Das Parlament. Berlin. 66 (9), S. 3.
- Baumgarten, Britta; Ullrich, Peter (2012): *Discourse, power and governmentality: Social movement research with and beyond Foucault*. WZB Discussion Paper, Nr. SP IV 2012-401.
- Bebnowski, David (2015): *Die Alternative für Deutschland: Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen Partei*. Wiesbaden: Springer VS.
- Begrich, David (2015): *Wir sind das Pack: Von Hoyerswerda nach Heidenau*. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. S. 9–12.
- Braumann, Michael (2007): *Ködlitz: Nach Mügeln Konzepte statt Aktionismus nötig*. Pressemitteilung, 23.08.2007. Abgerufen am 25.01.2017 von <http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?section=directory&cmd=detail&id=20005>.
- Braumann, Michael (2015a): *46 Ermittlungsverfahren nach Ausschreitungen in Heidenau*. Pressemitteilung, 22.09.2015 12:10 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?newsid=3727&section=news&cmd=details>.
- Braumann, Michael (2015b): *Juliane Nagel heute in Heidenau: Solidarität mit Geflüchteten – schlimme Erinnerung an Rostock-Lichtenhagen wird wach*. Pressemitteilung, 22.08.2015. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?section=directory&cmd=detail&id=45405&lid=1&cid=16>.
- Braumann, Michael (2015c): *Linksfraktion beim Willkommensfest in Heidenau*. Pressemitteilung, 28.08.2015 17:38 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?newsid=3685&section=news&cmd=details>.
- Braumann, Michael (2015d): *Polizei-Notstand – ‚Freistaat Sachsen hat sich selbst abgeschafft‘*. Pressemitteilung, 28.08.2015 08:23 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?newsid=3683&section=news&cmd=details>.
- Braumann, Michael (2016): *Ein Jahr ‚Heidenau‘ – nicht vergessen, endliche Konsequenzen!*. Pressemitteilung, 17.08.2016 14:03 Uhr. Ab-

- gerufen am 21.01.2017 von <http://www.linksfraktionsachsen.de/index.php?newsid=4292&section=news&cmd=details>.
- Buchladen Georgi Dimitroff (o. J.): *Dokumentation: Der Nazi-Pogrom in Hoyerswerda von September 1991*. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://aaghoyerswerda.blogspot.de/images/hoyerswerdadokuvombuchladendimitroff.pdf>.
- Buchstein, Hubertus (2009): *Demokratietheorie in der Kontroverse*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2006): *Migration, Integration und Asyl in Zahlen*. Abgerufen am 06.02.2017 von <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/broschuere-statistik-2005.html>.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): *Asylgeschäftsstatistik 12/2015*. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Abgerufen am 16.01.2017 von <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/201506-statistik-anlage-asyl-geschaeftsbericht.html?nn=7952206>.
- Bundesamt für Verfassungsschutz (1999): *Entwicklungen im Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern*. Abgerufen am 22.09.2016 von [http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/nichtinListe/2001/Entwicklungen\\_im\\_Rechtsextremismus\\_in\\_Id\\_4762\\_de.pdf](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/nichtinListe/2001/Entwicklungen_im_Rechtsextremismus_in_Id_4762_de.pdf).
- Bundesministerium des Innern (2016): *Verfassungsschutzbericht 2015*. Abgerufen am 05.02.2017 von <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2015.pdf>.
- Burger, Reiner (2008): *Das Beispiel Tillich: Willkommen in Ostdeutschland*. Frankfurter Allgemeine Zeitung. 29.11.2008. Abgerufen am 06.02.2017 von [http://www.faz.net/aktuell/politik/wahljahr-2009/landtagswahl-sachsen/das-beispiel-tillich-willkommen-in-ostdeutschland-1730887.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/wahljahr-2009/landtagswahl-sachsen/das-beispiel-tillich-willkommen-in-ostdeutschland-1730887.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2).
- Butterwegge, Christoph; Meier, Lüder (2002): *Rechtsextremismus*. Freiburg: Herder.
- Butterwegge, Christoph (2010): *Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien Kritik. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen*

- Deliziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen.* In: Armin Pfahl-Traughber (Hrsg.): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010*, Brühl/Rheinland, S. 33–60.
- Campbell, David F. J.; Barth, Thorsten D. (2009): *Wie können Demokratie und Demokratiequalität gemessen werden? Modelle, Demokratie-Indices und Länderbeispiele im globalen Vergleich.* In: *SWS-Rundschau*. 49 (2), S. 209–233.
- Carstensen, Tanja (2002): *Opfer oder Gestalter? Technikinszenierungen gewerkschaftlicher Akteure.* In: *Kollektives Handeln: Politische Mobilisierung zwischen Struktur und Identität.* Beiträge der wissenschaftlichen Tagung der Promotionsstipendiatinnen und Promotionsstipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung vom 20. bis 23. Mai 2001 in Oer-Erkenschwick. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, S. 309–327.
- CDU Landesverband Sachsen (2005): *Deutscher Patriotismus in Europa.* Abgerufen am 02.02.2017 von [https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files101551/19\\_Landesparteitag/Patriotismus\\_Bei-trag\\_Matthias\\_Rler.pdf](https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files101551/19_Landesparteitag/Patriotismus_Bei-trag_Matthias_Rler.pdf).
- CDU-Stadtverband Heidenau (2015): *Gemeinsame Erklärung der Stadt-ratsfraktionen Heidenau.* Pressemitteilung, 30.08.2015. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.cdu-heidenau.de/archives/862>.
- Cremmer, Hendrik; Deutsches Institut für Menschenrechte (Hrsg.) (2013): *Die Asyldebatte in Deutschland. 20 Jahre nach dem ‚Asylkompromiss‘.* Berlin.
- Dahl, Robert Alan (1989): *Democracy and its critics.* New Haven, Connecticut: Yale University Press.
- Dahlkamp, Jürgen; Röbel, Sven; Smoltczyk, Alexander; et al. (2000): *Die traurigen Tage von Sebnitz.* *DER SPIEGEL*. 12.4.2000, S. 30–38. Abgerufen am 05.02.2017 von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-17976118.html>.
- Decker, Frank (2016): *Die ‚Alternative für Deutschland‘ aus der vergleichenden Sicht der Parteienforschung.* In: Häusler, Alexander (Hrsg.) *Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung.* Wiesbaden: Springer VS, S. 7–23.
- Decker, Markus (2015): *Präsident der Bundeszentrale für politische Bil-*

dung im Interview: Thomas Krüger fordert Solidarpakt III für Flüchtlinge. Mitteldeutsche Zeitung. Abgerufen am 27.09.2016 von <http://www.mz-web.de/politik/praesident-der-bundeszentrale-fuer-politische-bildung-im-interview-thomas-krueger-fordert-solidarpakt-iii-fuer-fluechtlinge-22766462>.

- Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Kiess, Johannes (Hrsg.) (2016): *Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland. Die Leipziger „Mitte“-Studie 2016*. 2. Auflage. Gießen: Psycho-sozial-Verlag.
- Dehling, Jochen; Schubert, Klaus (2011): *Anthony Downs: Ökonomische Theorie der Demokratie*. In: *Ökonomische Theorien der Politik*. Wiesbaden: Springer VS, S. 49–72.
- Der Spiegel (1991): ‚Lieber sterben als nach Sachsen‘. DER SPIEGEL. 40/1991, S. 30–38. Abgerufen am 28.01.2017 von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/ci-13492514.html>.
- Diamond, Larry Jay (1999): *Developing democracy: toward consolidation*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Diamond, Larry Jay (2001): *democracy, fat and thin*. In: Clarke, Paul A. B.; Foweraker, Joe (Hrsg.) *Encyclopedia of democratic thought*. London, New York: Routledge, S. 149–154.
- Diamond, Larry Jay; Morlino, Leonardo (2004): ‚An Overview‘. In: *Journal of Democracy*. 15 (4), S. 20–31.
- DIE LINKE. Sachsen (2015): ‚Beschämend und empörend, was sich in Heidenau abspielt‘. Pressemitteilung, 24.08.2015. Abgerufen am 21.01.2017 von <https://www.dielinke-sachsen.de/pressemitteilung/article/beschaemend-und-empoeerend-was-sich-in-heidenau-abspielt.pdf%26type%3D123>.
- DIE LINKE. Sachsen Landesvorstand (2011): *Programmdebatte – Positionierung des Landesvorstandes der LINKEN Sachsen und LAG Antifaschistische Politik Sachsen zum Ersten Programmentwurf DIE LINKE*. Abgerufen am 31.01.2017 von [https://download.die-linke.de/file-admin/download/programmdebatte/110325\\_sachsen\\_lag\\_antifaschist\\_politik.pdf](https://download.die-linke.de/file-admin/download/programmdebatte/110325_sachsen_lag_antifaschist_politik.pdf).
- dimap (2016): *Sachsen-Monitor 2016*. Bonn.

- Downs, Anthony (1957): *An economic theory of democracy*. New York: Harper.
- Eisinger, Peter K. (1973): *The Conditions of Protest Behavior in American Cities*. In: *The American Political Science Review*. 67 (1), S. 11–28.
- Ferree, Myra Marx; Gamson, William Anthony; Gerhards, Jürgen; et al. (2002): *Shaping Abortion Discourse: Democracy and the Public Sphere in Germany and the United States*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Feustel, Susanne (2011): *Tendenziell tendenziös: Die staatliche Erfassung politisch motivierter Kriminalität und die Produktion der ‚Gefahr von links‘*. In: *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hrsg.) *Ordnung.Macht.Extremismus*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 143–162.
- Fischer, Martin (2016): *Krach ums rechte Image und das Sachsen-Bashing*. Leipziger Volkszeitung. Abgerufen am 23.12.2016 von <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Krach-ums-rechte-Image-und-das-Sachsen-Bashing>.
- Fleischer, Anne (2012): *Was ist nur in Sachsen los? Kritische Anmerkungen zur sächsischen Berichterstattung*. In: *Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.) ‚Sachsens Demokratie?‘: Erweiterter Tagungsband*. Dresden, S. 89–96.
- Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) (2011): *Ordnung.Macht.Extremismus: Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells*. 1. Aufl. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fraenkel, Ernst (2011): *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Baden-Baden: Nomos.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung (2007): *Nach dem Gewaltexzess: Aktionsplan für Mügeln*. Frankfurter Allgemeine Zeitung. Abgerufen am 24.01.2017 von <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/nach-dem-gewaltexzess-aktionsplan-fuer-muegeln-1459761.html>.
- Freudenberger, Miriam (2013): *Bürgerdialoge in der Europäischen Union – der Weg in eine europäische Öffentlichkeit? Eine Untersuchung am Beispiel der Europäischen Bürgerkonferenz 2009*. Münster: Lit.
- Gathmann, Florian (2016): *Albakt-Suizid in Sachsen: Failed Freistaat*.

- SPIEGEL ONLINE. Abgerufen am 12.01.2017 von <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jaber-al-bakr-suizid-in-sachsen-failed-freistaat-kommentar-a-1116399.html>.
- Generalversammlung der Vereinten Nationen (1948): *Resolution der Generalversammlung 217 A (III). Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*. Paris.
- Gensing, Patrick (2013): *Die Sächsische Demokratie*. Publikative.org. Abgerufen am 15.09.2016 von <http://publikative.org/2013/02/13/die-sachsische-demokratie/>.
- Glaser, Barney G (1978): *Theoretical sensitivity*. Mill Valley: The Sociology Press.
- Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis*. Cambridge: Harvard University Press.
- Haug, Clemens (2016): *Dem Diskurs klare Grenzen setzen. Rechtsextremismusforscher David Begrich über Diskussionen mit der AfD*. Kreuzer online. Abgerufen am 02.02.2017 von <http://kreuzer-leipzig.de/2016/12/01/dem-diskurs-klare-grenzen-setzen/>.
- Herold, Jörg (2015): *Justizminister Gemkow: ‚Die Ausschreitungen in Heidenau sind unserer Heimat unwürdig.‘*. Pressemitteilung, 24.08.2015 13:24 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/199228>.
- Hoose, Christian (2015): *Tillich verurteilt Hass und Gewalt gegen Fremde*. Pressemitteilung, 01.09.2015 10:03 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <https://www.medien-service.sachsen.de/medien/news/199392>.
- Hüning, Hasko; Neugebauer, Gero (1996): *Die PDS*. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.) *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 67–85.
- Hüttmann, Jörn (2011): *Extreme Rechte - Tragweite einer Begriffsalternative*. In: *Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung* (Hrsg.) *Ordnung.Macht.Extremismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 327–346.
- Infratest dimap (2015): *AFD rückt nach rechts, CDU nach links: Die Positionierung der politischen Parteien im Links-Rechts-Kontinuum*. Infratest dimap. Abgerufen am 07.02.2017 von [125  
.....](http://www.infratest-</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

- dimap.de/uploads/media/LinksRechts\_Nov2015\_01.pdf.
- Infratest dimap (2017): *Sonntagsfrage (bundesweit) vom 02.02.2017*. Infratest dimap. Abgerufen am 07.02.2017 von <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/>.
- Initiative „Pogrom 91“ (2011): *Selbstverständnis der Initiative ‚Pogrom 91‘*. Abgerufen am 29.01.2017 von <http://pogrom91.tumblr.com/about>.
- Initiative „Pogrom 91“ (o. J.): *Webdokumentation*. Abgerufen am 08.02.2017 von [www.hoyerswerda-1991.de](http://www.hoyerswerda-1991.de).
- Jäger, Siegfried (1993): *BrandSätze: Rassismus im Alltag*. 3. Aufl. Duisburg: DISS.
- Jäger, Siegfried (2015): *Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung*. 7. Aufl. Münster: Unrast-Verlag.
- Jäger, Siegfried; Zimmermann, Jens; Diskurswerkstatt im DISS (Hrsg.) (2010): *Lexikon kritische Diskursanalyse. Eine Werkzeugkiste*. 1. Aufl. Münster: Unrast-Verlag.
- Jaschke, Hans-Gerd (1994): *Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Junge Freiheit (2015): *Sachsen: ‚Wir brauchen keine Nachhilfe‘*. Junge Freiheit. Abgerufen am 27.01.2017 von <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2015/wir-brauchen-keine-nachhilfe/>.
- Kailitz, Steffen (2004): *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland: Eine Einführung*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kasek, Jürgen (2016): *Sachsen fehlt es an Demokratieverständnis*. Causa Debattenportal. Abgerufen am 02.02.2017 von <https://causa.tagesspiegel.de/die-cdu-unternimmt-zu-wenig-gegen-rechtsextremismus.html>.
- Kausch, Stefan (2010): *Ordnung.Macht.Extremismus. – Eine Alternativlosigkeit?*. In: Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.) *Gibt es Extremismus? Extremismusansatz und Extremismusbegriff in der Auseinandersetzung mit Neonazismus und (anti-)demokratischen Einstellungen*. Dresden, S. 31–44.
- Kausch, Stefan; Wiedemann, Gregor (2011): *Zwischen ‚Neonazismus‘*

- und ‚Ideologien der Ungleichwertigkeit‘. *Alternative Problematisierungen in einem kommunalen Handlungskonzept für Vielfalt und Demokratie*. In: Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung, Leipzig (Hrsg.) *Ordnung.Macht.Extremismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 286–306.
- Keller, Reiner (2007): *Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissenschaftlichen Profilierung der Diskursforschung*. In: Forum Qualitative Sozialforschung. 8 (2).
- Keller, Reiner (2009): *Müll – Die gesellschaftliche Konstruktion des Wertvollen. Die öffentliche Diskussion über Abfall in Deutschland und Frankreich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, Reiner (2011a): *Diskursforschung: eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. 4. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.
- Keller, Reiner (2011b): *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms*. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Keller, Reiner; Truschkat, Inga (Hrsg.) (2013): *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse. Bd. 1: Interdisziplinäre Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kleffner, Heike (2016): *Flächenbrand. Rechte und rassistische Gewalt im ost- und westdeutschen Alltag*. In: Häusler, Alexander; Virchow, Fabian (Hrsg.) *Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste - Abstieg der Mitte - Ressentiments*. Hamburg: VSA Verlag, S. 115–121.
- Kleinert, Corinna; Rijke, Johann de (2001): *Rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen*. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.) *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167–198.
- Kliment, Tibor (1998): *Durch Dramatisierung zum Protest?*. In: *Paradigmen der Bewegungsforschung: Entstehung und Entwicklung von*

- neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 69–89.
- Kohl, Christiane (2012): ‚Sächsische Demokratie‘: Hart gegen die Gegner der Neonazis. Süddeutsche. 13.2.2012. Abgerufen am 15.09.2016 von <http://www.sueddeutsche.de/politik/saechsische-demokratie-hart-gegen-die-gegner-der-neonazis-1.1282478>.
- Kolb, Felix; Deutscher Naturschutzring e.V. – Kurs ZukunftsPiloten (Hrsg.) (2002): *Soziale Bewegungen und politischer Wandel*. Bonn.
- Koller, Christian (2006): Was ist eigentlich Rassismus?. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) Dossier: Rechtsextremismus. Bonn, S. 17–22.
- Koopmans, Ruud (1999): *Political. Opportunity. Structure. Some Splitting to Balance the Lumping*. In: Sociological Forum. 14 (1), S. 93–105.
- Koopmans, Ruud; Statham, Paul (1999): *Ethnic and Civic Conceptions of Nationhood and the Differential Success of the Extreme Right in Germany and Italy*. In: Giugni, Marco; McAdam, Doug; Tilly, Charles (Hrsg.) How social movements matter, S. 225–251.
- Korig, Peter (2016): Kein Sonderweg. Jungle World. Abgerufen am 22.12.2016 von <http://jungle-world.com/artikel/2016/10/53616.html>.
- Korsch, Felix (2016): *Einmal den Zirkel um Dresden schlagen. Pegida – Grundzüge und Abgründe einer Protestserie ohne Gleichen*. In: Häusler, Alexander; Virchow, Fabian (Hrsg.) Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste - Abstieg der Mitte - Ressentiments. Hamburg: VSA Verlag, S. 52–62.
- Kraske, Michael (2011): *Sächsische Zustände - Wie die Sächsische Demokratie den Nährboden für Nazis fruchtbar hält*. Chronik. LE. Abgerufen am 22.12.2016 von <https://www.chronikle.org/dossier/s%C3%A4chsische-zust%C3%A4nde-s%C3%A4chsische-demokratie-n%C3%A4hrboden-nazis-fruchtbar-h%C3%A4lt>.
- Kreller, Anika (2015): *Juliane Nagel: Ist diese Frau wirklich so gefährlich?*. Die Zeit. Abgerufen am 27.01.2017 von <http://www.zeit.de/2015/16/juliane-nagel-die-linke-leipzig/komplettansicht>.
- Kretschmer, Michael (2018): *Für eine demokratische Gesellschaft und*

- einen starken Staat. Regierungserklärung, 05.09.2018. Abgerufen am 11.09.2018 von <https://www.ministerpraesident.sachsen.de/regierungserklaerung-fur-eine-demokratische-gesellschaft-und-einen-starken-staat-7761.html>.
- Kulturbüro Sachsen e.V. (2015): *Sachsen rechts unten 2015*. Dresden.
- Kunze-Gubsch, Andreas (2015a): *CDU-Landtagsfraktion zu den aktuellen Herausforderungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik*. Pressemitteilung, 01.09.2015 15:19 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/aktuell/pressemitteilungen/meldung/cdu-landtagsfraktion-zu-den-aktuellen-herausforderungen-in-der-asyl-und-fluechtlingspolitik.html?cHash=2a21fea4b73be1fdd206d1ea2be0c2f2&L=0>.
- Kunze-Gubsch, Andreas (2015b): *Koalition will zur Sicherung von Flüchtlingsunterkünften wieder eine Wachpolizei einführen*. Pressemitteilung, 24.08.2015 18:10 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/aktuell/pressemitteilungen/meldung/koalition-will-zur-sicherung-von-fluechtlingsunterkuenften-wieder-eine-wachpolizei-einfuehren.html?cHash=70f597033175a335a78766afcb967a3e&L=0>.
- Kunze-Gubsch, Andreas (2015c): *Kupfer: ‚Wir brauchen einen realistischen Blick auf die Asyl- und Flüchtlingsituation‘*. Pressemitteilung, 01.09.2015, 12:12 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/aktuell/pressemitteilungen/meldung/kupfer-wir-brauchen-einen-realistischen-blick-auf-die-asyl-und-fluechtlingsituation.html>.
- Kupfer, Frank (2016): *Ich lasse mir Sachsen von niemandem schlechtreden!*. Causa Debattenportal. Abgerufen am 02.02.2017 von <https://causa.tagesspiegel.de/die-cdu-unternimmt-zu-wenig-gegen-rechts-extremismus.html>.
- Küpper, Beate; Zick, Andreas (2015): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*. Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen am 01.02.2017 von <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextrremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit>.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (o. J.): *Aufgaben, Zuständigkeit*.

- Abgerufen am 18.01.2017 von <http://www.lfv.sachsen.de/646.htm>.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.) (2009): *Sächsisches Handbuch zum Extremismus und zu sicherheitsgefährdenden Bestrebungen*. Abgerufen am 29.09.2016 von [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/extremismus-handbuch\\_2009.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/extremismus-handbuch_2009.pdf).
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen; Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.) (2007): *Verfassungsschutzbericht 2007*. Abgerufen am 18.01.2017 von [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VS-Bericht\\_\\_2007.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VS-Bericht__2007.pdf).
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen; Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.) (2016): *Verfassungsschutzbericht 2015*. Abgerufen am 18.01.2017 von [http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VS\\_B\\_2015\\_INTERNET\\_05\\_25.pdf](http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/VS_B_2015_INTERNET_05_25.pdf).
- Landwehr, Claudia (2016): *Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation. Theorien deliberativer Demokratie*. In: Lembcke, Oliver W.; Ritzki, Claudia; Schaal, Gary S. (Hrsg.) *Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 354–385.
- Lauen, Guido (2011): *Stadt und Kontrolle: Der Diskurs um Sicherheit und Sauberkeit in den Innenstädten*. Bielefeld: Transcript.
- Lauth, Hans-Joachim; Wagner, Christoph (2006): *Gegenstand, grundlegende Kategorien und Forschungsfragen der ‚Vergleichenden Regierungslehre‘*. In: Lauth, Hans-Joachim (Hrsg.) *Vergleichende Regierungslehre*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15–36.
- Leipziger Volkszeitung (2011): *Juristen des Bundestages stellen Ermittlungen nach Dresden-Demos infrage*. Leipziger Volkszeitung. Abgerufen am 23.12.2016 von <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Juristen-des-Bundestages-stellen-Ermittlungen-nach-Dresden-Demos-infrage>.
- Lembcke, Oliver W.; Ritzki, Claudia; Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2012): *Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Lembcke, Oliver W.; Ritzki, Claudia; Schaal, Gary S. (Hrsg.) (2016): *Empirische Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Limbach, Patrick (2011): *Demokratie ist kein formalistisches Gebilde:*

- chronik.LE im Interview mit I-IZ.de zum Demokratieverständnis in Sachsen. Chronik.LE. Abgerufen am 22.12.2016 von <https://www.chronikle.org/dossier/demokratie-kein-formalistisches-gebilde-chronikle-interview-i-izde-demokratieverst%C3%A4ndnis-sac>.
- Link, Jürgen (1983): *Was ist und was bringt Diskurstaktik*. In: *kulturRRevolution*. 2, S. 60–66.
- Link, Jürgen (2013): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird*. 5. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Lippmann, Valentin (2016): *Jahrestag der Ausschreitungen von Heidenau*. Pressemitteilung, 13.08.2016 08:55 Uhr. Abgerufen am 27.01.2017 von <http://valentinlippmann.de/beitrag/2214>.
- Lobe, Daniela (2015): *Flüchtlinge in Heidenau - Ausschreitungen an der Erstaufnahmeeinrichtung*. Pressemitteilung, 25.08.2015. Abgerufen am 26.01.2017 von <http://www.dielinke-soe.de/partei/ortsverbande/pirna/einzelansicht/article/pressemitteilung-der-stadtratsfraktion-linkegruene-heidenau.pdf%26type%3D123>.
- Machowecz, Martin (2011): *Dresdner Anti-Neonazi-Demo: ‚Man gerät leicht in Verdacht‘*. Die Zeit. Abgerufen am 15.09.2016 von <http://www.zeit.de/2011/38/S-Saechsische-Demokratie/komplettansicht>.
- Matussek, Matthias (1991): *Jagdzeit in Sachsen*. DER SPIEGEL. 40/1991, S. 41–51. Abgerufen am 18.01.2017 von <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13492516.html>.
- McAdam, Doug; McCarthy, John D.; Zald, Mayer (Hrsg.) (1996): *Comparative perspectives on social movements: political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings*. New York: Cambridge University Press.
- McCammom, Holly J.; Newman, Harmony D.; Muse, Courtney Sanders; et al. (2007): *Movement Framing and Discursive Opportunity Structures: The Political Successes of the U.S. Women’s Jury Movements*. In: *American Sociological Review*. 72 (5), S. 725–749.
- mdr.de (2016a): *Brandanschlag auf Asylheim in Zwickau aufgeklärt*. MDR Sachsen. Abgerufen am 02.02.2017 von <http://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/brandanschlag-auf-asylbewerberheim-zwickau-aufgeklaert-100.html>.

- mdr.de (2016b): *Sachsentrend: Keine Mehrheit für Schwarz-Rot - AfD bei 25 Prozent*. MDR Sachsen. Abgerufen am 07.02.2017 von <http://www.mdr.de/sachsen/mdr-umfrage-trend-parteien-100.html>.
- mdr.de (2018): *Ausschreitungen von Chemnitz - Was bisher geschah*. MDR Sachsen. Abgerufen am 13.09.2018 von <https://www.mdr.de/sachsen/chemnitz/chemnitz-stollberg/chemnitz-ausschreitungen-chronologie-demonstrationen-100.html>.
- Mehrer, Anne; Dölemeyer, Anne (2011): *Einleitung: Ordnung.Macht. Extremismus*. In: *Rechtsextremismusforschung*, Forum für kritische (Hrsg.) *Ordnung.Macht.Extremismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–32.
- Meisner, Matthias (2016): *Zwischen Kudla-Tweet und Bundestagswahl. Wo sich Sachsen-CDU und AfD treffen*. Der Tagesspiegel. Abgerufen am 02.02.2017 von <http://www.tagesspiegel.de/politik/zwischen-kudla-tweet-und-bundestagswahl-wo-sich-sachsen-cdu-und-afd-treffen/14600204.html>.
- Mitteldeutscher Rundfunk (2015): *Kontrollbereich um Heidenauer Flüchtlingsunterkunft*. MDR Sachsen. Abgerufen am 18.01.2017 von <http://www.mdr.de/sachsen/dresden/kontrollbereich-heidenau100.html>.
- Möcklin, Emanuel (1997): *Demokratiethorie. Eine vergleichende Analyse verschiedener Demokratiethorien*. Abgerufen am 23.11.2016 von [http://socio.ch/demo/t\\_emoeck1.htm](http://socio.ch/demo/t_emoeck1.htm).
- Mut gegen rechte Gewalt (2017): *Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle*. Mut gegen rechte Gewalt. Abgerufen am 16.01.2017 von [https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field\\_date\\_value%5bvalue%5d%5byear%5d=2015](https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle?field_date_value%5bvalue%5d%5byear%5d=2015).
- Nagel, Juliane (2016): *Sachsen hat ein akutes Problem mit Rassismus*. Causa Debattenportal. Abgerufen am 02.02.2017 von <https://causa.tagesspiegel.de/die-cdu-unternimmt-zu-wenig-gegen-rechtsextremismus.html>.
- Nestler, Christian; Rohgalf, Jan (2014): *Eine deutsche Angst - Erfolgreiche Parteien rechts von der Union. Zur AfD und den gegenwärtigen Gelegenheitsstrukturen des Parteienwettbewerbs*. In: *Zeitschrift für Politik*.

- Jg. 61 (H. 4), S. 389–413.
- Neu, Viola; Pokarny, Sabine (2015): *Ist ‚die Mitte‘ (rechts)- extremistisch?*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Rechts in der Mitte?*, S. 3–8.
- Neugebauer, Gero (2006): *Die PDS in Sachsen*. In: Demuth, Christian; Lempp, Jakob (Hrsg.) *Parteien in Sachsen*. Berlin: Be.bra wissenschaft verlag, S. 121–144.
- Niedermayer, Oskar (2016): *Die Rolle und Funktionen von Parteien in der deutschen Demokratie*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Dossier: Parteien in Deutschland*. Bonn, S. 41–44.
- Nimz, Ulrike (2015a): *Heidenau: Brauner Schatten*. Süddeutsche. Abgerufen am 18.01.2017 von <http://www.sueddeutsche.de/politik/heidenau-brauner-schatten-1.2618491>.
- Nimz, Ulrike (2015b): *Umgang mit Pegida: Der sächsische Irrweg*. Süddeutsche. Abgerufen am 15.09.2016 von <http://www.sueddeutsche.de/politik/umgang-mit-pegida-der-saechsische-irrweg-1.2322946>.
- Nonhoff, Martin; Herschinger, Eva; Angermüller, Johannes; et al. (Hrsg.) (2014): *Diskursforschung: Ein interdisziplinäres Handbuch, Band 2. Methoden und Analysepraxis, Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse*. Bielefeld: Transcript.
- ntv.de (2007): *Milbradt hat’s sofort gesehen: ‚Hetzjagd auf Mügeln‘*. n-tv.de. Abgerufen am 01.02.2017 von <http://www.n-tv.de/politik/-Hetzjagd-auf-Muegeln-article232476.html>.
- O’Donnell, Guillermo A. (2004): *Why the Rule of Law Matters*. In: *Journal of Democracy*. 15 (4), S. 32–46.
- Oppelland, Torsten (2016a): *Alternative für Deutschland*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Dossier: Parteien in Deutschland*. Bonn, S. 172–180.
- Oppelland, Torsten (2016b): *Nationaldemokratische Partei Deutschlands*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Dossier: Parteien in Deutschland*. Bonn, S. 221–229.
- Oppelland, Torsten; Träger, Hendrik (2014): *Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei*. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos.
- Peter, Tobias (2012): *Hegemonie und sächsische Demokratie. Diskursive*

- Strategien der Schulpolitik*. In: Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.) „Sachsens Demokratie?“. Erweiterter Tagungsband. Dresden, S. 113–120.
- Pickel, Gert (2016): *Eine sächsische politische Kultur des Extremismus? Politische Einstellungen in Sachsen im Bundesländervergleich und ihre politikwissenschaftliche Einordnung*. In: Decker, Oliver; Pickel, Gert (Hrsg.) *Extremismus in Sachsen: Eine kritische Bestandsaufnahme*. 1. Aufl. Leipzig: Edition Leipzig, S. 16–26.
- Pollack, Detlef (2005): *Die ausländerfeindlichen Ausschreitungen im September 1991 in Hoyerswerda*. In: Berliner Debatte Initial. 3, S. 15–32.
- Powell, G. Bingham (2004): *The Chain of Responsiveness*. In: *Journal of Democracy*. 15 (4), S. 91–105.
- Prenzel, Thomas (2012): *Rostock-Lichtenhagen im Kontext der Debatte um die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl*. In: Prenzel, Thomas (Hrsg.) *20 Jahre Rostock-Lichtenhagen: Kontext, Dimensionen und Folgen der rassistischen Gewalt*. Rostock, S. 9–30.
- Puls, Hendrik (2016): *Die Anti-Asyl-Agitation des Neonazi-Spektrums: NPD, ‚Die Rechte‘ und ‚Der III. Weg‘*. In: Häusler, Alexander; Virchow, Fabian (Hrsg.) *Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste - Abstieg der Mitte - Ressentiments*. Hamburg: VSA Verlag, S. 105–114.
- RAA Sachsen e.V. (2007): *Halbjahresstatistik für Sachsen 2007*. Abgerufen am 19.01.2017 von <https://raa-sachsen.de/index.php/statistik-detail/halbjahresstatistik-fuer-sachsen-2007.html>.
- RAA Sachsen e.V. (2008): *Östliche Bundesländer 2007*. Abgerufen am 18.01.2017 von <https://raa-sachsen.de/index.php/statistik-detail/oestliche-bundeslaender-2007.html>.
- RAA Sachsen e.V. (2015): *Rechte und rassistische Gewalt in Sachsen 2014*. Abgerufen am 16.01.2017 von <https://raa-sachsen.de/index.php/statistik-detail/jahresstatistik-2014.html>.
- RAA Sachsen e.V. (2016): *Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt in Sachsen 2015*. Abgerufen am 16.01.2017 von <https://raa-sachsen.de/index.php/statistik-detail/rechtsmotivierte-und-rassistische-gewalt-in-sachsen-2015.html>.

- Roller, Edeltraud (2016): *Konzeptualisierung von Demokratie. Robert Dahl, Larry Diamond und gängige Demokratiemessungen*. In: Lembcke, Oliver W.; Ritz, Claudia; Schaal, Gary S. (Hrsg.) *Empirische Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 337–364.
- Rößler, Matthias; Kretschmer, Michael; Singhammer, Johannes; et al. (2016): *Aufruf zu einer Leit- und Rahmenkultur*. Abgerufen am 02.02.2017 von <https://www.epenportal.de/filemanager/storage/dokumente-23802/aufruf-zu-einer-leit--und-rahmenkultur-30.09.2016.pdf>.
- Rucht, Dieter (1998): *Komplexe Phänomene - komplexe Erklärungen*. In: Hellmann, Kai-Uwe; Koopmans, Ruud (Hrsg.) *Paradigmen der Bewegungsforschung: Entstehung und Entwicklung von Neuen sozialen Bewegungen und Rechtsextremismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 109–127.
- Rudolph, Florian (2015): *An der Grenze des Ertragbaren*. Interview mit Jürgen Opitz. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.swr.de/swrinfo/interview-mit-heidenaus-buergermeister-an-der-grenze-des-ertragbaren/-/id=7612/did=16041734/nid=7612/w10zqf/index.html>.
- Rueschemeyer, Dietrich (2004): *Addressing Inequality*. In: *Journal of Democracy*. 15 (4), S. 76–90.
- Rugenstein, Jonas (2010): *Gelegenheit macht Protestierende*. Abgerufen am 01.11.2016 von <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/gelegenheit-macht-protestierende>.
- Saage, Richard (2005): *Demokratietheorien. Historischer Prozess – theoretische Entwicklung – soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sächsische Staatskanzlei (2015): *Asylbewerber und Flüchtlinge im Freistaat Sachsen. Fakten und Hintergrundinformationen*. Abgerufen am 03.02.2017 von [https://www.sachsen.de/assets/Asylbewerber\\_und\\_Fluechtlinge\\_im\\_Freistaat\\_Sachsen\\_Stand\\_August\\_2015\\_2.pdf](https://www.sachsen.de/assets/Asylbewerber_und_Fluechtlinge_im_Freistaat_Sachsen_Stand_August_2015_2.pdf).
- Sächsische Zeitung (2016): *Linke distanzieren sich von Demo*. SZ-Online. Abgerufen am 27.01.2017 von <http://www.sz-online.de/nachrichten/linke-distanzieren-sich-von-demo-3478785.html>.

- Sächsischer Landtag (1991a): *Plenarprotokoll 1/28 vom 20.09.1991*. Dresden.
- Sächsischer Landtag (1991b): *Plenarprotokoll 1/30 vom 25.10.1991*. Dresden.
- Sächsischer Landtag (2007): *Plenarprotokoll 4/94 vom 03.09.2007*. Dresden.
- Sächsischer Landtag (2015): *Plenarprotokoll 6/18 vom 01.09.2015*. Dresden.
- Salzborn, Samuel (2015a): *Rassistische Krawalle: Weder spontan, noch unorganisiert*. Publikative. Abgerufen am 08.02.2017 von <https://publikative.org/2015/09/01/rassistische-krawalle-weder-spontan-noch-unorganisiert/>.
- Salzborn, Samuel (2015b): *Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Erklärungsansätze*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Sartori, Giovanni (2006): *Demokratietheorie*. 3. Aufl. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Schaal, Gary S.; Teßmer, Harald G. (2016): *Oligarchie als bessere Demokratie. Theorien der Elitendemokratie*. In: Lembcke, Oliver W.; Ritz, Claudia; Schaal, Gary S. (Hrsg.) *Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 445–472.
- Schellenberg, Britta (2014a): *Die Rechtsextremismus-Debatte Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schellenberg, Britta; Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.) (2014b): *Mügeln - Die Entwicklung rassistischer Hegemonien und die Ausbreitung der Neonazis*. Dresden: Schirmer, Stefan (2015): *Sachsen: Dann geht doch!*. Die Zeit. Abgerufen am 23.12.2016 von <http://www.zeit.de/2015/34/sachsen-austritt-bundesrepublik-rechtsextremismus-pegida?print>.
- Schmidt, Daniel; Pates, Rebecca; Karawanskij, Susanna (2011): *Verwaltung politischer Devianz. Das Problem des Wissens*. In: Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.) *Ordnung.Macht. Extremismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 191–211.
- Schmidt, Manfred G. (2010): *Demokratietheorien: Eine Einführung*. 5.

- Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Ute (1996): *Die CDU*. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.) *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–39.
- Schmidt, Ute (1997): *Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994*. In: *German Studies Review*. 20 (1), S. 105–137.
- Schmiedl-Knittel, Ina (2013): *Satanismus und rituelle Gewalt: Wissenssoziologische Analyse eines okkulten Gefahrendiskurses*. In: Keller, Reiner; Truschkat, Inga (Hrsg.) *Methodologie und Praxis der Wissenssoziologischen Diskursanalyse*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163–186.
- Schmitter, Philippe C. (2004): *The Ambiguous Virtues of Accountability*. In: *Journal of Democracy*. 15 (4), S. 47–60.
- Schumpeter, Joseph A. (2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*. 8. Aufl. Stuttgart: UTB.
- Snow, David A.; Rochford, E. Burke; Worden, Steven K.; et al. (1986): *Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation*. In: *American Sociological Review*. 51 (4), S. 464–481.
- Staud, Toralf; Radke, Johannes; Kleffner, Heike (2006): *Glossar*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Dossier: Rechtsextremismus*. Bonn, S. 1822–1873.
- Stern (2016): *„Inakzeptable Laisser-faire-Haltung“: Regierungsvize Duldig sieht Führungsprobleme in Sachsen*. stern.de. Abgerufen am 07.02.2017 von <http://www.stern.de/7109840.html>.
- Stöss, Richard (1996): *Rechtsextremismus*. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.) *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 193–214.
- Stöss, Richard (2006): *Geschichte des Rechtsextremismus*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) *Dossier: Rechtsextremismus*. Bonn, S. 285–287.
- Stöss, Richard (2010): *Rechtsextremismus im Wandel*. 3. Aufl. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Strauss, Anselm L.; Corbin, Juliet (1996): *Grounded Theory: Grundlagen qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Psychologie Verlags Union.

- Strübing, Jörg (2004): *Grounded Theory: Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- tagesschau.de (o. J.): *Landtagswahl Sachsen 2014: Analysen Wählerwanderung*. tagesschau.de. Abgerufen am 01.02.2017 von <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2014-08-31-LT-DE-SN/analyse-wanderung.shtml>.
- Thurich, Eckart (2011): *Pocket Politik: Demokratie in Deutschland*. 4. Aufl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Udris, Linards (2011): *Politischer Extremismus und Radikalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ullrich, Peter (2005): *Diskursanalyse im internationalen Kulturvergleich*. In: Ullrich, Peter; Kachel, Thomas (Hrsg.) *EUropa - transnationale Normierung und nationales Beharren: Drittes DoktorandInnenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung*. Berlin: Dietz (Manuskripte), S. 146–167.
- Ullrich, Peter (2008): *Die Linke, Israel und Palästina: Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland*. Berlin: Dietz (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung).
- Ullrich, Peter (2012): *Gesundheitsdiskurse und Sozialkritik – Videoüberwachung von Demonstrationen. Zwei Studien zur gegenwärtigen Regierung von sozialen Bewegungen und Protest*. München: Deutsches Jugendinstitut.
- Wagner, Bernd (2001): *Rechtsextremismus und Jugend*. In: Schubarth, Wilfried; Stöss, Richard (Hrsg.) *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 155–166.
- Weber, Florian (2016): *Selbstbestimmung durch Teilhabe*. In: Lembcke, Oliver W.; Ritzki, Claudia; Schaal, Gary S. (Hrsg.) *Normative Demokratietheorien*. Wiesbaden: Springer VS, S. 223–254.
- Weiland, Severin (2007): *Hetzjagd auf Ausländer: ‚Viele im Osten sind durch dumpfe Parolen mobilisierbar‘*. SPIEGEL ONLINE. Abgerufen am 24.01.2017 von <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hetz->

- jagd-auf-auslaender-viele-im-osten-sind-durch-dumpfe-parolen-mobilisierbar-a-501005.html. Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen e.V. (Hrsg.) (2012): *Sachsens Demokratie?: Erweiterter Tagungsband*. Dresden.
- Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen; Kulturbüro Sachsen e.V.; Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung, Leipzig (Hrsg.) (2011): *Ordnung und Unordnung (in) der Demokratie: Erweiterter Tagungsband*. Dresden.
- Wendler, Simone (2006): *Wir waren darauf nicht vorbereitet*. Lausitzer Rundschau. Abgerufen am 26.01.2017 von <http://www.lr-online.de/nachrichten/Tagesthemen-Wir-waren-darauf-nicht-vorbereitet;art1065,1374186>.
- Wippermann, Wolfgang (1999): *Verfassungsschutz und Extremismusforschung: Falsche Perspektiven*. In: Mecklenburg, Jens (Hrsg.) Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft. Berlin: Elefanten Press, S. 268–280.
- Wippermann, Wolfgang; Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.) (2010): *Politologentrug. Ideologiekritik der Extremismus-Legende*. Standpunkte, S. 1–7.
- Wittrock, Philipp (2007): *Eskalation auf Dorffest: Rasender Mob jagt Inder – Mügeln unter Schock*. SPIEGEL ONLINE. Abgerufen am 20.01.2017 von <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eskalation-auf-dorffest-rasender-mob-jagt-inder-muegeln-unter-schock-a-500884.html>.
- Wonka, Dieter (2015): *„Soli“ für Flüchtlingsarbeit – Biedenkopf: Ostdeutsche weitgehend immun gegen Rechtsradikalismus*. LVZ online. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Biedenkopf-Ostdeutsche-weitgehend-immun-gegen-Rechtsradikalismus>.
- Wowtscherk, Christoph (2014): *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?: Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Zeit Online (2015a): *Pegida: Für Tillich gehört der Islam nicht zu Sachsen*.

- Die Zeit. Abgerufen am 02.02.2017 von <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-01/pegida-islam-tillich-steinmeier>.
- Zeit Online (2015b): *Sachsen: Flüchtlinge von deutschen Mitschülern attackiert*. Die Zeit. Abgerufen am 02.02.2017 von <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2015-12/sachsen-wurzen-fluechtlinge-angriff>.
- Ziehm, Pascal (2015): *Hartmann: ‚Neue Qualität erreicht: Rechte Gewalttäter von Heidenau müssen ganze Härte des Rechtsstaates zu spüren bekommen‘*. Pressemitteilung, 23.08.2015 12:20 Uhr. Abgerufen am 21.01.2017 von <http://www.cdu-fraktion-sachsen.de/aktuell/pressemitteilungen/meldung/hartmann-neue-qualitaet-erreicht-rechte-gewalttaeter-von-heidenau-muessen-ganze-haerte-des-rechts.html>.
- Zschocke, Volkmar (2016): *Die CDU unternimmt zu wenig gegen Rechts-extremismus*. Causa Debattenportal. Abgerufen am 02.02.2017 von <https://causa.tagesspiegel.de/die-cdu-unternimmt-zu-wenig-gegen-rechtsextremismus.html>.

Die vorliegende Masterarbeit betrachtet Diskursstrategien und Argumentationsmuster der Parteien CDU und LINKE rund um rechtsextreme Vorfälle in Sachsen anhand von Fallbeispielen in Heidenau (2015), Mügeln (2007) und Hoyerswerda (1991). Mittels der Wissenssoziologischen Diskursanalyse nach Keller wurde für alle drei Fälle eine Phänomenstruktur erarbeitet, mit welcher die spezifischen diskursiven Zuschreibungen durch die CDU und die LINKE herausgestellt wurden. Deutlich traten vor allem interparteiliche Unterschiede hervor, insbesondere welchen Akteur\*innen die Parteien bzw. Parteipolitiker\*innen jeweils Verantwortlichkeiten zuschreiben, welche Ursachen sie für das jeweilige Phänomen sehen und welche Handlungsstrategien sie dementsprechend für vielversprechend halten. Der innerparteiliche Diskurs von CDU und LINKEN hingegen ähnelt sich in allen drei Fällen, und verfestigt sich über die Jahre hinweg jeweils sogar zu einer jeweils eigenen diskursiven Gelegenheitsstruktur. Die CDU fördert die Herausbildung einer Gelegenheitsstruktur, welche „rassistische“ und „fremdenfeindliche“ Tendenzen in Sachsen nicht als gesamtgesellschaftliches Problem wahrnimmt. Die LINKE bestärkt hingegen die Gelegenheitsstruktur, dass die Demokratie in Sachsen speziell ist, und konnotiert dabei diese sogenannte „sächsische Demokratie“ negativ.

**ISBN 978-3-947176-08-3**